



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Epistemologien um 1968
Kritik und Praxis in den Angewandten Sozialwissenschaften

verfasst von | submitted by

Luise Meck B.A.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 944

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Epistemologies of Science and
Technology (EST)

Betreut von | Supervisor:

Ass.-Prof. Dr. Nils Robert Güttler

„Das unfruchtbare Glück aus Erkenntnis ist lasziv für Bacon wie für Luther.“

(Horkheimer & Adorno, 1977)

Inhalt

1.Einleitung.....	3
2.Das Institut für Sozialwissenschaft – eine Institution der Kritik?	7
2.1Der Wissenschaftler als Lehrer	7
2.2Das Unbehagen in der Universität	10
2.3Wer Adorno, Freud und Marx nicht kennt – Die Kritische Theorie und die Studentenbewegung.....	15
2.4Verteidigung des Elfenbeinturms	21
2.5Medienwirbel	27
3.Partizipation und Demokratie – Praxisorientierungen in den Sozialwissenschaften.....	31
3.1Wissenschaft als Forschung.....	31
3.2Studien zur Partizipativen Stadtplanung am Beispiel Friedrichshain-Kreuzberg	35
3.3Anwohner aller Stadtteile, beteiligt euch	39
3.4Zurück am Klemmbrett	43
4.Ein Kursbuch für die Kinder der Revolution	46
4.1 Das Wertkapitel. Resilienz im poststudentischen Alltag.....	46
4.2Authentizität als Kritik	57
4.3Die Kolonisierung des Alltagslebens.....	61
4.4Selbstuntersuchungen. „Die Lust an der Theorie“	63
4.5Das Kursbuch als Agitationsorgan.....	65
5.Ausblick und Nachwort	69
Literatur	72
Abstract	78
Danksagung	79

1. Einleitung

Im Juli 1967 luden die (Anti-)Psychiater Ronald Laing und David Cooper zum Kongress mit dem demonstrativen Titel „Dialectics of Liberation“ nach London ein (Jervis, 1969, S. 7). Im *Roundhouse*, einer „Art verfallenem viktorianischen Pantheon, das früher als Lokomotiv-Depot gedient hatte“ (ebd., S. 9), sollte ein „Anti-Kongress[]“ (ebd., S.11) im großen Stil stattfinden, und über zwei Wochen debattierten namhafte Soziologen und Größen aus der Hippie- und Alternativbewegung, darunter Herbert Marcuse (ebd., S.9), Paul Goodman, Gregory Bateson und Stokeley Carmichael, ein Vertreter der in den USA im Entstehen begriffenen Black Power-Bewegung (ebd.), sowie der Hippie-Literat Allan Ginsberg (ebd.) über die Zukunft zwischen Revolutionsabsichten und den vereinzelt Sozial- und Geisteswissenschaften (ebd., S.8). Das selbstgesteckte Ziel war ambitioniert:

[D]ie Summe von Spezialkenntnissen, die zur Zeit auf isolierte Arbeitsgruppen in den ‚humanistischen‘ Wissenschaften (Anthropologie, Soziologie, Psychiatrie, Psychoanalyse, Wirtschaftswissenschaften, sowie den einzelnen ‚Kunstgattungen‘) verteilt sind, auf weltweiter Basis entwicklungsfähig und anwendbar zu machen. (ebd., S. 8)

Das Fazit des Kongresses, auf dem es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Aktivist*innen und „Intellektuellen“ kam (D. Cooper, 1969, S. 145 f.), ist ernüchternd; sogar das Thema, so Jervis, wurde von den Vortragenden auf verschiedenste Weise verstanden, und die Arbeit „erreichte nicht einmal die Ebene eines gemeinsamen Vokabulars“ (Jervis, 1969, S. 7).

Der Kongress ist dabei Auftakt für eine Auseinandersetzung, die sich auch im deutschsprachigen Raum bald manifestierte und Zeuge steht für eine gemeinsame Geschichte der Sozialwissenschaften und den emanzipatorischen, systemkritischen Bewegungen ab 1968, die sich bis heute aneinander abarbeiten (de Lagasnerie & Louis, 2016). Auf dem Spiel steht dabei, so werde ich im Folgenden mithilfe einer historischen Diskursanalyse (Budde et al., 2010, S. 165 ff.) und vornehmlich innerer Quellenkritik (Budde, 2010, S. 67) anhand dreier historischer Schlaglichter zeigen, nicht nur das Verhältnis der Sozialwissenschaften zu politischen Agenden,

sondern auch, wie emanzipatorische Wirksamkeit von Wissen dabei theoretisch gefasst und praktisch entwickelt wird.

Informiert von gegenwärtigen Diskursen um Politische Epistemologien, die ebenfalls vor allem durch das Schlagwort der Wirksamkeit bestimmt sind (Vogelmann, 2022, S. 8), war die folgende Arbeit ursprünglich als Entwurf einer emanzipatorischen, kritischen Epistemologie konzeptualisiert. Im Laufe des Arbeitsprozesses wurde die Notwendigkeit, dem Konzept der Wirksamkeit von Wissen als zentralem Reibungspunkt und Aushandlungsprozess zwischen emanzipatorischen Bewegungen und den Sozialwissenschaften in seiner historischen Tradiertheit zu folgen, aufgrund der Bodenlosigkeit dieses Projekts und dem Mangel an historischen Zugängen offenkundig. Die Arbeit arbeitet dabei wiederum selbst in dem Bild einer „emanzipierende[n] Kritik“ (Vogelmann, 2022, S. 278), indem sie, nach Foucault, „sperrige[s] Wissen[.]“ (ebd., S.289) erzeugt. Im Modus einer „Ausgrabungsarbeit unter unseren eigenen Füßen“ (Foucault, 2001, zitiert nach Vogelmann, 2022, S. 287) wird dabei auch der Zeitkern dessen, was heute als epistemisch selbstverständlich erscheint, offengelegt: die Kritik besteht darin, „Wissen über die Geschichte des herrschenden Wahrheitsregimes [zu] sein“ und „diese Geschichte so [zu] schreiben, dass sie sich gegen das herrschende Wahrheitsregime richtet“ (Vogelmann, 2022, S. 293). Die folgende Arbeit ist damit auch ein Versuch, Historiographie als Kritik zu produzieren.

Anhand einer ideengeschichtlichen Analyse, die einige Schauplätze der Aushandlungen um die Wirksamkeit und Anwendbarkeit emanzipatorischen, kritischen Wissens aus den Sozialwissenschaften aufsucht und die Diskurse um Gesellschaftskritik und Potentiale verschiedener kritischer Wissensformen auslotet, werde ich den Spuren kritischer Epistemologien an der Schwelle von politischen Aktivismen und akademischer Sozialwissenschaft zu folgen. Für die Philosophie wurde diese Analyse bereits geleistet (Vogelmann, 2022, S. 45 ff.), und auch zum Verhältnis von Naturwissenschaften und sozialen Bewegungen um 1980 ist bereits wissenshistorisch gearbeitet worden (Güttler, 2022; Stadler et al., 2020). Die folgende Arbeit ist als Grundstein einer politischen Wissensgeschichte der Sozialwissenschaften wie der emanzipatorischen Bewegungen gleichermaßen angelegt, die nicht nur Aufschluss über die gemeinsame Geschichte dieser gibt, sondern in ihrer Funktion als „sperriges Wissen“ (Vogelmann, 2022, S. 289) im besten Fall auch eine Basis für aktuelle Möglichkeiten und Bedingungen politischer Epistemologien schafft.

Erster Einsatzpunkt der Analyse (Kapitel 2) ist dabei die Rolle des *Instituts für Sozialforschung* in Frankfurt am Main und Theodor W. Adornos, die sich nicht nur in der Nachkriegszeit für eine demokratisierende Sozialwissenschaft einsetzen (Demirović, 2023; Wagner, 2025). Während das Institut selbst für das Programm einer kritische Sozialwissenschaft steht, das die Neugründung Anfang der 1950er begleitet, sind es die Repräsentanten Adorno und Max Horkheimer, die sich bereits 1944 die Verantwortung auferlegen, die Wissenschaften gegen faschistische Politiken und Instrumentalisierungen zu schützen (Horkheimer & Adorno, 1977, S. 1 f.) und empirische Studien zu Vorurteilen und autoritären Residuen in der Nachkriegsgesellschaft durchführen (Lenhard, 2024, S. 469), folgt Adorno auch einer didaktischen, pädagogisch anmutenden Devise: Um das Bewusstsein der Studierenden zu schulen und die Soziologie als Bildung eines kritischen Denkens in Anschlag zu bringen, hielt er Lehrveranstaltungen ab, die auf die direkte Erfahrung und die Anwendung von Gesellschaftstheorie im Lebenszusammenhang zielen (Schoerle, 2003). Die Strategie, über das Bewusstsein und aus dem akademischen Elfenbeinturm heraus mit Theoriearbeit und kritischer Reflektion der Verhältnisse eine Wirkung zu erzielen, stößt bei der Studentenbewegung¹, die in Frankfurt am Main eins ihrer Zentren gefunden hatte, auf Unverständnis. Für viele Jahre Vordenker emanzipatorischer Aktivismen und Idol der Studentenbewegung (Felsch, 2015, S. 13; Kraushaar, 2018, S. 39 f.), muss er sich gegen die Institutionenkritik und den Aktionismus der ‚68er‘, die auch ihn persönlich eingeholt hatten (Freyenhagen, 2014; Tabor, 2018) behaupten, und verteidigt seine Linie des Gesellschaftswissens aus dem „Elfenbeinturm“ (Adorno, 1969) vor einer großen Radio- und Fernsehöffentlichkeit (Denecke, 2000; Schwarz, 2011).

Einige Jahre später entstand, was man nur als Gegenentwurf beschreiben kann; im Zeichen einer Demokratisierung der Gesellschaft und der Sozialwissenschaft gleichermaßen durch Partizipation der Betroffenen entstand in der akademischen Soziologie eine neue Forschungswissenschaft, die sich direkt über ihre Anwendbarkeit und Wirkung in der Praxis definierte (Bammé, 2004, S. 31 f.): Aus der *Aktionsforschung*, der *Partizipationsforschung* oder der *Verwendungsforschung*² gingen eine Vielzahl an Formaten und Projekten hervor (Dienel,

¹ Auf eine Sichtbarmachung von Frauen* wurde hier und auch an anderer Stelle dezidiert verzichtet, um die oftmals glorifizierten feministischen Errungenschaften im Kontext der Bewegung infrage zu stellen Vgl. hierzu z. B. zur Kritik der Befreiungsthese (Hartmann, 2021, S. 142 ff.).

² Eine genaue Begriffsbestimmung wird in dieser Arbeit nicht vorgenommen. Die Bezeichnungen stehen für verschiedene Gewichtungen und Perspektiven, sind aber in der Literatur auch häufig synonym verwendet.

1992; Knigge, 1972; Offe, 2014), die etwa in den Bereichen der Medizin, Ökologie und der Stadtplanung angewendet wurden (Hebestreit, 2013, S. 96 ff.) und die Grenze zwischen Betroffenen als Beforschten und Wissenschaft so weit wie möglich aufheben sollten. In Kapitel 3 wird die Rezeption Claus Offes nachverfolgt; dieser war ein zentraler Stichwortgeber der Sozialwissenschaft als angewandte Forschung und stellte in den 1970ern sowohl Vokabular und Handlungsleitfaden für eine emanzipatorische Partizipationsforschung (Faßbinder, 1971; Offe, 2019), die im Rahmen der Debatten um die Sanierung Kreuzbergs in den 1970ern nicht nur in empirischen Meta-Studien zur Bürger*innenbeteiligung (Pirker, 1977), sondern auch im Kontext aktivistischer, antiautoritärer Stadtteilprojekte im Zuge der Protestbewegung nach 1968 Anschluss fanden (Toti, 2024).

Im letzten Kapitel werde ich am Beispiel des *Kursbuch 78* (Michel & Spengler, 1984) zeigen, dass es zu Beginn der 1980er wiederum zu einer Verschiebung kritischer Epistemologien in den Sozialwissenschaften und der aufkommenden Alternativkultur und Umweltbewegung kam (Allen, 2022, S. 14; Kury, 2012, S. 16; Reichardt, 2014, S. 873), die sich maßgeblich überschnitten. Nicht nur in linken Projekten und Lebensgemeinschaften, sondern auch in den Sozialwissenschaften, etwa in der Aktionsforschung (Kade, 1984) sowie in der empirischen Forschung, die sich vermehrt auf Lebenswelten konzentriert, ist dabei ein neuer Fokus auf den Alltag zu verzeichnen, der in den Sozialwissenschaften selbst unter dem Schlagwort eines „Trivialisierungsprozesse[s]“ (Bammé, 2004, S. 33) und einer „Versozialwissenschaftlichung“ (Beck & Bonss, 1984, S. 384) sozialer Praxis diskutiert wird. Gleichzeitig etablierten sich Medien als Sprachrohr zwischen (post-)aktivistischen Gegen-Öffentlichkeiten und der Produktion von Gesellschaftswissen (Horvath, 2010, S. 81 ff. Marmulla, 2007, S. 41; Petersen, 1988, S. IV–V Preface), in denen Modi und Debatten dieser diffusen Formen gesellschaftskritischen Wissens verhandelt und erprobt wurden. Dabei gewinnt Anfang der 1980er im postmarxistischen Alternativmilieu vermehrt Wissen aus Einzelwissenschaften an Geltung, aber auch spirituelles, und psychologisches Wissen (Reichardt, 2014; Tändler, 2016, S. 449 ff.) löst den Status von Theorie als kritischem Gesellschaftswissen ab.

Die Sozialwissenschaften sind somit ein vielschichtiges Feld, das zwischen den von innen wie von außen gesetzten Ansprüchen, eine profunde Form von Gesellschaftskritik als Theorie zu

formulieren einerseits und dem Erfassen und Modulieren sozialer Praxis andererseits eine besondere Rolle in gesellschaftlichen und politischen Diskursen einnimmt. Dabei tritt die Ambiguität von wissenschaftlicher Theorie und Praxis im Denken über politische Epistemologien offen zutage. Die Studentenbewegung und die sozialen Projekte und Gruppen, die aus dem Alternativmilieu heraus agierten, nahmen, wie ich zeigen werde, großen Einfluss und standen in enger Wechselwirkung mit politischen Epistemologien der Wirksamkeit in den Sozialwissenschaften. Inwiefern etwa die feministische Bewegung, die Behindertenbewegung, die Umweltbewegung, die Kommunenbewegung und andere jeweils spezifisch Anteil an den Entwicklungen und Diskursen um die emanzipatorische Wirksamkeit von Gesellschaftswissen hatten, bleibt ein Forschungsdesiderat.

2. Das Institut für Sozialwissenschaft – eine Institution der Kritik?

2.1 Der Wissenschaftler als Lehrer

Bereits in den 1950er Jahren, noch bevor sich die Studentenbewegung und ihre reformistischen bis revolutionären Agenden für die Anwendung kritischer Sozialwissenschaften und die Kritik der universitären Forschung und Lehre sich formieren sollten, beschäftigte die Mitarbeiter des Frankfurter *Instituts für Sozialforschung*, ihrerseits in den 1960er Jahren Idole und Vordenker der Studentenbewegung (Kraushaar, 2018, S. 39 f.) dem durchaus alltagspraktischen Problem der Wirkung ihrer wissenschaftlichen Arbeit, dem sie nicht nur in ihren Seminarräumen, sondern auch gesellschaftlich gewahr wurden. Im Kontext der Protestbewegung, die in der Bundesrepublik in den späten 1960ern aufkam und große Teile der Öffentlichkeit erreichte (Reichardt, 2014, S. 225 ff.), nahm nicht nur die Kritische Theorie einen besonderen Platz ein. Auch die Vertreter, etwa Adorno, Horkheimer und nicht zuletzt Herbert Marcuse, selbst avancierten aus der universitären Forschung und Lehre heraus als Vordenker und Idole der Studentenbewegung, deren Werke einer nicht nur aus politischen, sondern auch aus Gründen der Geltung in der Bohème linker Studierender unverzichtbaren Exegese unterzogen wurde (Felsch, 2015, S. 13). Dabei nahmen sie einen gesonderten Platz zwischen den Mauern akademischer Institutionen und den auf die Straße getragenen Forderungen emanzipatorischer und linker Forderungen ein, die beiderseits eine Demokratisierung gesellschaftlicher Strukturen

und die Aufarbeitung des Nationalsozialismus ins Zentrum stellten (Lenhard, 2024). Was unter einer Demokratisierung im Zeichen der ökonomischen und gesellschaftlichen Liberalisierung gemeint war, stellte sich bald heraus, war aber empfindlich unterbestimmt, was Adorno mit seinen Kollegen am *Institut für Sozialforschung*, der sich zeitlebens auch mit kritischer politischer Bildung der Studierenden und Öffentlichkeitsarbeit im Zeichen der kritischen Aufklärung (Lenhard, 2024, S. 11) beschäftigte und die „Theoretische Praxis“ (Demirović, 2023, S. 409) als Bezugspunkt jeder Gesellschaftskritik verteidigte, spätestens Ende der 1960er in den Aushandlungen mit der Studentenbewegung zu spüren bekam.

Schon vor ihrer Rückkehr an die Universität Frankfurt im Jahr 1948 waren die Vorbehalte gegen die politische Orientierung der Studierendenschaft groß; so schrieb etwa Max Horkheimer während eines ersten Besuches als Gastvortragender an der Frankfurter Universität, er habe sich in seinem Misstrauen gegen die Deutschen durchaus bestätigt gefühlt; die Studenten seien immer noch in „Kriegsbereitschaft“, während die Professoren „nun den aufrechten Demokraten gäben“ (Horkheimer, 1948, zitiert nach Lenhard, 2024, S. 459). Und auch Adorno, der im darauffolgenden Wintersemester 1949 ein Seminar zu Hegels Dialektik gab – was sich aufgrund der nationalsozialistischen Hegel-Rezeption und der sonstigen Unverfügbarkeit des Wissens über europäische Theorietradition sowie dem markanten Mangel an akademischer Bildung als passende Wahl erwies (ebd., S. 462) –, äußerte sich zwar positiv über die Neugier und den Arbeitseifer der jungen Studenten; dieser mutete jedoch auch ihm verdächtig und als etwas „Kompensatorisches“ (Adorno, 1949, zitiert nach Lenhard, 2024, S. 463) an³. Die Kritische Theorie musste ihre Anwendbarkeit in der Politisierung der Studierenden im Zeichen der Demokratie erstmals unter Beweis stellen.

In den USA, wo die beiden jüdischen Sozialwissenschaftler und Gesellschaftstheoretiker, aber auch versierte Kritiker des Wissenschaftsbetriebs und der Moderne Max Horkheimer und Theodor W. Adorno im Exil waren, hatten sie eine weitaus liberalere Forschungslandschaft in

³ So schrieb er, beeindruckt von dem Wissensdurst der Zuhörenden in seiner Vorlesung zur „Theorie der Gesellschaft“, die er im gleichen Semester abhielt, an den befreundeten Thomas Mann: „Der Vergleich mit einer Talmud-Schule drängt sich auf; manchmal ist mir zumute, als wären die Geister der ermordeten Juden in die deutschen Intellektuellen gefahren“ (Adorno, 1949/2002, zitiert nach Lenhard, 2024, S. 462). „Zugleich aber“, so Lenhard, „war die Philosophie in den Diskussionen der Studenten merkwürdig vom Alltag abgetrennt, sodass sie eher wie ein Gedankenspiel erschien als etwas, das von eminenter politischer Bedeutung für den Aufbau der Demokratie war. Genau dieser demokratische Aufbau war aber das Hauptmotiv von Adorno und Horkheimer für ihre Rückkehr gewesen“ (Lenhard, 2024, S. 462 f.).

der Soziologie vorgefunden (Kaulen, 2025). Und auch die Erfahrung einer staatlichen Struktur im Sinne einer „westlichen Demokratie“ (ebd.), wie sie in den 1940ern und frühen 50ern in den USA gelebt wurde, brachten sie gewissermaßen aus den USA mit (ebd.); aus diesen Beobachtungen heraus und durch die nur einige Jahre zurückliegende Erfahrung des Zivilisationsbruchs⁴ durch den Nationalsozialismus folgerten sie, dass die Demokratie nicht nur festgeschrieben, sondern über den Modus konsequenter und radikaler Kritik entwickelt werden muss:

In diesem Sinne ist reale Demokratie für Adorno kein stabiler, irreversibler sozialer Zustand, sondern eine ständige Aufgabe. Sie ist nicht ein definitiv Erreichtes oder auch nur Erreichbares, etwas ein für allemal Gegebenes, sondern lebt, wenn sie ihrem Namen gerecht werden soll, nur als aktiver und zukunftsöffnender Prozess der Demokratisierung, angetrieben durch stetige Kritik an restaurativen Tendenzen und permanente Selbstkorrektur. Für den Intellektuellen impliziert dies die Aufgabe, kraft seiner spezifischen Kompetenzen zum nonkonformistischen, engagierten und aktiven Teilhaber an diesem Prozess zu werden, sei es durch die unerbittliche Kritik an vordemokratischen und autoritären Ideologien, durch die Diagnose von Fehlentwicklungen oder durch den entschlossenen Widerstand gegen jeden Rückfall in den Totalitarismus. (ebd.)

Persönlich folgte Adorno daraus, so lässt sich auf der Basis seiner Schreib- und Lehrtätigkeit folgern, eine große Verantwortung gegenüber den Studierenden, aber auch der Gesellschaft und dem Wissenschaftsbetrieb gegenüber, die sie sich für die nächsten Jahrzehnte auch selbst auferlegten. Aus diesem Impetus heraus verpflichteten die beiden ihre wissenschaftliche Arbeit und Lehrtätigkeit einer echten Demokratisierung der Wissenschaft und der Gesellschaft gleichermaßen. Mit Methoden und Instrumentarien der empirischen Sozialwissenschaften in den USA entwickelten sie etwa die *Studien zum autoritären Charakter* aus dem Jahr 1950 und methodisch innovative, von US-Behörden finanzierte Gruppenstudien zur politischen Einstellung der deutschen Gesellschaft im Hinblick auf „Demokratie, der amerikanischen Besatzungsmacht, des Nationalsozialismus und des Antisemitismus“ (Lenhard, 2024, S. 469) sowie zur Wirksamkeit des Mediums Radio (Demirović, 2023, S. 166). Zu einer der ersten

⁴ Der Begriff des Zivilisationsbruchs, wenn auch in seiner positiven Form in antikolonialen, antirassistischen Diskursen treffenderweise als Ausdruck westlicher, hegemonialer Perspektiven gewertet und abgelehnt, wird hier, wie auch in den Originaltexten, verwendet – gleichwohl stellt er einen Begriff, um „das industrielle Vernichten von Menschen“ (Cazzini, 2025, S. 12) in der Shoah überhaupt für sprachlich adressieren zu können, und wird mangels Alternativen hier durchgängig in doppelter kritischer Absicht verwendet.

Amtshandlungen Adornos im Rahmen seiner Lehrtätigkeit an der Goethe-Universität Frankfurt gehörte außerdem, mit Lehrveranstaltungen zur Praxis und der originären „Soziologischen Erfahrung“ (Adorno, 1967, zitiert nach Schoerle, 2003, S. 108) im Alltag, gegen das verdinglichte Bewusstsein (ebd.) der Studierenden nach Kräften anzuarbeiten und sie zu einem kritischen Blick auf Ideologie und Institutionen hin zu erziehen.

In der Nachkriegszeit wurden die Notwendigkeit neuer Gesellschaftsentwürfe und der konstruktiven Wirkung der Sozialwissenschaften offenkundig, und die Soziologie avancierte zur Wissenschaft der Stunde (Wagner, 2025, S. 17). Adorno und das Institut für Sozialforschung nahm dabei den Posten einer linken, emanzipatorischen Wissenschaft ein (ebd., S. 16) und wurde bald auch im Kontext der Studentenbewegung zur Hoffnungsträgerin einer neuen Gesellschafts- und Wissenschaftskritik, die konsequent sozialen Wandel evozieren könnte. Dass damit ein Anspruch an eine Instrumentalisierung und Inwertsetzung des Wissens einherging, dem die Theoretiker der Frankfurter Schule vornehmlich kritisch gegenüberstanden, führte an der Universität Frankfurt zu polemischen Debatten um sozialwissenschaftliche Wissensformen und die Organisation und Rolle der Institution Universität selbst, was sich nicht zuletzt in medienwirksamen und öffentlichen, etwa in Radio und Fernsehen ausgestrahlten Debatten, um Adorno als wissenschaftliche Persona⁵ entlud (Schwarz, 2011; Tabor, 2018).

2.2 Das Unbehagen in der Universität

Im Hinblick auf die Konflikte um den Wert theoretischer, akademischer Wissensproduktion mit den Studierenden Ende der 1960er, in dem der Kritischen Theorie und ihren Vertretern vor allem eine Aversion gegen die praktische Umsetzung emanzipatorischer und kritischer Theorie zugeschrieben wird (Freyenhagen, 2014, S. 867 f.), durchaus überraschend, ist es zuerst Adorno, der sich in der Pflicht sieht, eine Brücke von der soziologischen Theorie zur Praxis zu bauen, um die Studierenden in einem Denken zu schulen, das die Mauern des akademischen Betriebs transzendiert und sich am empirisch Bestehenden misst, indem es den Studierenden die „Wechselwirkung von Theorie und Erfahrung“ (Adorno & Jaerisch, 1998, S. 186) näherbringt.

⁵ Begriffsbestimmung nach Daston (2003)

Dabei verfolgt er nicht nur einem didaktischen, sondern geradezu einem pädagogischen Imperativ, um der „Genese der Dummheit“ (Horkheimer & Adorno, 1977, S. 228 ff.), wie er in einem Fragment zur Dialektik der Aufklärung postuliert, zu trotzen. Die empirische Erfahrung folge dem Bild der Schnecke, deren originäre Neugier und Rezeptivität durch Gewalt und falsche Erziehung verkümmert und vernarbt:

Das Fühlhorn wird vor dem Hindernis sogleich in die schützende Hut des Körpers zurückgezogen, es wird mit dem Ganzen wieder eins und wagt als Selbständiges erst zaghaft wieder sich hervor. Wenn die Gefahr noch da ist, verschwindet es aufs neue (sic!), und der Abstand bis zur Wiederholung des Versuchs vergrößert sich. Das geistige Leben ist in den Anfängen unendlich zart. Der Sinn der Schnecke [sic!] ist auf den Muskel angewiesen, und Muskeln werden schlaff mit der Beeinträchtigung ihres Spiels. Den Körper lahmt die physische Verletzung, den Geist der Schrecken. (Horkheimer & Adorno, 1977, S. 228 f.)

Weniger eine Apologie als die Darstellung einer Unmöglichkeit, die originäre Neugier und Sensibilität neuer Sinneseindrücke nach der Zurichtung der Organe wieder herzustellen, ist die Perspektive auf die „Dummheit“ (ebd.), die Adorno später auch als „Regressives“ (Adorno, 2003, S. 797) im Aktionismus explizit den Studierenden attestiert, bleibt sie folgerichtig eine entwicklungspsychologischen Ebene, scheint im Rahmen der erzählten Metapher jedoch empathischer und zärtlicher, als es seine späteren Auslassungen vermuten machen. Anfang der 1960er steht für den Professor in seiner Lehre und am *Institut für Sozialforschung* die didaktische und pädagogische Aufgabe im Vordergrund, die Studierenden in einer Gesellschaftskritik zu schulen, die nicht ausschließlich von Theorie als Primat der Erkenntnis geleitet ist. So seien die Studierenden zwar äußerst lernwillig, so Adorno in seinen Notizen zum Seminarzyklus, den er im Winter- und Sommersemester 1964/65 an der Uni Frankfurt abhielt, hätten aber weder Zugang zu noch Interesse an der alltäglichen Anwendbarkeit Soziologischer Theorie:

Es wird lieber über komplizierte Theorie referiert, oder irgendein anfallendes Material kompliziert verarbeitet, oder irgendwelche Forschungsmethoden kunstvoll ausgearbeitet, als daß man primär sich dem unmittelbaren (sic!) überlässt, was den Grund aller Soziologie ausmacht. (Adorno, 1967, zitiert nach Schoerle, 2003, S. 100)

Um gegen das verdinglichte Bewusstsein der Studierenden anzuarbeiten, plante Adorno daher ein Seminar zur *Soziologie des Lachens* und zum *Sozialen Konflikt* (Schoerle, 2003, S. 100) in denen er diese Unmittelbarkeit und Alltäglichkeit der soziologischen Erfahrung hochhalten und zur Anwendung bringen wollte (ebd.). Scheinbar entgegen seinem späteren Bestehen auf das

Wesen der Kritischen Theorie als Theorie, und trotz seiner eigenen oftmals beklagten Praxisverweigerung und Quietismus (Freyenhagen, 2014, S. 868) und des vielfach zugeschrieben Projekts des *Instituts für Sozialforschung*, auch die soziologische Wissenschaftspraxis als philosophische Gesellschaftstheorie zu verstehen und zu praktizieren (Demirović, 2023, S. 266 ff.), versuchte Adorno tatsächlich im Rahmen seiner Lehrtätigkeit, die „Soziologische Erfahrung“ (Adorno, n.d., zitiert nach Schoerle, 2003, S. 100) als Forschungsgegenstand aufzurufen und im Seminarkontext diskutierbar zu machen. Das Sujet des Sozialen Konflikts war nicht nur in der Arbeit des Instituts für Sozialforschung, das ein tradierter topos; gerade er, so Adorno, „ebnet positivistisch die Marx’sche Lehre vom Klassenkampf ein“ (Adorno & Jaerisch, 1998, S. 177). Ob er darin den ersten Schritt eine Erziehung zur Mündigkeit sieht oder eine wohlwollende Konditionierung zum Naturzustand des kritischen Denkens, bleibt offen – zumal er gemäß seinen Aufzeichnungen zur konstituierenden Sitzung des Seminars *Soziologie des Lachens* über seinen Weggefährten Max Horkheimer referiert, der seinem Hund das Bellen beigebracht habe (Schoerle, 2003, S. 101).

Das Misstrauen der Mitarbeiter des *Instituts für Sozialforschung* gegen das, was sie im Nachkriegsdeutschland und zurück an der Universität Frankfurt, an die das Institut angegliedert war, erwarten würde, war groß gewesen. Bereits in den USA hatten Horkheimer und Adorno sich mit ihrem Projekt „Dialektik der Aufklärung“ (Horkheimer & Adorno, 1977) die Mitverantwortung auferlegt, nicht nur die deutsche Gesellschaft, sondern auch das Paradigma der modernen Wissenschaft selbst ihrer Schuld am Nationalsozialismus zu überführen. Aufarbeitung und Wiederaufbau gingen dabei zwangsläufig miteinander einher, und für sozialwissenschaftliche Theorie und Praxis bedeutete dies für Horkheimer und Adorno auch vorerst und für immer, sich „sich auch die letzte Arglosigkeit gegenüber den Gewohnheiten und Richtungen des Zeitgeists zu verbieten“ (Horkheimer & Adorno, 1977, S. 1) und eine Methode theoretischer Kritik als sozialwissenschaftliche Praxis zu etablieren, die nicht erst in der Studentenbewegung als „Negative Dialektik (Adorno, 1990) zu Ruhm kommen sollte.

Im Wissenschaftsbetrieb sorgte diese Umorientierung bald für Furore; vor allem, weil die theoretische Arbeitsweise, die Begriffsarbeit und die philosophischen Anleihen der Kritischen Theorie zu einer neuen Wissenschaftspraxis führten, sodass sich das *Institut für Sozialforschung* bereits zwei Jahre nach seiner Gründung nicht nur bildungspolitisch, sondern auch institutionell in einer „komplexen strategischen Situation“ wiederfand, „in der das Institut in einem ersten Anlauf in der bundesdeutschen sozialwissenschaftlichen Szene eher Niederlagen [...]

hinnehmen mußten (sic!), andererseits aber auch der Versuch, die eigene zukünftige Rolle vor allem im Bereich der Erziehung einer kritischen Intelligenz noch einmal nachdrücklich festzuschreiben“ (Demirović, 2023, S. 266) unternommen wurde. Und bereits in der Eröffnungsrede Horkheimers wird deutlich, dass es sich bei dem Programm der Kritischen Theorie, die am Institut für Sozialforschung den Kanon bestimmen sollte, „unübersehbar [um] eine wissenschaftspolitische Intervention“ (ebd. S. 268) handelt. Dabei haben die Ziele und Devisen einer kritischen Soziologie vor allem vor dem Hintergrund der Shoah und des Nationalsozialismus neues Gewicht bekommen, und auch der Wiederaufbau des Instituts steht nicht nur für Horkheimer im Zeichen der Hoffnung auf eine Sozialforschung, die sich „vom Gedanken an die richtige Gesellschaft leiten [lässt]“ (Horkheimer, 1951, zitiert nach Demirović, 2023, S. 268). Diese neue Wissenschaftspraxis sei, so Horkheimer, auch eng mit einem Wissenschaftler als Persona⁶ verbunden, die die gesellschaftliche Wirksamkeit der wissenschaftlichen Arbeit mitdenkt und eine „soziologische Haltung“ (Horkheimer, 1951, zitiert nach Demirović, 2023, S. 268) einnimmt. In diesem Begriff, so Demirovic, unterstreiche Horkheimer erneut, „daß er nicht von einem von der Disziplin, sondern von einem intellektuellen Verhalten spricht – [die Haltung] stecke das Ziel, die Gesellschaft, wie sie ist, zu transzendieren“ (Demirović, 2023, S. 268).

Den Wiederaufbau tatkräftig in die Hand zu nehmen und den Neustart für die Bundesrepublik als „modernes Gemeinwesen mit florierender Wirtschaft und Verwaltung“ (Wagner, 2025, S. 16) zu ermöglichen, war dabei jedoch kein genuin linkes Projekt; tatsächlich wurde das System in hohem Maße durch eine mehr oder minder kooperative Zusammenarbeit von Gegner*innen, Opfern und Anhänger*innen des Nationalsozialismus geleistet (ebd.), was auch in der eher „linkslastigen“ (ebd., S.17) Disziplin der Soziologie zum Tragen kam. Adorno und das *Institut für Sozialforschung* stand in den Jahren seiner Wiedergründung für das linke, emanzipatorische und mit den Devisen der Aufklärung verbundene Ende des Spektrums politischer Wirksamkeit und stand unter der Beobachtung und geistigen Schirmherrschaft der demokratisierenden Instanzen. Die Soziologie als Motor sozialen Fortschritts war die Disziplin der Stunde, und sollte auch auf gesellschaftliche Strukturen zugreifen sowie in diese hineinwirken:

⁶ Begriffsbestimmung nach Daston (2003)

In der Soziologie war das Prinzip nicht viel anders als in den Behörden, den Medien und in anderen Fächern des Universitätsbetriebs. In der Nachkriegszeit galt das von den Westalliierten geförderte Fach als für den Wiederaufbau nützlich und schickte sich an, nach der Theologie, der Philosophie und der Geschichtswissenschaft zum neuen Leitmedium gesellschaftlicher Selbstverständigung zu werden. [...] Auf diese Weise hatte diese [auch rechten bis konservativen] Sozialwissenschaftler Teil an einem Prozess der Modernisierung, der in einer stark verkürzten Sicht der Nachkriegsgeschichte vor allem auf das Wirken der Frankfurter Schule zurückgeführt wird: der intellektuellen Gründung der Bundesrepublik. (ebd., S. 17)

Dieses Programm war auch eingebettet in eine Euphorie des ökonomischen, dynamischen Wiederaufbaus, die die Universitäten erreichte und auf die Eigeninitiative von Lehrpersonen und Wissenschaftler*innen baute; „die Initiative musste ergriffen werden“ (Demirović, 2023, S. 113) und gleichzeitig gingen die Vorstellungen davon, was es als wissenschaftliche Institution überhaupt bedeutete, politische Verantwortung zu übernehmen, empfindlich auseinander. Während vielerorts Professor*innen auf die Objektivität von Wahrheitssuche und die Neutralität der Wissenschaft als Gegenmittel zu Spezialisierung und Auseinanderfallen der Disziplinen wortwörtlich eingeschworen werden (ebd.) wird die Verantwortung, die die Institution Universität im Nachkriegsdeutschland einnehmen soll, durchaus überhöht; etwa von Hanna Arendt, die resümiert, jene sei „das einzige, was Deutschland geblieben ist“ (Arendt, 1946, zitiert nach Demirović, 2023, S. 114). Die Universität als Institution war somit nicht nur umkämpft, ihre politische Wirksamkeit wurde nun – ganz im Sinne der Wissenschaftskritik Adornos und Horkheimers – von keiner Seite mehr in Frage gestellt. Wie eine Demokratisierung der Wissenschaften aussehen könnte, war umso unklarer. Die Ausblicke auf eine demokratisierte und demokratisierende Wissenschaft stellten somit in den ersten Jahren nach 1945 auch Einzelpersonen, und das Institut für Sozialforschung lieferte mit der Kritischen Theorie im Rennen der Reformentwürfe wohl einen der stichfestesten, aber auch fundamentalkritischsten in der BRD. Bereits damit, die Sozialwissenschaften und den Wissenschaftsbetrieb als generalisierte Gesellschaftskritik zu verstehen und sie nicht in den Dienst konkreter politischer Agenden zu stellen, widersetzten sich die Vertreter des *IsF* dem politischen Zeitgeist; spätestens Anfang der 1950er Jahre wurde die Zäsur des Nationalsozialismus in den Wissenschaften von durchaus politisiertem Erneuerungsoptimismus überlagert, wobei etwa der Ministerpräsident von Großhessen Karl Geiler anlässlich der Wiedereröffnung der Universität Frankfurt nicht vor revisionistisch anmutenden Euphemismen zurückschreckt und in der Sprache der Täter verkündet: „Darüber hinaus ist es aber gerade jetzt

die Schicksalsaufgabe der deutschen Hochschulen, in unserem Volkskörper die geistigen und moralischen Kräfte zu stärken, die nötig sind, um den durch den Nationalsozialismus geschaffenen Tiefstand zu überwinden“ (Geiler, 1946, zitiert nach Demirović, 2023, S. 114).

Die Debatten um die Universität und wissenschaftliche Institute als Bildungseinrichtungen und wissenspolitische Institutionen stehen bereits für ihre hochpolitische Wirkung in der Neuorientierung der Nachkriegsgesellschaft und ihren ökonomischen und gesellschaftlichen Zukunftsentwürfen. Die didaktische und wissenspolitische Linie, die Adorno und das *IsF* verfolgen, ist im Besonderen durch die allgemeine Politisierung der Lehre und Forschung im Dienste der Nachkriegsgesellschaft zu verstehen. Mit dem Institut für Sozialforschung und einer Lehre, die zumindest im Rahmen des Möglichen kritische Gesellschaftstheorie und emanzipatorische Demokratisierung in die Wege leiten will, stehen sie für den linken Flügel einer Bewegung, die sich ohnehin in die ökonomischen und gesellschaftspolitischen Imperative der 1950er des Wiederaufbaus, des Neuanfangs und der Zukunftsentwürfe einfügt und in dieser Zeit per se als politisch verstanden wird. Adorno und seine Kollegen des Instituts für Sozialforschung bieten jedoch einen sehr prominenten und zugleich radikalen emanzipatorischen Zugang, der mit dem Bewusstsein der Studierenden und theoretischer Kritik operiert, was – auch von den Studierenden, die sich in den 1960ern für eine radikale Umstrukturierung gesellschaftlicher Machtsysteme einsetzten – als geradezu antiinterventionistische wissenspolitische Intervention für Unverständnis sorgte.

2.3 Wer Adorno, Freud und Marx nicht kennt – Die Kritische Theorie und die Studentenbewegung

„Wenn man 20 Jahre mit dieser Intensität gelehrt und publiziert hat wie ich, geht das schon in das allgemeine Bewußtsein über“ (Adorno, 1969), postuliert Adorno Anfang Mai 1969 in einem Spiegel-Interview, in dem er öffentlich Position gegen die Aktionsformen der Studentenbewegung bezieht. Was hochmütig anmutet, ist im Falle der Kritischen Theorie und Adornos mit Blick auf ihren Einfluss auf linke Politiken und Emanzipationsbewegungen, die von akademischem und theoretischem Wissen informiert sind, eher eine Untertreibung; und auch der Spiegelredakteur, der das Interview abhält, sinniert: „Ohne Ihre Theorien wäre die studentische Protestbewegung vielleicht gar nicht entstanden“ (ebd.). Die Aussage trifft jedoch

auch den Kern eines Spannungsfelds zwischen Theorie und Praxis in den Sozialwissenschaften, die spätestens mit Aufkommen der Studentenbewegung an den Universitäten der Bundesrepublik, vor allem in den Zentren der Bewegung Berlin und Frankfurt, zum Streitpunkt einer heftigen Debatte um die Wirksamkeit kritischen sozialwissenschaftlichen Wissens wurde – wobei Adorno seine „Philosophie [als] Kritik und [...] Kritik der Praxis“ (Vogelmann, 2022, S. 111) und die „Wirksamkeit kritischen Wissens“ (ebd., S. 112 f.) konsequent und im weiteren Verlauf der Debatte vor einer großen Rundfunk- und Fernsehöffentlichkeit gegen die Studierenden verteidigte, die derselben „ihre Unwirksamkeit vorrechneten“ (ebd., S. 111). Die Theorie und die Legitimität professoraler Vormachtstellung, aber nicht zuletzt auch die Universität selbst als Ort der institutionalisierten, theoretischen Wissensproduktion, standen bei der jungen Generation studierender Aktivist*innen unter sich zuspitzender Kritik (Freyenhagen, 2014, S. 880) - was unter anderem die Frage aufmachte, was Intellektuelle und Wissenschaftler politisch leisten können und sollten.

Mit der Radikalisierung der Studentenbewegung nahm diese Debatte 1967 Fahrt auf; initiiert durch die Wortführer Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krah, der ein Doktorand Adornos am Frankfurter Institut für Sozialforschung war, wurde in marxistischem Jargon und mit prominenter Referenz auf Horkheimers Text *Autoritärer Staat* aus dem Jahr 1942 (Lenhard, 2024, S. 514) die These einer „Faschisierung der BRD“ (ebd., S. 515) aufgestellt. „Diese Analyse hatte unmittelbare Auswirkungen auf das ursprüngliche Kerngeschäft der Studentenbewegung, nämlich die Demokratisierung der Hochschulen [...]. Das Institut für Sozialforschung wählte man in diesem Kampf gegen den autoritären Staat nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch auf seiner Seite“ (ebd.), so Lenhard. Jedoch wurde die Debatte um die Kritik der wissenschaftlichen Institutionen, denen im Zuge der „Verhandlungen über eine stärkere Transparenz hochschulpolitischer Entscheidungsprozesse und über eine studentische Beteiligung in den akademischen Gremien“ (ebd., S. 516) überschattet von einer Polemik, die gegen sogenannte faschistische staatliche Strukturen feuerte⁷. Viele Mitarbeiter am *IsF*, so etwa Habermas' Assistent Claus Offe und Oskar Negt, der für Adorno arbeitete, solidarisierten sich 1967 vollkommen oder teilweise mit den Ambitionen einer Demokratisierung der Hochschule

⁷ Adorno verteidigt in diesem Kontext die USA, die von den Studierenden in antikapitalistischem, antiimperialistischem Jargon kritisiert wird; einerseits, so Lenhard, weil „er Amerika sein Überleben verdankte und daran erinnerte, dass die „formalisierte Rechtssatzung“ der bürgerlichen Gesellschaft willkürlicher Gewalt Grenzen setzten“ (Adorno, n.d., zitiert nach Lenhard, 2024, S. 517).

durch den SDS; Adorno und Habermas hatten aber Vorbehalte: „Ihnen machte der zunehmende Fanatismus mancher studentischer Führer Angst, zugleich jedoch fühlten sie sich auch mit den Protestierenden verbunden und teilten das Ziel einer demokratischen Teilhabe der Studenten (sic!)“ (Adorno, Krahel et. al., 1967, zitiert nach Lenhard, 2024, S. 516). Damit, dass gerade ihre Idole Habermas, Adorno und Horkheimer sich durch teils polemische Kritiken von den Protestaktionen und der Bewegung selbst distanzieren sollten – zuletzt hatte Habermas etwa auf dem Frankfurter Studenten- und Schülerkongress 1968 bei der Revolte „Bewußtseinstrübungen“, „lächerliche Potenzphantasien“, „Wahnvorstellungen“ und einen gänzlichen Verzicht auf Analyse attestiert (Bopp, 1984, S. 122). Dabei wurden nicht nur als selbstverständlich erachtete Loyalitäten und Wissenshierarchien öffentlich zur Debatte gestellt, sondern auch die Institution Universität fungierte als Stellvertreter der Institutionenfrage und der Frage der institutionalisierten Sozialwissenschaften in linken Gesellschaftsentwürfen. Tatsächlich hatten die Studierenden, die sich an den Protesten der Studentenbewegung beteiligten und eine Demokratisierung der Universität als Raum und Ort subversiver Wissensproduktion anstrebten, allen Grund zu der Annahme, die Repräsentant*innen des *IsF* als ihre Verbündete in ihrer fundamentalen Gesellschaftskritik aufzufassen – das Programm des Instituts, nach 1945 umso vehementer postuliert, war nichts weniger als die Demokratisierung der Nachkriegsgesellschaft über die Institution Universität als Katalysator und sozialwissenschaftliches Wissen als Offensive gegen autoritäre Ideologie (Wagner, 2025, S. 16 f., 218 f.).

Bereits seit einigen Wochen vor seinem Interview im Spiegel (Adorno, 1969), das im Mai 1969 in der Wochenzeitung gedruckt wurde, arbeitete Adorno sich in den Medien und vor einer breiten Öffentlichkeit an den Vorwürfen der Studentenbewegung ab, und elaborierte auf Drängen der Journalist*innen erneut die Gründe seiner Weigerung, die Aktivismen der Studentenbewegung und ihre Protestaktionen als Form und Anwendung der Kritischen Theorie zu begreifen und sich mit den Studierenden zu solidarisieren. Noch im Sommer 1967, kurz nach der Ermordung Ohnesorgs und den daraufhin aufflammenden Protesten, hatte Adorno sich noch solidarisch gezeigt und diese Unterstützung im Rundfunk publik gemacht (Adorno & Szondi, 1967, zitiert nach Lenhard, 2024, S. 517); auch hatte er sich – „gänzlich untypisch“ so Lenhard – persönlich an den Protesten gegen die sich konkretisierenden Pläne zur Notstandsgesetzgebung beteiligt. Zur Debatte steht Anfang Mai 1969, so lässt auch der tonangebende Titel des Interviews „Keine Angst vor dem Elfenbeinturm“ (1969) in der

Wochenzeitschrift *Spiegel* vermuten, die Frage der Legitimität wissenschaftlicher Institutionen und mit ihnen assoziierter Intellektueller, die von den Studierenden radikal in Frage gestellt wird. Adorno und die Repräsentant*innen universitärer Sozial- und Geisteswissenschaften kommen auch dadurch in die Bredouille gegensätzlicher Forderungen, weil ihre Forschung, ihr ökonomische Existenz und nicht zuletzt ihr Prestige in der bundesdeutschen Öffentlichkeit selbst von der Institution Universität und den Ressourcen und Sicherheiten, die ihnen das Institut für Sozialforschung als der Ort ihrer Lehre und Forschung bietet, abhängt (Lenhard, 2024, S. 518). Dass die Studentenbewegung nun praxisfernes Wissen und die etablierten Institutionen selbst angreifen, rückt die öffentlichen Intellektuellen der Frankfurter Schule in eine Position, in der selbst das öffentliche Bekenntnis, „keine Angst vorm Elfenbeinturm“ (Adorno, 1969) zu haben, zur Provokation und Distanzierung von den Agenden der linken Protestbewegung wird. Ob es eine Periode gab, in der sich die Kritische Theorie und die Studierenden wirklich in einem harmonischen Verhältnis zueinander fanden, ist zweifelhaft. Sicher ist jedoch, dass die in diesem Kontext immer wieder aufgerufenen Aussage Adornos in einem dem Interview vorausgehenden Fernsehinterview, er „hätte zwar ein theoretisches Modell aufgestellt, hätte aber nicht ahnen können, daß Leute es mit Molotow-Cocktails verwirklichen wollen“ (ebd.) zu einem tiefen Bruch führte und unter den protestierenden Studierenden sicherlich Wut bis Misstrauen auslöste.

Und die gegenseitige politische Skepsis hatte eine lange Vorgeschichte; als Adorno und seine Kollegen des *Instituts für Sozialforschung* 1951 an die Universität Frankfurt zurückkamen, mussten sie bald feststellen, dass es mit dem, was sie als Marxisten seit jeher als politisches Bewusstsein postulierten, nicht weit her war. Seit 1945, und nicht zuletzt in einem ihrer Hauptwerke *Dialektik der Aufklärung* (Horkheimer & Adorno, 1977) war ihr Projekt gewesen, das Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft zu schärfen und innerhalb der Mauern des Instituts für Sozialforschung eine Kritische Gesellschaftstheorie zu formulieren. Was Wissenschaft nach Auschwitz überhaupt sein oder leisten könne – „im gegenwärtigen Zusammenbruch der bürgerlichen Zivilisation ist nicht nur der Sinn der Wissenschaft fraglich geworden“ (Horkheimer & Adorno, 1977, S. 1) –, war dabei die nie abschließend beantwortete Kernfrage. Gesellschaftspolitisch sahen sich die Vertreter*innen als Demokraten, die die Bedingungen für demokratische Teilhabe der Bürger*innen zuerst einmal herzustellen hatten:

Unter den Schwierigkeiten, welche Demokratie in Deutschland findet, um das souveräne Volk zu durchdringen, ist, neben den ökonomischen und unmittelbar gesellschaftlichen, nicht

unerheblich auch die, daß vordemokratische und undemokratische Bewußtseinsformen, insbesondere solche, die von Etatismus und Obrigkeitsdenken herkommen, inmitten der plötzlich eingeführten Demokratie sich erhalten und die Menschen daran verhindern, diese zu ihrer eigenen Sache zu machen. (Adorno, 2003a, S. 788)

Gerade im kritischen Bewusstsein sahen Adorno und Kollegen auch die Bedingung eines echten Bruchs mit kollektivistischen, autoritär strukturierten Organisationsformen, die sich gerade durch ihre Vorbehalte und ihre Ressentiments gegen Kritiker*innen – nicht zuletzt im Nationalsozialismus, – ausgezeichnet hatten (ebd., S. 788). Kritiker wurden gerade deshalb, weil sie subversiv agierten, als „Spalter und, mit einer totalitären Phrase, zum Diversionisten“ (ebd.).

Mit der Agenda, das Kritische Denken auch in den Dienst der bundesdeutschen Demokratie zu stellen, arbeiteten sich die Repräsentanten des *IsF* bis Ende der 1960er auch als öffentliche Intellektuelle, die auch über die sich rasant verbreiternden Medien Radio und Fernsehen ins Bewusstsein der westdeutschen Öffentlichkeit drangen, daher an ihrem Verhältnis zur jüngeren Generation Studierender, die ihre Seminarräume und Hörsäle bevölkerten, und dem – personell und inhaltlich nur teilweise - neu aufgestellten Lehrbetrieb ab. Eine echte Demokratisierung der deutschen Gesellschaft über sozialwissenschaftliche und politische Theorie zu befördern, war einer der Hauptanliegen und Motivationen Adornos und Horkheimers gewesen, das Institut überhaupt wieder aus dem US-amerikanischen Exil ins Nachkriegsdeutschland zu übersiedeln (Lenhard, 2024, S. 462 f.). Als öffentliche Intellektuelle, deren Theorien, Standpunkte, Amtshandlungen und Positionierungen breit rezipiert, übers Fernsehen und Radio ausgestrahlt und in bald immenser Auflage von großen Verlagshäusern publiziert zur öffentlichen Debatte gestellt wurden (Felsch, 2015, S. 34 f.) fanden sie sich dabei jedoch auch immer wieder zwischen den Fronten. Einerseits hatten sich die Vertreter des *IsF* bald nicht nur als öffentliche Intellektuelle, sondern auch als Idole der Studentenbewegung etabliert (Kraushaar, 2018, S. 39 f.) und hielten ihre Vorlesungen und Lehrveranstaltungen in von ihren Anhänger*innen überfüllten Sälen. Andererseits gerieten sie auch mit ihrem Beharren auf die Wirksamkeit der Theorie und ihrer Weigerung, sich selbst aktiv den Protesten anzuschließen, ins Fadenkreuz liberalisierender, emanzipatorischer und revolutionärer Bewegungen, alles voran des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, einer der Hauptakteure der Protestbewegung, die sich radikal gegen die vom *IsF* repräsentierte verstaubte Gesellschaftskritik aus dem Elfenbeinturm und die vermeintlich mangelnde Anwendbarkeit der Kritischen Theorie für die emanzipatorische Praxis wandten (Freyenhagen, 2014).

Die Frage, was die Kritische Theorie in der Gesellschaft bewirkt und bewirken kann, wurde nun auch gegen sie selbst gerichtet und wurde im Namen der Anwendbarkeit des Wissens im Bereich der politischen Theorie zum Misstrauensvotum. Dabei wurde jedoch weniger die Kritische Theorie als Methode, die in den Kreisen der Studentenbewegung zu Ruhm gekommen war, unter den Verdacht des Elitismus gestellt. Im Zuge der Fundamentalkritik der Institutionen und dem politischen Dogma des Aktionismus, das spätestens Ende der 1960er auf den Campi bundesdeutscher Universitäten Einzug gehalten hatte (Bopp, 1984), wurde auch der Anspruch an Wissenschaftler*innen lauter, sich zum politischen Zeitgeschehen zu positionieren und aktiv zu werden. Im Besonderen galt dies für Intellektuelle und Institutionen, die sich in der universitären und medialen Aufmerksamkeitsökonomie als Verbündete mit demokratisierenden und kritischen Agenden gerierten, weshalb der Debatte um die Wirksamkeit der Kritischen Theorie auch immer die Institutionenfrage und die Rolle des Intellektuellen selbst auf dem Spiel standen.

Die Anklage jedoch war eine sehr persönliche, und lässt sich mit dem titelgebenden Vorwurf des Vortrags „Resignation“ (Adorno, 2003b) zusammenfassen, den Adorno am 09. Februar 1969 im Radio Berlin verliest (Tabor, 2018). Erhoben, so Tabor, „wird der Vorwurf „Resignation“ gerade auch von der eigenen Studentenschaft, deren politisches Glaubensbekenntnis unlängst in einer Form von Aktionismus seinen Ausdruck gefunden hat, dem jedwedes kritisch-reflektierende Innehalten als tataufschiebendes oder gar tatverteilndes suspekt geworden ist“ (Tabor, 2018, S. 693). Was folgt, ist eine Verteidigungsrede des eigenen Lebenswerks durch Adorno selbst – sie wurde in seinen letzten Lebensmonaten verfasst – und die seiner Weggefährten Max Horkheimer, Herbert Marcuse und Jürgen Habermas', denen er viele Verweise und Referenzen widmet (ebd., S. 695) vor der Klägerschaft seiner eigenen Studierenden (ebd., S. 694) und der Zeugenschaft der Hörer*innen des *Radio Berlin*.

Gleichzeitig, so möchte Tabor in Bezug auf die Etymologie des Titels, die auch Adorno selbst in seinem Vortrag aufruft, deutlich machen, dass mit der Resignation wohl auch für den Verfasser mehr gemeint ist als Ohnmacht vor den Verhältnissen und eine Akzeptanz des politischen Schicksals. Es deutet, nur auf den ersten Blick unabhängig von den Vorwürfen der Studierenden, auch den Rückzug von seinem Amt und ein Rückziehen der Unterschrift als Billigung der Verwirklichung seiner Theorie in der aktivistischen Praxis an (Tabor, 2018, S. 706 f.), die Adorno durch seinen zumindest implizit an seine Studentenschaft gerichteten Text (ebd., S. 694). Galten die Frankfurter Schule und die Kritische Theorie lange als Emblem und Vordenkerkreis

demokratisierender und emanzipatorischer Politiken in der Bundesrepublik, hatte der Wind sich gedreht; die teilweise offene Aggression, die den öffentlichen Intellektuellen der Bewegung entgegengebracht wurde, und die Weigerung Adornos, die praktische Anwendung der Kritischen Theorie, oder was die protestierenden Studierenden der Studentenbewegung zu Anfang mitnichten zynisch dafür hielten, zu würdigen oder gar zu legitimieren, war weniger ein generationelles Missverständnis, sondern Fanal einer Zeitenwende des Politischen. An prestigeträchtige Institutionen gebundene Intellektuelle und Wissenschaftler, die im wahrsten Wortsinn ein hohes Ehrenamt in der Bewegung einnahmen, hatten in der antihierarchischen, antiinstitutionellen Struktur der 68er weder inhaltlich noch persönlich einen Platz, der für ihr spezifisches und theoretisches Wissen vorgesehen war. Wenn es in der Geschichte der Frankfurter Schule und des *IsF* jemals ein gemeinsames politisches Projekt hatte; zumindest, so lässt sich aus dem Status der Kritischen Theorie und auch des Personals des *IsF* in der Studentenbewegung ableiten, die Studierenden standen unter diesem Eindruck – kündigt Adorno diese Kooperation oder Solidarität mit der öffentlichen „Resignation“ auf (Tabor, 2018, S. 706). Im Zuge dessen, und nicht nur aus persönlichem Ressentiment, sondern vor allem als Konsequenz einer radikalen Institutionen- und Wissenschaftskritik der Studierenden, wurde die Position des Intellektuellen, der Wissen nicht in der Gleichzeitigkeit von Theorie und Praxis denkt und sich aktivistisch engagiert, politisch sowie moralisch abgewertet und wurde der Passivität und fehlenden Wirksamkeit verdächtigt.

2.4 Verteidigung des Elfenbeinturms

Für Adorno und Horkheimer, und mit ihnen das Institut für Sozialforschung, das seit 1951 wieder in Frankfurt angesiedelt war, hatte die Frage nach der Wirksamkeit des Wissens in materialistisch-marxistischem Gewandt Tradition; sogar, so Vollmer, sei die Kritische Theorie „immer schon eine Rekonstruktion des historischen Materialismus auf der Höhe ihrer jeweiligen Zeit gewesen“ (Voller, 2022, S. 9). Im Prinzip deckte sich das mit den materialistischen Analysen und revolutionären Anleihen der Studentenbewegung; praktisch eskalierte der Streit darum, wie die Gesellschaft von der Universität aus veränderbar sei.

Adorno, der kurz zuvor von Studierenden des SDS für seine theoretische und praktische Zurückhaltung vor der sich ankündigenden Welle politischer Praxis und der Solidarität mit den

Aktivisten der Studentenbewegung in Frankfurt zur Verantwortung gezogen wurde und der sich gezwungen sah, seine Vorlesung im Sommersemester 1969 wegen „Vorlesungs-Sprengungen“ (Adorno, 1969) vorläufig auszusetzen, forderte daraufhin öffentlich zur Reflexion der Ziele Sozialwissenschaftlichen und philosophischen Arbeitens und der Relevanz des wissenschaftlichen Establishments auf. Die Situierung der Lehrenden der Frankfurter Schule im Kontext des Instituts war ein Graben, der spätestens ab Ende 1969 nicht mehr überbrückbar schien. „Go-Ins“ und „Vorlesungsboykotte“ (Lenhard, 2024, S. 519) standen bei den protestierenden Studierenden auf der Tagesordnung; hatten sie es bei dieser Praxis anfangs vor allem auf sozialdemokratische Lehrende, wie etwa den Marx-Forscher Iring Fetscher, abgesehen, da sie gerade von diesen Solidarität in ihrer Kritik der Institutionen erwarteten (ebd., S. 515), wurde die Positionierung gegen das System Universität im Laufe des Jahres 1968 heftiger. So kam es Ende des Jahres 1968 zum Eklat, als die *Basisgruppe Soziologie* im Dezember zu einem „aktiven Streik zur Neuorganisation des Studiums“ (ebd., S. 519) aufrief. Auf dem Flugblatt, das im Sinne der Mobilisierung der Studierenden vor der Mensa verteilt wurde, werden die Devisen der Kritische Theorie gegen das Institut – und konkret das Soziologische Seminar Jürgen Habermas’ – selbst in Anschlag gebracht:

Die Frankfurter Soziologie beansprucht kritische Theorie zu sein, welche die Gesellschaft für veränderbar darstellt und politisch bewusste Intelligenz ausbildet. Die kritische Theorie der Adorno, Habermas und Friedeburg ist jedoch so kritisch, dass sie der politischen Studentenbewegung bislang nur in den Rücken gefallen ist. Die kritische Theorie ist so autoritär organisiert, dass ihr soziologischer Wissenschaftsbetrieb den Studenten keine Chance zur Selbstorganisation des Studiums einräumt. (Philosophische Fakultät der Goethe-Universität Frankfurt am Main, n.d., zitiert nach Lenhard, 2024, S. 519)

Lenhard versteht diese Protestaktionen als Störung, vor allem in ihrer Anfangsphase, als Partizipationsbestrebung; die Studierenden wollten damit Teilhabe, Partizipation und Diskussionskultur in die vorgefertigte und hierarchische Struktur universitärer Lehrveranstaltungen tragen (ebd., S. 516). Die Frage, wie unmittelbar auch sozialwissenschaftliches Wissen in der Wechselwirkung von Theorie und Diskurspraxis produziert werden sollte, warf, im Anbetracht des von den Studierenden veranstalteten „Zirkus“ (Adorno, 1969) drängende Fragen auf, die keineswegs konstruktiv verhandelt werden konnten.

Tatsächlich hatten die Anleihen der Studierenden an einer demokratischeren Gestaltung des Lehr- und Wissenschaftsbetriebs durchaus bereits, zumindest in „formaler Natur (Lepenes,

1968, S. 181), Früchte getragen; auf dem 16. Deutschen Soziologentag 1968 in Frankfurt, bei dem Adorno den Eröffnungsvortrag gab (Lepenies, 1968), hatte es die Neuerung gegeben, dass die Diskussionen im Anschluss an die Vorträge für die Öffentlichkeit geöffnet wurden:

Aus dieser fast ausschließlich studentischen Öffentlichkeit wurde jener radikale Bezug der Soziologie zur politischen Situation hergestellt, der sonst wohl schwer erreicht worden wäre. Diese Konfrontation brachte eine Schärfe in die Argumentation, die sich mit manchem Wissenschaftsverständnis nicht vereinigen lassen. Aber die deutsche Soziologie sollte es als ein Positivum verbuchen, kritische Auseinandersetzungen zu provozieren und mehr zu sein als eine Professoren-Soziologie für Soziologie-Professoren, wie sie manchem Studenten bisher zu Recht erschienen sein mag. Durch Studenten wurde zum großen Teil auf diesem Kongreß - und nicht nur in der Podiumsdiskussion über Herrschaftsstrukturen und studentischen Protest verhindert, daß Kritik zum bloßen Ritual erstarrte. (Lepenies, 1968, S. 181)

Nun fühlte sich Adorno von den Studierenden, die mit teils dramatisch orchestrierten Aktionen seine Vorlesungen störten⁸ und weit über - in der Art des Vortragens unwissenschaftliche - Redebeiträge hinausgingen, fundamental missverstanden. Im Interview mit dem *Spiegel* verdeutlicht er – in deutlichem bis despektierlichem Jargon – die Rolle sozialwissenschaftlichen Wissens und seines Denkens im Kontext der Ziele der Studentenbewegung. Klar grenzt er sich hier von der Auffassung ab, dass seine Schriften und Vorträge Modell für politische Praktiken und gelebten politischen Widerstand, wie etwa Gewalt gegen staatliche Institutionen auf Demonstrationen, verstanden werden können. Dies habe zuvorderst mit seinem Verhältnis zur politischen Praxis zu tun, das er als indirekt und vermittelt beschreibt; auf die Frage nach seiner eigenen Auslegung des vielzitierten Satzes einer vorangegangenen Fernsehsendung, er habe „zwar ein theoretisches Modell aufgestellt, hätte aber nicht ahnen können, daß Leute es mit Molotow-Cocktails verwirklichen wollen“ (Adorno, 1969) antwortet er nicht mit einer Absage an eine Kritik durch Gewalt oder bestimmter Formen von politischen Praktiken. Vielmehr

⁸ Im Frühjahr 1969 wurde eine Vorlesung von Adorno gestört, indem Studierende der *Basisgruppe Soziologie* Flugblätter verteilten, die gegen seine Person gerichtet waren; als er drohte, die Vorlesung abubrechen, „näherten sich ihm drei Studentinnen, umringten ihn, entblößten ihre Brüste und streuten ihm Rosenblüten auf den Kopf“, woraufhin sich Adorno verhöhnt und in seinem Urteil gestärkt fühlte, es mit einem besonders bürgerlichen Humor zu tun gehabt zu haben (Lenhard, 2024, S. 521).

verweist er auf das Verhältnis sozialwissenschaftlicher Theorie zur politischen Praxis, und besteht darauf, auf die Vielschichtigkeit dieses Verhältnisses zu reflektieren:

Ich habe in meinen Schriften niemals ein Modell für irgendwelche Handlungen und zu irgendwelchen Aktionen gegeben. Ich bin ein theoretischer Mensch, der das theoretische Denken als außerordentlich nah an seinen künstlerischen Intentionen empfindet. Ich habe mich nicht erst neuerdings von der Praxis abgewandt, mein Denken stand seit jeher in einem sehr indirekten Verhältnis zur Praxis. Es hat vielleicht praktische Wirkungen dadurch gehabt, daß manche Motive in das Bewußtsein übergegangen sind, aber ich habe niemals irgend etwas gesagt, was unmittelbar auf praktische Aktionen abgezielt hätte. Seitdem es in Berlin 1967 zum erstenmal (sic!) zu einem Zirkus gegen mich gekommen ist, haben bestimmte Gruppen von Studenten immer wieder versucht, mich zur Solidarität zu zwingen, und praktische Aktionen von mir verlangt. Das habe ich verweigert. (Adorno, 1969)

Die Ebene, die hier von Adorno hervorgehoben wird, ist – anders als die Diskussionen, die im Kreise der Studentenbewegung zwischen gemäßigten und revolutionären Gruppen stattfand – nicht die der Legitimation politischer Gewalt. Dass das Wissen, das theoretisch und im „Elfenbeinturm“ (ebd.) produziert wird, kein Lackmustest oder einen Leitfaden legitimer subversiver Aktionen darstellt oder normative Schlüsse auf die Adäquatheit jener leisten kann, erklärt sich hier über den Ort und den Modus der Wirksamkeit als kritisches Moment. Die praktische Wirkung könne die Theorie höchstens in der Übernahme von „Motiven“ (ebd.) durch das „Bewusstsein“ (ebd.) entfaltet werden, nicht aber in einer Anwendung und Instrumentalisierung für politische Ziele oder als Legitimation politischer Gewalt.

Vor allem aber lassen sich zwei Dimensionen ausmachen, die in der kritischen Epistemologie, die Adorno an die Äußerungen sowie die Praktiken der Studentenbewegung anlegt, hervortreten. Die Ebene der Praxis als temporär und lokal spezifische und ‚mikro-utopistische‘ direkte Aktionsformen der Kritik an Institutionen, Medien und gesellschaftlichen Machtstrukturen, wie sie durch die Studentenbewegung vor allem 1968 praktiziert wurden, entbehre, so Adorno in seiner Polemik, auch einem universalistischen Verständnis von Gesellschaftskritik und sei gerade durch ihren situierten Charakter nur bedingt wirksam: „In unseren Arbeiten wird der Wert von sogenannten Einzelaktionen durch die Betonung der

gesellschaftlichen Totalität äußerst eingeschränkt“ (Adorno, 1969); diese Totalität lasse sich nur mit einer Theorie, die den Gedanken an strukturelle Marginalisierung und Unterdrückung in den Vordergrund stelle, als objektive Kritik geltend machen. So wirft Adorno den Vertretern der Studentenbewegung und Feministinnen in ihrem Umkreis, die kurz zuvor seine Vorlesung am Frankfurter *Institut für Sozialforschung* „durch Lärm und Sex-Einlagen“ (ebd.) gestört hatten, einen mangelnden Universalismus – und damit ein Fehlen des Objektiven Zugriffs auf gesellschaftliche Problemlagen und Machtstrukturen – vor: „Der Gedanke an das Recht von Minderheiten, der ja schließlich für die Freiheit konstitutiv ist, spielt überhaupt keine Rolle mehr. Gegen die Objektivität der Sache macht man sich blind“ (ebd.). Die Flucht in eine Strategie der direkten Aktion als Verwirklichung kritischen Denkens sei eine Form der psychologischen Abwehrstrategie von Ohnmacht, die jedoch – das formuliert Adorno bereits in der Radiosendung mit dem Titel *Resignation*, die im Februar 1969 im Radio Berlin ausgestrahlt und erst später als Essay veröffentlicht wird (Adorno, 1977, zitiert nach Tabor, 2018, S. 693), diese Praxis als Selbstzweck überhöhe und der Kritik ihre epistemische Kraft nehme. So verurteilt er nicht die „kritische Ohnmacht“ (Adorno, 1969), die die Aktivisten des SDS ihm selbst zuvor vorgeworfen hatten, als Scheitern, sondern ihr Gegenteil, das für ihn in der verzweifelten, doch in ihrer dargestellten Wirksamkeit überhöhten Form der Aktion liege:

Ich kann darin keinen Vorwurf sehen, daß man in der Welt, in der wir leben, verzweifelt, pessimistisch, negativ sei. Eher sind doch die Menschen beschränkt, die krampfhaft die objektive Verzweiflung durch den >>Hurra<< Optimismus der unmittelbaren Aktion überschreien, um es sich psychologisch leichter zu machen. (ebd., Hervorhebung im Original)

Die Verbitterung, nun auch selbst von den linken und progressiven Studierenden, die vorher geflissentlich seine Theorie rezipiert und die Vorlesungen zur Kritischen Theorie besucht hatten, kritisiert zu werden, sowie der immense Rechtfertigungsdruck, vermittelt nicht zuletzt von Redakteuren, die das Interview abhielten, mag zu dieser Aussage beigetragen haben. Dem Projekt des Instituts für Sozialforschung, das eine Kritik der Gesellschaft als objektiv, universell und institutionell verankert verstehen will und die Kritik als Epistemologie der Gesellschaftstheorie setzt, scheint durch die Aktivismen der frühen 1968er jedoch ebenso nicht genüge getan zu sein. Im Besonderen ist es die epistemische Rolle der Aktion in der Wissensproduktion, die auf ihre Wirksamkeit zugespitzt und deshalb verfälschend sei. Dabei holt er, sich auf historische Evidenz berufen, aus, „[es] hat sich unzählige Male in der Geschichte ereignet, daß gerade Werke, die rein theoretische Absichten verfolgen, das Bewußtsein und

damit auch die gesellschaftliche Realität verändert haben.“ (Adorno, 1969). Die Theorie als Wissensform habe zwar in den Zeiten, in denen neue Gesellschaftsentwürfe gefordert werden, nicht eben Hochkonjunktur. Das theoretische Wissen, das Philosophie und die Sozialwissenschaften produzieren, entziehe sich jedoch eben den Verwendungslogiken, die sich ökonomisch und gesellschaftlich verankert hatten und stellen somit ein Korrektiv dar, dass sich keinem Zeitgeist hingeben dürfe: „Ich glaube nach wie vor, daß man gerade unter dem allgemeinen Praxiszwang einer funktionalen pragmatisierten Welt an der Theorie festhalten sollte.“ (Adorno, 1969). Auf die provokative Frage, ob er „also die sinnvollste und notwendigste Form Ihrer Tätigkeit in der Bundesrepublik nach wie vor darin [sehe], die Analyse der Gesellschaftsverhältnisse voranzutreiben“, antwortet er ebenso provokativ mit einem Hinweis auf sein aktuelles Buchprojekt zur Ästhetik (ebd.)

Neben dieser Polemik hatte Adorno aber auch substantielle Gründe gegen den Antiintellektualismus der Studentenbewegung, wie er in einem – implizit an den SDS in Frankfurt gerichteten – Essay mit dem knappen Titel „Kritik“ (Adorno, 2003a) ausführt:

Die Herkunft des Anti-Intellektualismus vom obrigkeitsstaatlichen Denken leuchtet ein. Kritik, so wird immer wieder vorgebetet, soll verantwortlich sein. Das läuft aber darauf hinaus, daß zu ihr eigentlich nur diejenigen berechtigt seien, die in verantwortlicher Position sich befinden, so wie ja auch der Anti-Intellektualismus an beamteten Intellektuellen wie den Professoren bis vor kurzem seine Grenze hatte. Der Materie ihrer Arbeit nach müßten Professoren zu den Intellektuellen gerechnet werden. Im allgemeinen (sic!) jedoch wurden sie wegen ihres amtlichen, offiziellen Prestiges von der etablierten öffentlichen Meinung hoch eingeschätzt, solange nicht Konflikte mit den Studenten ihrer realen Ohnmacht sie überführten. (Adorno, 2003a, S. 788)

Der Antiintellektualismus hatte mit den Studierenden, die sich in der Bewegung politisiert hatten, die Universitäten erreicht, und Adorno drohte der Vtermord. Gerade durch ihre Deckung von und durch die Institution der Universität wurde er wie auch andere Produzent*innen kritischen Wissens vermehrt als Teil eines Establishments gesehen, in denen institutioneller Status den Beigeschmack Machtklüngerei innehatte – wiederum ein antisemitischer topos, den Adorno in einem verbalen Gegenschlag implizit, jedoch nicht subtil thematisiert. In seinem vorab zum Interview erschienenen Essay zur „Resignation“ (2003b) setzt er daher zur Verteidigungsrede an; im Gestus des „Wirtschaftsführers oder Sportsmanns“ (Adorno, 2003b, S. 795) gerierten sich auch die Protestierenden als tatkräftiges Kollektiv, das

des theoretischen akademischen Wissens überdrüssig war, und „[d]as feindselige Cliché des Intellektuellen wirkt, ohne daß sie es merkten, tief hinein in die Gruppe jener Oppositionellen“ (ebd.).

Die Sozialwissenschaft als rein akademische Disziplin und Theorie hatte, zumindest bei Studierenden mit linken und emanzipatorischen Agenden, ausgedient. Besonders standen nun Personen wie Adorno in der Kritik, die man prinzipiell auf seiner Seite wähnte (Lenhard, 2024, S. 515 f.). Der Graben zwischen akademischer Wissensproduktion, in die Adorno als „Professor und der Direktor des Instituts für Sozialforschung“ (ebd., S. 518) eingebunden war, auch wenn dieses Wissen im Gewandt der Gesellschaftskritik aufwartete, und emanzipatorischen Agenden, die auf die Straße getragen wurden, hatte sich aufgetan und schien Ende der 1960er schier unüberwindbar (ebd.).

2.5 Medienwirbel

Auch wenn die Frankfurter Schule auf ihre Wirksamkeit über Theorie und dem essayistischen Schreiben beharrt – und oftmals in der gegenwärtigen Rezeption darauf reduziert wird – „das Rundfunkstudio und der Vortragssaal gehörten zu Adornos wichtigsten Wirkungsstätten“ (Schwarz, 2011, S. 286). Adornos und Horkheimers Werke kursierten innerhalb der Bewegung und darüber hinaus in Form von Taschenbüchern, wie etwa im Rahmen der Mitte der 60er initiierten „*edition suhrkamp*“ (Felsch, 2015, S. 56) aufgelegt wurden, was dazu führte, dass die theoretischen Hauptwerke der Frankfurter Schule „selbst in Bahnhofsbuchhandlungen an der Spitze der Verkaufszahlen standen“ (ebd.). In den 1960er Jahren, in denen Gesellschaftstheorie und intellektuelle Diskurse auch zum populären Kulturgut avancierten, waren es Radio und Fernsehen, wo er sein immerhin numerisch signifikantestes Publikum erreichte (Schwarz, 2011, S. 286 f.).

Der Auftritt in Leit- und Massenmedien, für die sich Adorno sehr häufig entschied, waren bei weitem kein Alleinstellungsmerkmal (Schwarz, 2011, S. 288). Jedoch entbehrte seine Zusammenarbeit mit dem Spiegel, der in Bezug auf die Studentenbewegung für eine vergleichsweise gemäßigte Berichterstattung bekannt war (Reichardt, 2014, S. 229) nicht einer gewissen Ambiguität. Im Frühjahr 1968 erst hatte die Medienkritik der Studenten, die mit der

1967 gestarteten Kampagne „Enteignet Springer“ (vgl. ebd. S. 224), ihren Höhepunkt gefunden. Indem sie sich der Begriffe der Kritischen Theorie zur Kulturkritik sowie Versatzstücken aus Werken Enzensbergers, Negts und Marcuses bedienten und die Presse und Medien als „Kulturindustrie“ und „Verblendungszusammenhang“ (Horkheimer& Adorno, 1947, zitiert nach Reichardt, 2014, S. 224) markierten, starteten sie einen rhetorischen Feldzug gegen die medialisierte Öffentlichkeit, der zu Ostern 1968 durch eine Blockade des Springer-Verlagshauses in Berlin abgerundet wurde (Reichardt, 2014, S. 224) ⁹. Dass Adorno seine Apologie gerade in einem Medium publizierte, das eine mediale Vormachtstellung in der Bundesrepublik einnahm, stütze er nicht nur seine Position als öffentlicher Intellektueller, der zu Kreuze gebeten wird; auch ist sein weiteres Engagement in der etablierten Medienlandschaft als eine Rückendeckung demokratischer Institutionen zu deuten.

Mit dem Aufkommen und der Verbreitung von Radio und Fernsehen als Massenmedien, in den 50ern auch im Durchschnittshaushalt ankamen, konstituierten sich neue kollektive Formen der Öffentlichkeit, die ins Private der eigenen vier Wände eindrang (Liehr, 2007, S. 33), so sei etwa „infolge der weitflächigen Integration des Fernsehens in die häusliche Privatsphäre [die] Öffentlichkeit [...] in den 1960er Jahren „durch die Erfahrungen der Gleichzeitigkeit von Ereignis und Empfang, die [sic!] Simultanität der Ereignisse auf mehreren Kontinenten und die [sic!] Integration in eine weltweite >Fernsehgemeinde<“ (Münz-Koenen, 2000, zitiert nach Liehr, 2007, S. 33) neu konstituiert worden. Und auch, wenn Adorno und viele weitere Intellektuelle und Sozialwissenschaftler sich diese Öffentlichkeiten als Publikum erschlossen, brachen die Vorträge und Beiträge Adornos mit den neu aufkommenden Sendeformaten und Aufmerksamkeitsökonomien, indem er den Hörenden theoretisch und rhetorisch vergleichsweise viel zumutete.

Auch, weil Adorno Vorbehalte gegen die Überhöhung des spontan gesprochenen Wortes hatte, betrieb er in Bezug auf die von ihm im Radio ausgestrahlten Texte geflissentliches Recycling, wobei die mündlichen Vorträge als Probierläufe dienten (Schwarz, 2011, S. 290). Das hatte auch legalistische Gründe:

⁹ Jedoch, so Reichardt, ist die Studentenbewegung in ihrer Existenz extrem abhängig von medialer Aufmerksamkeit; „Die 1968 eingeübte Opposition gegen das „Establishment“ war ein „gigantisches Medienereignis““ (Tanner, 1998, zitiert nach Reichardt, 2014, S. 225 f.) welches „der 68er-Bewegung erst ihren Glauben an sich selbst verschafft habe“ (Koenen, 2001, zitiert nach Reichardt, 2014, S. 227).

Was immer ihm geeignet erschien, trug er vor Publikum oder im Radio vor, bevor es gedruckt herauskam. Auch insofern war die akustische Rezeption primär. Der Rundfunk wollte Unveröffentlichtes, wollte Originalbeiträge bringen. Darum hat Adorno nicht Gedrucktes vorgetragen, oft aber Getipptes: nämlich Texte, die fertig geschrieben, aber noch nicht erschienen waren. (ebd.)

Dabei ist jedoch zu beachten, dass diese Probeläufe keineswegs vornehmlich als Probe auf die Publikumsgefälligkeit oder Verständlichkeit der jeweiligen Texte waren; „[e]r nutzte die Möglichkeiten öffentlichen Sprechens, um die Wirkung seiner Arbeiten zu testen – aber auch, um seine Texte auf rhythmische und klangliche Stimmigkeit zu überprüfen“ (ebd.). Diese Weigerung rührte auch von seiner Kritik der Populär- und Konsumkultur, so schreibt Denecke (2000) über den Radiostern Adorno, wie er in seiner *Theorie der Halbbildung* deutlich mache (ebd., S. 74), sei er der „vielleicht unversöhnlichste Gegner einer kundenfreundlichen Vermittlung der Kultur“ (ebd.). Weniger stammte das jedoch aus einer von der Realität des Alltagslebens abgespaltenen Vorstellung von Hochkultur und distinguiierter Geisteswissenschaft, als aus einer Kritik an kapitalistischen Verwertungslogiken, in denen Wissen nun im gleichen Atemzug Unterhaltung und gesellschaftliche Relevanz vermitteln musste:

Im Rahmen seiner kompromisslosen Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft und der ihr unauflöslich eingeschriebenen Logik der Verwertung hat er wie kaum ein anderer die These vertreten, dass die von den Subjekten anzueignenden Objektivationen der Kultur, die durch ihre traditionelle Einstufung als Bildungsgüter ohnehin schon in gewissem Sinne entwertet seien, durch ihre massenmediale Aufbereitung nicht endgültig vermittelt, sondern vollends neutralisiert würden. (ebd.)

Während die öffentliche Wirksamkeit und Verständlichkeit des geistes- und sozialwissenschaftlichen Wissens nach 1945 in Gestalt von „Radio-Essays“ (Schwarz, 2011, S. 291) Ort und Form einnahm, verweigerte sich Adorno dieser Kontaktherstellung zwischen seiner wissenschaftlichen Arbeit und seinem Publikum. Auch Improvisationen während der mündlichen Vorträge im Radio waren zwar keine Seltenheit, jedoch kein Ausdruck affektiver Wirkung, sondern Korrekturen des Klangs und der Rhythmik des Gesprochenen und Geschriebenen, das für Adorno formal den höchsten Stellenwert einnahm. So wurde der Ruf nach einer medialen, öffentlichkeitswirksamen Zurichtung der Texte zwar lauter;

Kritiker beklagten, dass der Vortrag zu schwer gewesen sei und dass Adorno, ohne Rücksicht auf Verstehensmöglichkeiten und nur auf die behandelte Sache gerichtet, zu wenig Maß am Publikum genommen habe. Überhaupt wurde ihm immer wieder vorgeworfen, er habe eine Hauptregel der Rhetorik in den Wind geschlagen – nämlich die, situationsangemessen und hörerorientiert zu sprechen. (ebd.)

Diese Kritiken und die Weigerung, auf Öffentlichkeitswirksamkeit zu setzen, taten dem Ruhm und Status Adornos als öffentlicher Intellektueller keinen Abbruch, ja beförderten ihn vermutlich sogar; so „war [er] in seinen letzten 20 Lebensjahren in 114 Rundfunkgesprächen oder Interviews zu hören“ (Schwarz, 2011, S. 292).

Dass Adorno nicht die Verständlichkeit und Zugänglichkeit seiner Beiträge in Medien zum Ausgangspunkt rhetorischer Abwägungen machte, bedeutete nicht, dass er nicht gehört werden wollte (Schwarz, 2011, S. 291) oder dass er keine über die Form hinausweisenden Ambitionen mit dem öffentlichen Sprechen verband. So nutzte er etwa den Vortrag zur „Resignation“ (Adorno, 2003b) der sowohl als Radiosendung als auch publizierten Text veröffentlicht wurde (Tabor, 2018), um in Bezug auf die Anschuldigungen der Studentenbewegung, er sei „kritisch in der Theorie, konformistisch in der Praxis“ (Leslie, 1999, zitiert nach Freyenhagen, 2014, S. 868, eigene Übersetzung) seine Position zu markieren und die von ihm initiierte Form des Kritischen Wissens und Denkens zu verteidigen – durchaus praktisch. Durch seinen Modus des Vortragens torpedierte er die sich durch die ‚neuen‘ Medien Radio und Fernsehen etablierenden Aufmerksamkeitsökonomien.

Im Kontext der Gegen-Medien, die vor allem innerhalb der Protestbewegung als Kommunikationsmittel zirkulierten und die darauf ausgelegt waren, Bewegungswissen zu teilen und emanzipatorische Gegenöffentlichkeiten zu etablieren (Reichardt, 2014, S. 231), war die Öffentlichkeitsarbeit Adornos das absolute Kontrastprogramm. Dabei blieb Adorno seiner Werte auch in seiner publizistischen Praxis treu. Während seine Werke innerhalb der „Anti-Copyright-Bewegung“ als „proletarische Reprints“ (Felsch, 2015, S. 75) vor allem im Kreise der linken Studierenden zirkulierten, hielt er sich an die etablierten Verlags- und Rundfunkhäuser. Die Bandbreite linker Medien nach 1968 nahm durch die Kritik an unter anderem der Bild-Zeitung und den Ausschreitungen vor den Verlagsgebäuden des Springer-Konzerns zu, da die Aufmerksamkeit „verstärkt in die Bahnen der Gegenöffentlichkeit gelenkt [wurde]“, so begann bald „[d]er umfassende Aufbau eines eigenen, alternativen medialen Netzwerks“ (Reichardt, 2014, S. 231). Die Alternativmedien, die häufig auch in der Raubdruck-Bewegung und aus

politischen Gruppen heraus agierten, bemühten, mit fundamentalkritischen bis propagandistischen Mitteln Anhänger*innen zu gewinnen und zum Protest aufzurufen setzte Adorno auf die Wirksamkeit der Wissensvermittlung über etablierte Medien.

So setzte Adorno sein Projekt einer wirksamen, demokratisierenden und im wahrsten Sinne kritischen Gesellschaftstheorie und kritischen Wissensproduktion und-distribution unter seinen Bedingungen fort. Seit jeher hatte er sich in Lehre, Forschung und in den Medien, inhaltlich und methodisch an der Wirksamkeit der Kritischen Theorie als „emanzipierendes Wissen“ (Vogelmann, 2022, S. 96) abgearbeitet; die Bedingungen, die ihm seinen öffentlichen und akademischen Erfolg beschert hatten, wie etwa seine besondere Stellung als öffentlicher Intellektueller in der Soziologie im Nachkriegsdeutschland, seine institutionelle Situiertheit am Institut für Sozialforschung sowie seine Medienpräsenz, kritisierte er jedoch noch selbstreflexiv (Vogelmann, 2022, S. 306) und ‚von innen‘. Als die Forderungen nach einer direkten Realisierung von Teilhabe und dem Abbau von staatlichen und wissenschaftlichen Hegemonien nicht mehr überhört werden konnten. Das Blatt hatte sich gewendet, und auch Adorno und seine Kollegen drohten, aufgrund ihres von Ambiguität geprägten Verhältnisses zum Bestehenden und ihrem Beharren auf reflexive Kritik, die sie zeitlebens als „Theorie als Gegendiskurs“ (Felsch, 2015, S. 59) verstanden, entthront zu werden. Adornos Aussichten aber waren fatalistisch: „Ich müsste alles, was ich über die objektive Tendenz gedacht habe und weiß, verleugnen, wenn ich glauben wollte, dass die Protestbewegung der Studenten in Deutschland auch nur die geringste Aussicht hat, gesellschaftlich eingreifend zu wirken“ (Adorno, 1969, zitiert nach Lenhard, 2024, S. 522).

3. Partizipation und Demokratie – Praxisorientierungen in den Sozialwissenschaften

3.1 Wissenschaft als Forschung

Gegen Ende der 1970er Jahre fand diese Logik der wissenschaftlichen Wirksamkeit und der Verbindung von Wissenschaft und politischer Intervention auch Einzug in die Institutionen akademischer Wissensproduktion, die – empirisch unberührt bis befördert durch die beschriebenen häuslichen und ökonomischen Liberalisierungstendenzen – nun einmal mehr seit jeher als unausweichlich erschienen. Unter dem Schlagwort der „Praxisorientierung der

Sozialwissenschaften“ (Bammé, 2004, S. 31) wurden die Debatten um neue Imperative in den Sozialwissenschaften auch in die Universitäten getragen, und sollten Forschung und Lehre reformieren; „wissenschaftstheoretische und – methodische Kulminationspunkte waren zum Beispiel die Propagierung der Sozialforschung als „Aktionsforschung (Moser, 1975, zitiert nach Bammé, 2004, S. 31), in der die konkrete Praxis der Handelnden in der Wissensproduktion und Wissensvermittlung im Zentrum stehen (Bammé, 2004, S. 31). Die Ambition, „gemeinsam mit den davon Betroffenen ein Wissen mit hoher praktischer Relevanz zu erzeugen“ (ebd.), was eine Demokratisierung der Wissenschaft, und vermittelt der Gesellschaft, ermöglichen sollte. Sozialwissenschaftliche Forschungsgruppen, die sich dezidiert der Frage nach Partizipation und demokratischer Teilhabe widmeten, schossen aus dem Boden; wie etwa die Studiengruppe Partizipationsforschung um Ulrich von Alemann in Bonn (von Alemann, 1975).

Die neue Sozialwissenschaft als Forschung stand unter dem Zeichen demokratischer Partizipation und Teilhabe der von Wissenschaft Beforschten, was auch eine Verschiebung der Machtstruktur im Zeichen gesellschaftskritischer Wissensproduktion befördern sollte (Flick, 2022, S. 76 f.). Während die Aktionsforschung etwa ethnografische Arbeit in aktivistischen Kontexten leistete und dabei tief in den Alltag der Beforschten vordrang (Kade, 1984), wurden in der Soziologie konkrete Handlungsleitfäden entwickelt, um die Wissenschaft in der Praxis gesellschaftlicher Aushandlungen zur Anwendung zu bringen. Die Mitte der 1970er durch den Soziologen Dienel konzeptualisierte Planungszelle (Dienel, 1992), die Anwaltsplanung nach Davidoff aus den USA, die auch in der BRD breit rezipiert wurde (Knigge, 1972) und Mediationsverfahren und sogenannte Bürgerräte nicht nur in der Medizin, sondern auch im Kontext der Umweltmediation (Hebestreit, 2013, S. 96 ff.) und im Bereich der Raum- und Stadtplanung (Pirker, 1977) wurden eingesetzt, um eine Brücke zwischen Behörden, Betroffenen und wissenschaftlichem Wissen zu bauen und eine Demokratisierung anzustreben.

Auch in Kontexten der linken Selbstorganisation wurden die Konzepte als Handlungsleitfaden und Mobilisierungsstrategie aufgegriffen (Toti, 2024); so wurde das Konzept der „Situationsgruppe“ (Faßbinder, 1971, S. 72) nach Claus Offe nicht nur in der Soziologie selbst, sondern auch in Aktivismen der Neuen Linken verhandelt und einer marxistischen Fundamentalkritik unterzogen (ebd.). In der Soziologie selbst wurde Partizipation nicht nur in Methodendebatten relevanter (Pirker, 1978); sie wurde auch als Ausgangspunkt empirischer Erhebungen zum Indikator politischer Teilhabe und politischem Bewusstsein sowie lokaler Selbstorganisation, etwa in Bürgerinitiativen (Schissler, 1978, S. 164). Gemeinsamer

Referenzpunkt dieser Projekte war eine Verschiebung der Rolle der Institutionen. Offe selbst warf diesen vor, sich nicht ausreichend um lokale, räumliche Anliegen kümmern (Offe, 2014, S. 199) und damit ihre repräsentative demokratische Berufung nicht zu erfüllen. Hier gezeigt am Beispiel der Stadtsanierung Kreuzbergs in den 1970ern, kam dieser Ruf zur Selbstorganisation den Studierenden, die sich ohnehin lieber selbst als „professionalisierte Intelligenz“ (COOP Gruppe 3K und Gruppe 4, n.d., zitiert nach Toti, 2024, S. 476) in antiautoritärem Gewandt gerierten, und sich die Frage stellten: „Wie Können Wir die Unterprivilegierten Reaktivieren?“ (COOP Gruppe 3K und Gruppe 4, 1968, zitiert nach Toti, 2024, S. 495) gerade recht (Toti, 2024, S. 472). Und auch Pirker, der 1975 an der TU Berlin eine Meta-Studie zur Partizipation im städtebaulichen Planungsprozess initiierte und dabei analytisch auch auf Offes Situationsgruppen als lokale, situierte Betroffenheit zurückgriff (Pirker, 1977, S. 11 ff.) – wenn auch in theoretisch weitaus vorsichtigerer Form als die Architekturstudierenden, die dergleichen Universität den Rücken gekehrt hatten, um neue Formen der Selbstorganisation zu erproben (Toti, 2024, S. 472) stellte die Wirksamkeit der Institutionen in einem extensiven Fragenkatalog zumindest unter Verdacht, nicht der lokalpolitische Referenzpunkt für das politische Bewusstsein der Anwohner*innen zu sein (Pirker, 1977, S. 113/Fragenkatalog S. 10).

In den Sozialwissenschaften selbst folgte die Partizipations- und Anwendungsforschung jedoch auch einem ökonomischen Paradigma des „Nutzwerts“ (Bammé, 2004, S. 32). Während sogenannte Grundlagenforschung in den 1970ern an gesellschaftlicher und ökonomischer Relevanz verlor und Wissen in kapitalistische Ressourcenökonomien eingespeist wurde, vor allem „im Bereich der Forschung“, relevant, so Bammé (2004), dort „muss Wissenschaft sich durch ihre Praxisrelevanz legitimieren“ (ebd., S. 27), und externe Relevanzkriterien – auch solche, die die Gesellschaft und das Politische betreffen – sind dem wissenschaftlichen Projekt, ganz im Sinne der emanzipatorischen Wissenschaftskritik, nicht fremd. Besonders führte das auch zu einer „Institutionalisierung von Sekundärwissenschaften, etwa in der Umweltforschung, der Energiewissenschaft, der Städteplanung [und] der Bildungsforschung“ (ebd.) so wurde dabei auch durch den Impetus aus den Sozialen Bewegungen gespeist, eine Wissenschaft zu etablieren, die von den radikalen Agenden der Studentenbewegung und den Ruf nach einer formale Demokratisierung der Universitäten Abstand genommen hatten und von der Wissenschaft selbst aufgegriffen wurden, um konkrete Ziele zu erreichen:

Out of the anti-imperialist and student movements of the 1960s and the environmental and women's liberation movements of the 1970s have emerged a range of alternative ideas about

science, in form, content, and meaning, which have given rise to new theories, academic fields, and technological developments. What in the 1960s and 1970s were oppositional social movements have largely been emptied of their radical content, at the same time as they have given rise to new branches of, and approaches to, science and technology. While the more radical, or oppositional, voices have lost much of their influence, the more pragmatic and realistic voices have been given a range of new opportunities. (Jamison, 2006, S. 54)

Für die Soziologie bedeutete dies vor allem, dass nicht nur neue Forschungsfelder und Disziplinen, wie etwa die Science and Technology Studies (Hoppe, 2021, S. 49) erschlossen wurden, sondern es formierten sich auch neue Formate und Methoden der partizipativen Forschung, die ein neues Arsenal von Begriffen und Instrumenten benötigte; Stichwortgeber waren im deutschsprachigen Raum etwa Claus Offe, der nicht nur den Begriff der „Situationsgruppe“ (Offe, 1968/69, zitiert nach Faßbinder, 1971, S. 71 f.) für betroffenenzentrierte Forschung prägte, sondern ebenso einen mehrstufigen Handlungsleitfaden für sozial engagierte Sozialwissenschaftler*innen ausformulierte (ebd.).

Besonders prominent wurden die partizipativen Forschungsmethoden in städtebaulichen Planungsprozessen eingesetzt; nicht immer zielführend, denn, so Claus Offe (2014), wurde die Funktion der Soziologie im Planungsprozess häufig als „Wertwissenschaft“ (Offe, 2014, S. 209) die Auskunft über richtiges und falsches behördliches und administratives Handeln geben könne, missverstanden; dies könne „nicht nachdrücklich genug aus dem Wege geräumt werden“ (ebd.) Andererseits setzte der neue Trend zur empirischen Regionalforschung auch neue Probleme des Verwendungszusammenhangs:

Das neue Interesse richtete sich nun auf die empirischen Verfahrensweisen der Soziologie, es wurden Meinungsumfragen, Untersuchungen über Wohnzufriedenheit, regionale Mobilität, über die Familienstruktur in bestimmten Siedlungsformen und anderes mehr angestellt. Die Folge war, daß zahlreiche Konflikte und Folgeprobleme angegeben werden konnten, die mit bestimmten Planungsentscheidungen verbunden waren, ohne daß allerdings den empirischen Ergebnissen entnommen werden konnte, in welcher Weise diese neuentdeckten Probleme nun wieder behoben werden könnten. Statt handlungsorientierender Antworten wurden neue Fragen produziert. (ebd.)

Auch im Anwendungskontext der Stadt- und Regionalplanung wurde die Soziologie und angrenzende wissenschaftliche Disziplinen darüber problematisiert, dass sie soziopolitische Probleme aufwerfen, anstatt sie zu lösen. Besonders tritt dies im Bereich der Planung gebauter

Umwelten hervor, weil die Zeit, materiellen Ressourcen und Institutionellen Gegebenheiten – nach Claus Offe – als „Sachzwänge“ (Offe, 2014, S. 198)) auftreten und Politische Handlungsspielräume minimieren. Offes resignativ anmutende Antwort: kollektive, lokale Selbstorganisation (ebd., 210 f.). Trotz dieses resignativen Blicks auf sozialwissenschaftliche Interventionen entwickelte Offe mit seiner „Disparitätenthese“ und der „Situationsgruppen“ (Faßbinder, 1971, S. 71 f.) ein protomarxistisches Konzept, das betroffene von Planungs-Verwaltungsprojekten soziologisch erfassen ließ; er selbst verband damit auch die Hoffnung, Bürger*innen als revolutionäre Subjekte zu emanzipieren. (Offe, 1969, zitiert nach Faßbinder, 1971, S. 72). Mit seinen Anleihen in einer Verwendungsforschung, die trotz Selbstkritik die Begriffe für eine Forschung als emanzipierende Praxis etabliert, legte er einen ersten Grundstein für einen Modus der Wissenschaft als Forschung, die Bammé später als „postakademische Wissenschaft“ (Bammé, 2004) bezeichnen wird.

3.2 Studien zur Partizipativen Stadtplanung am Beispiel Friedrichshain-Kreuzberg

Die Emanzipation, die von partizipativer Wissensproduktion ausgehen und so ihren Weg in gesellschaftliche, politische Machtstrukturen finden sollte, war in den 1970ern auch bereits in der Bevölkerung angelegt. Die Studentenbewegung und die sich daraus formierenden Gruppen und Projekte hatten dem Eindruck politischer Handlungsfähigkeit Vorschub geleistet, und es schien, als „daß angesichts der Studentenbewegung weite Kreise der Bevölkerung in der Bundesrepublik die Beeinflußbarkeit politischer Entscheidungsprozesse durch konkrete Partizipationsbegehren für gegeben halten“ (Dittberner, 1973, S. 194).

Offe, ein Stichwortgeber der emanzipatorischen Verwendungsforschung und „eine volle Dekade“ (Offe, 2019, S. VIII Generalvorwort) Mitarbeiter von Jürgen Habermas, verbrachte im Anschluss an seine Zeit am Institut für Sozialforschung, während der er vor allem dafür bekannt geworden war, die Studierenden bei ihren Anleihen um transparente und direktdemokratische Hochschulpolitiken zu unterstützen (Lenhard, 2024, S. 516), einige Jahre als Gastforschender an US-amerikanischen Eliteuniversitäten (Offe, 2019, S. IX Generalvorwort), deren Methoden und Verständnisse von angewandter Sozialforschung zu Beginn der 1970er Jahre nicht zuletzt von Paul Davidoffs Konzept der Anwaltsplanung geprägt war, die er in seinen Grundlagenwerken zur

angewandten Sozialforschung rezipierte (Offe, 2014, S. 204))¹⁰. Angewandt wurde dieses Konzept auch und vor allem im Kontext von städtischen Flächennutzungskonflikten und Prozessen der Stadtentwicklung, an denen nicht nur die lokalen Verwaltungsorgane mitwirkten; vielmehr stellt die scharfe Kritikerin Faßbinder jene als „an den Erscheinungsformen gesellschaftlicher Benachteiligung orientierter Konzeption der schrittweisen Beseitigung ‚sozialer Mißstände‘ [vor], wie sie etwa von den Jungsozialisten vertreten werden und in der Stadtteilarbeit vieler linker Gruppen ihren Ausdruck finden“ (Faßbinder, 1971, S. 71). Offes These, wenn auch von „Graswurzel-Bewegungen“ im Kontext der geplanten Stadtteilsanierung Kreuzberg aufgegriffen (Toti, 2024, S. 467) war den staatlichen Institutionen keineswegs aus anarchistischem Impetus heraus feindlich gestimmt; diese hätten, so Offe (2014) ihre repräsentative Funktion und ihre Aufgabe der Bedürfnisbesorgung im Lokalen verloren, die sich „außerhalb oder am Rande der großen Apparate von Wirtschaft, Politik und Militär befinden“ (Offe, 2014, S. 199). Trotzdem spielt Offe mit dem Antimilitarismus, dem Hang zur Selbstorganisation und der Kritik der Institutionen auch mit linken topoi, die ihn für politische Selbstorganisation in den 1970ern, nicht zuletzt im Rahmen der Proteste gegen die Kahlschlagsanierungen in Kreuzberg, in hohem Maße anschlussfähig machten (Toti, 2024, S. 475 f.).

Claus Offe, der einschlägige Konzepte der politisierten und demokratisierten Stadtplanung aus den USA mitnahm und dem die Revolutionierung der gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse durch die Wissensbestände und Bedürfnisse der von diesen Entscheidungen Betroffenen geradezu als revolutionäres und „gesellschaftliches Subjekt historischen Wandels“ (Offe, 1968/69, zitiert nach Faßbinder, 1971, S. 72) anrief, fand jedoch später zu einem Pragmatismus gefunden, der die Bürger*innen im besten Fall vermittelt zu Wort kommen lässt. So proklamiert er in einem Interview mit einem Vertreter des Herschie Instituts, Sozialwissenschaften in

¹⁰ Auch die offenen Fragen, die sich aus den Theorien seines Lehrers Habermas zu Demokratisierung als sozialwissenschaftlichen Interventionen ergaben, versuchte er mit Davidoff zu lösen (Offe, 2014, S. 204). Wahrscheinlich ist, dass beide einen großen Einfluss auf seine Konzepte genommen haben, dies müsste aber näher herausgearbeitet werden.

seinem Sinne haben vor allem dann einen gesellschaftspolitischen Stellenwert, wenn sie direkt mit einer beliebigen Form von Politikberatung verbunden seien:

A standard of social science publications should be that all reporting on research should end with a proposal for institutional reform or a policy proposal addressed to political parties, governments, movements, or the general public. Without that feedback to society, findings remain often quite worthless. (Offe & Anheier, 2020)

So lässt sich, seiner Arbeit an einer kritischen Gesellschaftstheorie in den angewandten Sozialwissenschaften, von den später aufgestellten marxistisch informierten Thesen zu Disparität und Betroffenheit bis zu seinem späteren Status als Experte für den Demokratisierungsprozess in postsowjetischen Gesellschaften (Offe & Anheier, 2020) vor allem der Anwendungsfokus als Maxime seiner wissenschaftlichen Arbeit ausmachen. Diesen begleitete zwar seit Beginn seiner Karriere eine liberale, politisierte Perspektive auf gesellschaftliche Problemlagen, die er nicht nur durch die Methoden und Techniken der Sozialwissenschaften zu lösen hoffte. Von seiner anfänglichen Euphorie einer Bewusstseinsbildung zum Wohle der Marginalisierten, die nicht weniger als revolutionäre Ziele verfolgte, blieb jedoch vor allem der Appell an die Wissensproduktion und -distribution in den Sozialwissenschaften, die „Vorschläge“ für „institutionelle Reformen“ oder „policy proposals“ (ebd.) sollten, um ihre Nützlichkeit unter Beweis zu stellen. Der revolutionäre und marxistische Impetus der 1968er, in denen Offe politisiert wurde und anschließend im Kontext der Frankfurter Schule auch arbeitete, erscheint hier als geläutert in dem Sinne, als dass nicht nur die politische Ordnung nicht mehr in der Kritik steht und durch die Sozialwissenschaften unter Zugzwang gestellt werden soll. Vielmehr ist die Verantwortung Sozialwissenschaftlicher Publikationen, auf gesellschaftspolitischer Ebene richtungsweisend zu sein, eine Affirmation einer Verantwortungsverschiebung, durch die sich die Sozialwissenschaften in die demütigere Position der Besorger sozialen Wandels gedrängt sahen. Nicht einmal auf die Bürger*innen als „Subjekte der Geschichte“ (Offe, 1968/69, zitiert nach Faßbinder, 1971, S. 71) kann sich der Wissenschaftler in diesem Kontext noch verlassen, da jene aus den notwendigen Partizipanten des Erkenntnisprozesses getilgt waren. Höchstens als Verwerter*innen des sozialwissenschaftlichen Wissens, das in Form von Vorschlägen an die sozialen Bewegungen herangetragen wird, können politisch engagierte Bürger*innen in diesem Schematismus noch fungieren. So lässt sich, scheint es, als roter Faden der partizipativen Sozialforschung nach Offe vor allem der Anwendungsbezug des sozialwissenschaftlichen Arbeitens und Wissens

ausmachen, der sowohl die Bürger*innen als Produzenten und Rezipienten des Wissens zwar ernst nimmt, diesen aber keine konstitutive Rolle mehr zuweist. Die Sozialwissenschaften selbst, die sich dadurch auf ihre Rolle als Unterbreiterinnen fruchtbarer Vorschläge wiederfinden, sind qua ihrer Politisierung zum instrumentellen Moment in der jeweiligen politischen Landschaft geworden.

Doch bereits in einem Essay aus dem Jahr 1975 (2019) hat Offe eine an Zynismus grenzende Auffassung davon, warum die politischen Institutionen sich auf sozialwissenschaftliches Wissen beziehen, das doch per se gesellschaftliche Normen, Privilegien und Machtpositionen hinterfrage; ohne diesen Ressentiments gegen die subversive Wirkung sozialwissenschaftlicher Wahrheiten aufzugeben, so Offe, instrumentalisierten Institutionen die Sozialwissenschaften als Effizienzsteigerung:

Nun hat auch die Politik ein sehr spezielles Interesse daran, ihre eigenen Realitätsdeutungen wissenschaftlicher Überprüfung auszusetzen. Sie nimmt die Dienste von Sozialwissenschaften nicht deshalb in Anspruch, um auf diese Weise die Wahrheit über gesellschaftliche Prozesse herauszufinden. Ihr Interesse ist sehr viel begrenzter. Sie zieht die Sozialwissenschaften zu Rate, wenn (und solange) sie erwarten kann, dass deren Tätigkeit entweder zu einer *Effektivitätssteigerung* (d. h. Steigerung der Wirkungsgenauigkeit der Politik) führt, oder wenn sie erwarten kann, dass sie zu einer *Effizienzsteigerung*, d. h. einer Einsparung von Leerlauf, Fehlinvestitionen, Konflikten usw. führt. (Offe, 2019, S. 380)

Der Anspruch der Politischen Akteure sei deshalb, so Offe, ein widersprüchlicher; einerseits sollen kritische Gesellschaftsanalysen ausbleiben, die die Legitimation staatlicher Handlungsmaximen und derer, die der „Herrschaft des Irrtums ihre Privilegien verdanken“ (ebd., S. 379), nicht in Frage stellen. Andererseits erwarten diese, dass die Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen durch sozialwissenschaftliche Interventionen gesteigert werden könne. Die Sozialwissenschaften selbst konfrontiere dies mit dem impliziten Anspruch der Selbstbeschränkung:

Diese Selbstbeschränkung besteht darin, dass die Wissenschaften nur solche Probleme analysieren bzw. Empfehlungen aussprechen, die den vorgegebenen Steuerungskapazitäten der Politik korrespondieren. Die beratenden Sozialwissenschaften stehen unter der Erwartung, dass sie sich sowohl bei der Wahl ihrer Themen wie bei der Formulierung ihrer Empfehlungen auf das Aktionsfeld der Politik einstellen und ihr dabei helfen, ihre Kosten zu vermindern und ihre Wirkungsgenauigkeit zu steigern. Ergebnisse, die diesen Kriterien nicht genügen, werden

sozusagen unverdaut ausgeschieden, unter Verschluss gehalten oder – was die subtilste Form der Zurückweisung ist – als „Grundlagenforschung“ eingestuft.“ (ebd., S. 381)

Breitere und komplexere Problemstellungen würden in den „Commonsense“ (ebd.) verlegt, wo sie etwa durch Demonstrationen ausgetragen werden sollten.

Offe selbst wollte dazu einen Gegenentwurf schaffen, der sich aber als halbherzig herausstellen sollte. Schon der Titel seiner Abhandlung darüber, wie Partizipation in der Planung verwirklicht werden kann – *Sachzwang und Entscheidungsspielraum* (Offe, 2014) – lässt die pragmatische Resignation vor der Aufgabe anklingen, in Verwaltungs- und Planungsprozessen Bürgerbeteiligung und Teilhabe als echt demokratische Alternative zum Obrigkeitsstaat und „Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnissen“ (Offe, 2014, S. 198) zu etablieren.

Dieses Modell, das vielfach dazu genutzt wurde – so kritisch Helga Faßbinder (1971) – werde vielfach von Berufsgruppen der „sozial engagierten Praxis“ (Faßbinder, 1971, S. 71) namentlich „Sozialarbeiter, Architekten, Stadtplaner, Pädagogen, Psychologen etc.“ (ebd.) genutzt, um „gerade in der Begrifflichkeit der Disparitätenthese eine theoretische Überhöhung der eigenen Praxis [zu] finden“ (ebd.). Für Offe, so Faßbinder, sei die Situationsgruppe das neue „gesellschaftliche[] Subjekt historischen Wandels“ (Offe, 1968/69, zitiert nach Faßbinder, 1971, S. 72), an das – zu Unrecht, so geht aus ihrer kapitalismuskritischen Analyse hervor – große Utopien geknüpft waren; die Geschichte sollte ihr recht zusprechen.

Inwiefern sozial und politisch engagierte Sozialwissenschaft wirksam werden kann und welche Rolle sie in Planungs- und Verwaltungsprozessen spielt, wurde in den 1970ern, etwa im Kontext der Stadtsanierung in Berlin-Kreuzberg, vielfach diskutiert und erprobt. So kamen soziologische Termini, die aus Offes eigener Feder stammten, wie etwa die Situationsgruppe als handlungsfähiges, ja sogar revolutionäres Subjekt im lokalen, kommunalen Zusammenhang und die These einer horizontalen Disparität, die auch in den Gefilden der linken Stadtteilinitiativen marxistische Klassenanalysen ablösten (Toti, 2024) in der empirischen Soziologischen Forschung (Pirker, 1977) wie in zur Anwendung und wurden breit rezipiert.

3.3 Anwohner aller Stadtteile, beteiligt euch

Angewandt wurde eine Vielzahl interventionistischer, partizipativer Verfahren und Projekte, als Anfang der 1970er Jahre die Frage um die Sanierung des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg drängender diskutiert wurde und marode Infrastruktur und Wohnungsbestand mit „morbidem Charme bröckelnder Fassaden [und] halb eingestürzten Dachstühle[n]“ (Krolow, 2025, S. 34) auf skeptische Bewohner*innen und Aktivisten trafen, die die „Zweite Zerstörung Deutschlands“ (ebd.), wie eine Broschüre die unsägliche Wiederaufbau-Architektur und Stadtplanung nach dem 2. Weltkrieg bezeichnete“ (ebd.), mit allen Mitteln aufhalten wollte. Die Hausbesetzer*innenszene der Kreuzberger Linken wartete nun mit selbsternannten „Instandbesetzungen“ (ebd., S. 39) auf, wobei sie unzählige Häuser mit dem gerade durch die Amsterdamer „Kraak-Bewegung“ etablierten Code „Blitz im Kreis“ (ebd., S. 49) markierten. Auf den Demonstrationen gegen die „Einknastung der HausbesetzerInnen“ (ebd., S. 70 f.) trafen sich Aktivist*innen, die ebenso gegen die „U.S.-NATO“ (ebd., S. 64) und staatliche Gewalt auf die Straße gingen. Die geplante –später weitestgehend realisierte – Sanierung Kreuzbergs war in der Linken in den 1970ern und frühen 80ern ein zentrales Thema.

Der Widerstand gegen die sogenannte Kahlschlagsanierung und die Gewalt gegen Hausbesetzungen kam prompt und diffundierte in die Alternativ- und Popkultur hinein; prominent besang Rio Reiser die Proteste rund um die Besetzung des Bethanien-Krankenhauses, die gegen Investoren der ersten Stunde gerichtet waren; und Karl Homuth (Homuth, 1984) setzte mit *Statik Potemkinscher Dörfer. Anmerkungen zum Verhältnis von "behutsamer Stadterneuerung" u. gesellschaftlicher Macht in Berlin-Kreuzberg* ein Manifest gegen die vermeintliche Optimierung städtischer Lebenswelten in Kreuzberg. Die Stadterneuerung und auch die Selbstorganisation als Möglichkeit politischer Teilhabe war in den 1970ern und frühen 80er Jahren das Politikum der Stunde in der Linken Bewegung und fand auch Anschluss bei größeren Bevölkerungsgruppen – etwa über Bürgerinitiativen und Stadtteilgruppen (Pirker, 1977, S. 130), die zumindest für einige Zeitzeugen dafür standen, „daß die Bundesrepublik Deutschland eine »participatory democracy« geworden war“ (Schissler, 1978, S. 164). Die Internationale Bauausstellung (IBA) Berlin feierte internationales Prestige und plante, „durch die Mobilisierung möglichst vieler gesellschaftlicher Subsysteme wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft sollen Synergien erzeugt und neue Möglichkeitsräume [zu erzeugen], welche in gewöhnlichen Verfahren in einer sektoral organisierten Verwaltung kaum existieren (Roters, 2007, zitiert nach Fröhlich, 2021, S. 107). Die IBAs als vor allem in Deutschland eingesetzte Instrument der Stadtplanung waren auch dezidiert

dazu eingesetzt, die »Abgehobenheit der administrativen Planung« (Geipel et.al, 2013, zitiert nach Fröhlich, 2021, S. 107) zu thematisieren. Und auch sonst sahen in der angeheizten Stimmung im Berlin der 1970er und der nun wirklich flächendeckenden Betroffenheit der Anwohner*innen nicht nur radikale politische Gruppen einen Einsatz zur politischen Mobilisierung; Claus Offe höchstpersönlich hatte mit den Stadtteilinitiativen und der *Basisgruppe Kreuzberg*, die ihrerseits von Architekturstudierenden initiiert war (Faßbinder, 1971, S. 75) , einen „Kronzeugen“(ebd.) für die partizipative, wissenschaftliche und revolutionäre Agitation der Massen gefunden.

Claus Offe betrachtete diese Organisationsformen von Starnberg aus mit großer Begeisterung; die nachbarschaftliche Selbstorganisation, „Organisationsformen kollektiver Willensbildung außerhalb des etablierten Interessenspektrums“ (Offe, 2014, S. 211) hatte ein Paradebeispiel im „Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit in Berlin-Kreuzberg“ gefunden:

[D]ort wurde kürzlich ein offizielles Stadtplanungsprojekt unter unmittelbarer Mitwirkung der betroffenen Bevölkerung öffentlich diskutiert und kritisiert und ein Modell dafür geschaffen, wie »Sachzwänge« von Seiten einer aufgeklärten und politisch organisierten Öffentlichkeit durchaus wieder zur Disposition gestellt werden können. (ebd.)

Das 1969 gegründete Stadtteilzentrum war eine von unzähligen Initiativen, die sich gegen die Kahlschlagsanierungen des Stadtteils und die Räumung von Privatwohnungen organisierte (Toti, 2024, S. 467). Ausgehend von der *Technischen Universität Berlin* formierte sich eine Assemblage an Studierenden, die im Geiste der Neuen Linken antiautoritäre Forderungen auch in der Disziplin der Stadt- und Raumplanung zur praktischen Anwendung bringen wollten (Toti, 2024, S. 467 ff.). Der Postmarxismus Offes kam ihnen dabei wohl nicht nur im Hinblick auf Forschungsfeld gelegen, und die „These der horizontalen Disparitäten“ (Offe, 1968/69, zitiert nach Faßbinder, 1971, S. 71) als bescheidene Klassenanalyse hatte auch Einfluss auf ihre aktionistische Perspektive der Architekturstudierenden: „most significant social conflicts no longer ran between classes but rather between variegated groups fighting to satisfy their needs and desires, independently of their social position“ (Toti, 2024, S. 475).

Abseits der Tilgung der Frage nach Paternalismus, erübrigte sich mit der Offe’schen Analyse, die innerhalb der anti-autoritären und Neuen Linken von kaum zu unterschätzender Bedeutung war (ebd., 476) auch die Frage, wieso Proletarier*innen gerade den Wissenschaftler und Architekten als Dirigenten revolutionärer Projekte küren sollten. Er selbst hatte die

„professionalisierte Intelligenz“ (ebd.) damit beauftragt, das Bewusstsein der Anwohner*innen zu schulen und ihnen ihre Unterdrückung vor Augen zu führen (ebd.). Ohne Klassenanalyse und mit Offes Theorie im Gepäck, verließ die Gruppe Studierender die Universität, um sich im sozialen Konflikt als Lehrmeister*innen anzubieten. Und der Stadtteil Kreuzberg, der unter der situativen, lokalen und städtebaulichen Bedrohung der Kahlschlagsanierung stand, schien als perfekte Bühne für die Mobilisierung der Massen: „They also identified impoverished, neglected and about-to-be-demolished Kreuzberg as the West Berlin site where it was best possible to intercept and radicalize this revolutionary subject“ (ebd.). Diese Strategie wurde nicht nur von einer Wissenschaft befördert, die sich selbst über ihr Anwendungspotential bestimmte. Vielmehr, so Toti, stellten Offes Thesen einen kohärenten Begriff für die Politiken der antiautoritären Neuen Linken, die postulierten, dass die politische Aufmerksamkeit auf die Studentenbewegung und mehr und mehr auch auf städtebauliche Fragen gelenkt werden solle, während die revolutionären Potentiale der Arbeiter*innen in den Hintergrund rückten (ebd.).

Daraufhin regte sich Kritik. Helga Faßbinder (1971) arbeitet sich, vor allem weil „die Basisgruppe Kreuzberg“ bei Offe als „Kronzeuge“ (Faßbinder, 1971, S. 75) fungiere und sein Ansatz der Selbstorganisation, die die Fesseln der Davidoff’schen repräsentativen Anwaltsplanung sprengen sollte, immer noch „latente[] Relevanz für die Praxis von Stadtteil-Gruppen“ habe (ebd.) außerordentlich kritisch an der Hybris der Architekturstudenten, als „professionalisierte Intelligenz“ (ebd., S. 71) die neuen Anführer einer Anwohner*innen-Revolution zu sein, ab. Bald sahen jedoch einige der Studierende der *Basisgruppe Sanierungsgebiet Kreuzberg*, so Faßbinder, die praktische Relevanz eines „Klassencharakters des Sanierungsprogramms“ (ebd., S. 92, wodurch sich – auch durch Unterstützung der KPD/ML – der Zulauf und das öffentliche Interesse von Arbeiterorganisationen kurzfristig steigerte (ebd.). Das wurde nicht nur der „organisatorischen Basis“ (ebd.), sondern auch den Planungsbehörden wohl zu heikel:

Als Antwort darauf, daß die Agitation im Sanierungsgebiet in die Organisation des proletarischen Klassenkampfes einbezogen wurde, übernahm die Planungsinstitution selber die Initiative für eine Strategie der Bürgerbeteiligung am Planungsprozeß [...]. In Zusammenarbeit mit dem Kirchenparlament der Kreissynode Kölln-Sadtt unterstützte das Stadtplanungsamt von Kreuzberg die Bildung eines Ausschusses für Fragen der Stadterneuerung [...]. (ebd., S.92)

Doch die marxistische Intervention kam zu spät, und hätte, so Faßbinder, ohnehin höchstes Misstrauen ausgelöst. Wollten doch die „Kinder der Bourgeoisie“, die Studenten, den Arbeitern

auch bloß als „technische Spezialisten gegenübertreten“ (ebd.) – „Die Perspektive der Auszugsverweigerung mobilisierte nur die panische Angst vor dem Obdachlosenasyll“ (ebd., S. 91).

Und entgegen Offes Prognose, die politischen Institutionen hätten für die städtebaulichen Erfordernisse keinen Sinn (Offe, 2014, S. 199), wurde in Berlin durch das Stadtplanungsamt von Kreuzberg ein Ausschuss „für Fragen der Bürgerbeteiligung“ (Faßbinder, 1971, S. 92) initiiert, und der Bezirksstadtrat für Wirtschaft und Sozialvertreter einer Gemeinde in Kreuzberg wurde als Vorsitz eingesetzt (ebd.). Geplant als „Sanierungsrat“ (ebd.) mit Beteiligung aller betroffenen, tat die bisher lose organisierte Allianz sich damit hervor, ihrem Namen alle Ehre zu tun und als Adressat für Fragen die „ehrliche Kooperationsbereitschaft“ der Arbeiterbevölkerung als „Anpassung an das Unvermeidliche“ (ebd., S. 93) herzustellen. Vor allem der Pfarrer gab sich als „ehrlicher Makler“ (ebd.) und organisierte aus seiner Gemeinde heraus im November 1969 eine „Woche des Gesprächs“ (ebd.) - ohne dabei Gehör zu finden:

Obwohl die Gruppe, anders als kurzfristig auftretende studentische Basisgruppen, mit einem Vertrauen auf die Kontinuität ihrer Arbeit rechnen konnte, vertrauten sich ihr die Arbeiter nicht an: Das Publikum beschränkte sich auf Planer, Bezirkspolitiker, „professionalisierte Intelligenz“ und wenige Gemeinde-Omas. (ebd.)

Auch bei den folgenden Veranstaltungen bestand, so Faßbinder, die Zuhörerschaft aus einer „noch größeren Anzahl von fortschrittlichen Planern und Architekten, die ihr soziales Engagement hier in der „aufgeklärten Kooperation mit den Institutionen“ in Handeln umsetzen zu können hofften“ (ebd.). Die Demokratisierung der Planungsprozesse gestaltete sich langwierig und schwierig, auch als die Hoffnung, proletarische Proteste zu evozieren, schon längst verglommen war.

Doch es gab im Kampf um den Wohnraum in Berlin-Kreuzberg durchaus auch materialistische, wissenschaftskritische, wenn auch pragmatische Analysen, die vor allem die Gefahr der Gentrifizierung und eine Erhöhung der Mietpreise sowie darauf zwangsläufig folgende „erzwungene Auszüge und Umsiedlungen“ (Krolow, 2025, S. 36), jedoch auch eine an kapitalistischen Interessen orientierte Stadtplanung abwenden wollen, stand dabei jedoch mehr auf dem Spiel als die Aushandlung von Einzelinteressen:

Es geht um die Frage, ob die Stadt, die nachbarschaftlichen Kieze und Grünflächen nach Belieben technokratischer Politiker*innen und Stadtplaner*innen im Sinne ökonomischer Interessen

zerstört und umgestaltet werden können, um die Frage, ob jeder Quadratmeter der Stadt kapitalisiert, in Wert gesetzt und entsprechend veräußert werden darf – oder nicht.“ (ebd.)

Während die politischen Perspektiven und die sozialwissenschaftlichen Analyserahmen sich in Bezug auf die Stadtsanierung in Kreuzberg gegenseitig inspirierten und befruchteten, war die Wirkung der Interventionen in der Bevölkerung fraglich. Nicht nur, dass „die Kämpfe um die Durchsetzung und den Erhalt eines nennenswerten nicht dem kapitalistischen Markt unterworfenen Häuser- und Wohnungsbestands oder wenigstens mehrheitlich bezahlbaren Wohnraums gingen mit wenigen Ausnahmen verloren [gingen]“ (ebd., S. 34).

3.4 Zurück am Klemmbrett

Theo Pirker, selbst Mitbegründer der Partizipationsforschung in der Soziologie, führte, angetrieben durch die Debatte um sozialwissenschaftliche Interventionen (Pirker, 1977, S. 11) eine Befragung durch, die sich als Meta-Studie der Beteiligungsverfahren lesen lässt. Ganz in diesem Sinne setze die Arbeitsgruppe an der FU Berlin in der Studie nicht auf romantisierende Teilhabennarrative, sondern rechnen auf den ersten Seiten des Zwischenberichts (1977) mit der ubiquitären Akzeptanz von notwendig mit der Partizipationsforschung verbundenen kapitalistischen Agenden und dem „Legitimationsprobleme des Staates“ (ebd., S. 15) ab, der durch die Partizipation der Bürger*innen auch Legitimation der Modernisierungsprojekte und anderweitiger Interventionen zielte (ebd., f.). Pirker und seine Kollegen vom Institut für Soziologie der FU Berlin haben demgegenüber das Ziel, ein Zwischenfazit zu ziehen und die sozialen Bedingungen, d.h. die „sozioökonomischen Determinanten“ (ebd., S. 12) für Partizipation offenzulegen:

Partizipationsforschung ist [...] keine rein akademische Forschung, sondern angewandte und anwendbare Sozialforschung. Sie will einen Beitrag leisten zur Entwicklung von Partizipationsformen in Entscheidungsprozessen sowie die objektive Möglichkeit oder Unmöglichkeit von Partizipation unter verschiedenen strukturellen Bedingungen darlegen. (ebd.)

Dabei führten sie von Sommer bis Herbst 1975 848 Interviews mit Anwohner*innen Kreuzbergs und „Sanierungsbetroffenen“ durch (125). Die punktuelle Betroffenheit der Beforschten wird

dabei herausgestellt, und, obwohl die Situationsgruppen nach Offe als „analytische Situationsgruppen“ (ebd., S. 11, Hervorhebung im Original) in die Studie eingehen, eine wenig subtile Kritik an diesem Betroffenenkonzept geübt, so seien regionale Disparitäten auch auf strukturelle und überregionale, „zentralisierte Entscheidungskompetenzen“ (ebd.) zurückzuführen und greife grundsätzlich zu kurz.

Die politische Schlagseite der Studie ist umso universeller, als sie in definitorischen Phrasen eingeschrieben ist, und scheint sich nicht von der Realität der städtebaulichen Planungsprozesse in Berlin-Kreuzberg beeindrucken zu lassen; so sei Partizipation verstanden als

kollektive Teilhabe der betroffenen bei staatlichen Planungsabläufen, die sich in ihrer entwickelten Stufe als demokratische Kontrolle und Mitbestimmung der Wohnbevölkerung in den entscheidenden Phasen der Planung darstellt und sich bis zur Entwicklung und Durchsetzung einer Alternativplanung entwickeln kann. (ebd., S. 18)

Der Fragenkatalog ist agitatorischer, als die trockene Kritik und Begriffsarbeit der Einleitung vermuten lässt; während die im Heim der Befragten durchgeführten Interviews zu „Bürgerbeteiligung und Stadtplanung“ (1977) mit einer erschöpfenden Erhebung der häuslichen Wohn- und Lebensverhältnisse begannen und sich über die Informiertheit der Bürger*innen zu anwohnerlichen Rechten in Bezug auf die Sanierungsbestrebungen zu machen suchten, wurde auch das aktivistische Potential der Interviewten abgefragt:

Die Sanierung bringt häufig Verschlechterungen für Teile der Wohnbevölkerung mit sich. Nehmen wir einmal an, Sie wären mit anderen Leuten hier in der Gegend betroffen und hätten große Nachteile durch die Sanierung.

Was würden Sie persönlich unternehmen?

(ebd., S.111 / Fragenkatalog S.6)

Auch wird von Pirker und seinen Kollegen suggestiv erfragt, welche „Organisationen, Gruppen oder staatlichen Einrichtungen“ (ebd.) am besten ihre Aufgabe der Interessensrepräsentation übernehmen; dabei haben die Wissenschaftler eine radikalere Problemanalyse als die Aktivist*innen; während die „Planungsinteressenten“ (ebd., S.17) wohlorganisiert seien, mangle es den „Planungsbetroffenen“ an „bargaining-power“ (ebd.) – ausschlaggebend für die Kategorien, „was“ und „für wen“ staatliche Ausgaben eingesetzt werden sollen (ebd.).

Auch wenn sich der Fragebogen, der ganze 21 Seiten umfasst und für jedes Interview einzeln ausgefüllt wurde, dringen die Informationen detailliert und auf beachtliche Weise in die private Lebenswelt der Befragten vor. Abseits von Fragen zum Verhalten und zu Schwierigkeiten der interviewten Person während der Gesprächssituation wurde auch abgefragt, ob „der Befragte (sic!) Kaffee, Schnaps, Kekse o.ä.“ (ebd., S. 120/ Fragebogen S. 2) gereicht habe oder ob es notwendig gewesen sei, „dem Befragten gut zuzureden“ (ebd., Fragebogen S. 3). Nicht nur in diesen Fällen tritt hervor, dass die Einbeziehung der Lebenswelt der Beforschten und eine Sensibilität für individuelle Situiertheit nicht notwendig das gleiche meinen. Die Befragung oszilliert dabei zwischen einer Evaluation des politischen Bewusstseins oder Mobilisierungspotentials und einem Brennglas für private Wohn- und Lebensrealitäten.

Und doch kommt die Arbeitsgruppe um Pirker dem „Legitimationsproblemen des Staates“ (ebd., S.15) und der mangelnden Selbstorganisation näher, als es die Aktivismen der neuen sozialen Bewegungen zu schaffen schienen; die Ergebnisse der Studie waren, so geht es aus dem sonst objektivistisch anmutenden Bericht hervor, ernüchternd und lesen sich wie ein kulturpessimistisches Pamphlet -so sind nur ein Drittel der Befragten richtig über ihre Rechte in Bezug auf die Sanierung überhaupt informiert, und die Arbeitsgruppe um Pirker kommt zu einem geläuterten Fazit:

„Von den befragten Bewohnern hat niemand an einer Bürgerinitiative teilgenommen“ (ebd., S.130), außerdem stellten sie eine starke Neigung zur „Flucht-Lösung“ (ebd.) bei 68% der Befragten fest (ebd.). Und das materialistische Bewusstsein war zumindest nicht im marxistischen Sinne ausgeprägt:

Zusammenfassen kann also festgestellt werden, daß die Befragten mehrheitlich den positiven Zielsetzungen der Sanierung befürwortend gegenüberstehen. [...] Andererseits liegen wenig [sic!] Informationen über die positiven bzw. negativen Veränderungen der Lage der Betroffenen durch die Sanierung vor, und es wird mit zunehmender Nähe an ein eigenes „Betroffensein“ kritisch vermerkt, daß Sanierung Steuerverschwendung ist. (ebd., S. 136, Hervorhebung im Original)

Bei allem Engagement in Aktivismus und Sozialforschung bleibt die Partizipation als Forschungsgegenstand wie als Zielambition engagierter Wissenschaftler und Studierender in Kreuzberg sowie die „Aktionsstrategie von Situationsgruppen“ (Faßbinder, 1971, S. 93) der Betroffenen wohl das, was Faßbinder 1972 prophezeit hatte: „am ehesten dem

Bewußtseinsstand einer gehobenen Mittelschicht entsprechen[d]“ (ebd.). Die „Subjektwerdung“ (Bammé, 2004, S. 32) der „Erforschten“ (ebd.), die die Devise der sozialwissenschaftlichen Anwendungsforschung war, war zumindest in diesem Fall weder im marxistischen noch im wissenschaftlichen Sinn evoziert worden.

4. Ein Kursbuch für die Kinder der Revolution

4.1 Das Wertkapitel. Resilienz im poststudentischen Alltag

In einem prosaischen Aufsatz zur *Theorie als Inneneinrichtung* (1984) der Ausgabe „Lust an der Theorie“ (Michel & Spengler, 1984) des *Kursbuchs* 78 vom Dezember 1984 geht der Autor Niklewski dem biographischen Verhältnis von seinem Protagonisten Theo zur Gesellschaftstheorie nach und zeichnet dabei das Bild eines Akademikers, der um 1968 politisiert wurde und damals in den aktivistischen Kreisen der Studentenbewegung, nun in den New-Age-affinen Alternativkultur der 1980er, umtriebig war und ist.

Bereits die Politiken der Studentenbewegung ab 1968, obwohl sie ihr politisches Selbstverständnis auf einer Wiederbelebung der politischen Theorie und dem Aufgreifen utopistischer Narrative aufbauten, so Allen (2022, S. 9), „tied their critique of society to an imperative of action, attempting not only to revive hope for utopian programs but also to put those into practice“ (ebd.). Wenig später jedoch, mit dem Aufkommen der Reformideen der Neuen Linken in den 1970ern, wurde die Gegenkultur, die von der Bewegung geprägt wurden, auf eine Politisierung des Alltagslebens zurechtgekürzt (ebd., S. 13). Auch wenn die Forderungen nach Partizipation und Verwirklichung von Utopien auch Teil der Bestrebungen der Revolutionären Studentenbewegung gewesen war, standen diese Werte, genauso wie eine Kritik der Institutionen, die diesen direktdemokratischen, lebensweltlichen Reformen gegenüberstanden, nun im Zentrum, während authentische (Selbst-)Verwirklichung im Zuge der 1970er in den Fokus politischer Gegenkultur rückte (ebd., S. 13 ff.).

Allen beschreibt eine Revision des Utopismus, der vor allem von revolutionären¹¹ Bestrebungen geprägt gewesen war und sich durch seine erhoffte Einlösung in der Zukunft auszeichnet, durch „academics, public intellectuals, and ordinary people [sic!]“ (Allen, 2022, S. 14) - der an seinem Scheitern gemessene und in seine telos verworfene Utopismus wich so einer Politik, die sich vor allem durch „micro-attempts to approximate this superlative future in the present“ (ebd.) auszeichnete. Statt einer „statischen Idee“ einer globalen Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse mit Anspruch auf normative Universalität – und universelle, globale und flächendeckend hergestellte Einlösung der Versprechen des politischen und ökonomischen Liberalismus - verschoben sich Topographie und Temporalität politischer Ziele (ebd.)

Bereits die Erzählweise Niklewskis (1984), die die individuelle Perspektive des Protagonisten auf seinen Bekanntenkreis und dessen politische, epistemische und moralische Verschiebungen nachzeichnet, lässt sich als Epistemologie deuten, die sich aus dem Primat des biographischen, lebenspraktischen und individuellen speist und dabei an emanzipatorische und feministische Wissenspraktiken um 1980 anknüpft. In den Sozialwissenschaften unter dem Begriff der „Trivialisierungsprozess“ (Bammé, 2004, S. 32) verhandelt, deutet die Ent-trivialisierung des scheinbar Privaten als Gegenstand eines (populär-)wissenschaftlichen Aufsatzes wiederum aus der Warte der Wissenssubjekte die Neuordnung von Wissenshierarchien an, die die Mikroebene verschiedener Lebensbereiche und Erfahrungswissen (Reichardt, 2014, S. 278 f.) als politischen und epistemischen Einsatzpunkt im Modus einer „Mikroorientierung“ (Bammé, 2004, S. 73) und der „persönlichen Standortbestimmung[]“ (Weigelt, 1984, S. 103) geltend machen. Neben philosophischen und wissenschaftlichen, jedoch meist theoretisch und abstrakt gehaltenen Essays, die in der Zeitschrift *Kursbuch* publiziert werden, erzählt der Text nicht nur eine epistemische Verschiebung nach, sondern entledigt sich durch die narrative Form selbst scheinbar eines universellen Gültigkeitsanspruchs; und ersetzt diesen mit einer performativen Politisierung der Lebenserfahrungen des Protagonisten. Die direkte, unvermittelte und persönliche Zeugenschaft wird dabei zur Blaupause einer Wahrheitslehre, die die Theorie gleichzeitig auf- und abwertet, während der Text ihre Anwendung in den poststudentischen

¹¹ Allen selbst verwendet dieses Wort in diesem direkten Zusammenhang nicht, im Anschluss an die Studentenbewegung wird dieser Impetus aber im Kontext des Analyserahmens als wichtig erachtet.

linken Soziotopen der 1980er selbst als instrumentell-eklektizistisch und individualistisch überführt.

Als die Ausgabe 78 zur „Lust an der Theorie“ gegen Jahresende 1984 in den Druck ging, hatte die Zeitschrift *Kursbuch* den Boom ihrer Auflage mit 50.000 längst erreicht („Oral ausgemacht“, 1970). Seit bereits fast zwanzig Jahren war die Vierteljahreszeitschrift *Kursbuch* mit dem programmatischen Namen angetreten, den Kanon der kritischen Geistes- und Sozialwissenschaften mitzubestimmen und die Rolle des Intellektuellen zu schärfen: „die Redefinition der Rolle des Intellektuellen: eine Kritik der Kritik also“ (Enzensberger, 1965, zitiert nach Marmulla, 2007, S. 41). Am Knotenpunkt der medialen Infrastruktur zwischen Hoch- und Gegenkultur und den sich rapide ausdehnenden Pfaden der Produktion und Distribution von Gesellschaftswissen, orientierte die Zeitschrift sich nicht nur an den Agenden und politischen Schwerpunkten der Studentenbewegung und ihren Ausläufern in den 1970ern und 80ern – sie setzte durch ihre Position als zentrales Organ der Bewegung auch Themen, die nicht von den Leitmedien abgedeckt wurden und unter dem Radar der Öffentlichkeit geblieben waren („Das Kursbuch“, o. J.).

Dabei wird die Ausgabe 78 (Michel & Spengler, 1984) auch zum Schauplatz eines Diskurses einer Bewegung am Scheideweg; während Vertreter*innen der Neuen Linken sowie liberale Sozialwissenschaftler*innen vermehrt versuchten, gesellschaftliche und politische Institutionen zu reformieren (Niklewski, 1984, S. 2; Nowotny, 1984) und dazu auch Teil dieser wurden etablierten sich gleichzeitig immer mehr emanzipatorische Mikrokosmen, die, abseits von Institutionen, ihre Utopien in der eigenen Lebenswelt verwirklichen wollten (Allen, 2022, S. 13 f.). Dabei kam es zu einem Boom der emanzipatorischen Theorien (Weigelt, 1984, S. 110), und empirisches, propositionales Wissen gewann in diesen Kontexten an Geltung. Und auch in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften, die vermehrt auf ethnografische, partizipative und empirisch-beobachtende Methoden setzten (Albrecht, 1975, S. 9 f.) und so auch beim Alltagsleben als Forschungsgegenstand ansetzten (Kade, 1984) zogen bei dieser Entwicklung mit. Begleitet wurde diese Bewegung des Rückzugs von einem Unbehagen, die sich in lauter Kritik gegen eine vermeintliche Verflachung kritischer Gesellschaftstheorie und gegen die Trivialisierung epistemischer Zugänge richtete (Weigelt, 1984, S. 103). Durch diese Bewegungen wurde der Alltag als Gegenstand populärwissenschaftlicher und künstlerischer Auseinandersetzungen bedeutend; so wurde *der Alltag* (Mattweber, o. J.) selbst in der gleichnamigen, von ethnografischem Wissen und Methoden informierten, Zeitschrift zum

Leitthema erhoben und Wissen „des Gewöhnlichen“ (Mattweber, o. J., S. 1) über Bilder, Fotos und Interviews transportiert (ebd.) – nicht so in der Zeitschrift *Kursbuch*, das seinem Namen alle Ehre machte und hinter einem ansprechend bunten Cover hauptsächlich inhaltsdichte Texte im Schwarz-Weiß-Druck bot.

In dem Essay Niklewskis, der den Auftakt der Ausgabe 78 bildet, verzeichnet der Protagonist Theo in seinem Bekanntenkreis zuvorderst einen Bruch mit den Dogmen der Studentenbewegung, die sich theoretisch auf Mao bezogen und „fest auf dem Boden des Historischen Materialismus“ (Niklewski, 1984, S. 1) standen. Während diese um 1968 noch zu Prognosen und Diskussionen zum Beginn der Revolution anhielten, rückte nun, ganz im Sinne des Erzählers „der Alltag in den Mittelpunkt der abendlichen Diskussionen“ (ebd., S. 2) – „Revolutionär war er niemals gestimmt. Eigentlich war ihm die ganze Studentenbewegung zu aggressiv gewesen“ (ebd.). Während in den post-studentischen Milieus der Alltag und Alltagspraktiken in den Mittelpunkt politischer und metaphysischer Entscheidungen und Abwägungen wurde – „das Leben selbst rückte ins Zentrum“ (ebd.), diversifizierten sich gleichzeitig auch die Theorieangebote und -anwendungen: Selbsteinschätzungstests zur eigenen Persönlichkeit, Mondkalender, Sexualwissenschaften, Anthroposophie, vielfältige Ernährungslehren, Physik, Neurochemie, Astrologie, Pädagogik und die Psychoanalyse (ebd., S. 3 f.) existierten nebeneinander und dienten dazu, wenn auch partiell und oftmals instrumentell, Lösungsangebote für alltägliche Probleme zu eröffnen. Die Orthodoxie linker Theorieverständnisse und Ideologien, die marxistisch, materialistisch und antiimperialistisch gefärbt waren und auf der Basis rigoroser Exegesen als Schablone politischer Selbst- und Weltverhältnisse fungierten, wurde abgelöst von einem epistemischen Pragmatismus, der sich nicht mehr ausschließlich auf die Suche von tiefgreifenden Analysen der Gesellschaft, die sich als wahr und normativ und politisch signifikant erwiesen, konzentrierte. In den Fahrwassern ökonomischer und lebenspraktischer Sachzwänge, die biographisch spätestens zu Beginn der 1980er ins Zentrum der Aufmerksamkeit der ehemaligen ‚68er‘ rückten, so schildert Niklewski qua Theos biographischer Erzählung, entfachte sich in der Anwendungspraktik kanonischer linker Theorie auch ein Zweifel an der Relevanz und Wahrheit jener. Einerseits, kommentiert der Autor, ließe sich diese Entwicklung auf eine Einsicht in die Einschränkung der eigenen politischen Handlungsfähigkeit zurückführen. Im historischen Kontext des Kursbuchs 78 gewinnt diese zugrundeliegende politische Neuorientierung, die vornehmlich durch eine Deradikalisierung der Theorien und politischen Ideologeme, das heißt auch der politischen

Umsturzeuphorien nach 1968 und in den 1970ern, geprägt war (Reichardt, 2014, S. 873), an Plausibilität. Außerdem war die Gesellschaft „mit einem neuen Bewusstsein für ökologische Krisen, aber auch mit neuen ökonomischen Krisenerfahrungen sowie mit der gesellschaftspolitischen Thematisierung von Lebensqualität“ (Kury, 2012, S. 16) konfrontiert, dem man sich nur noch schlecht entziehen konnte und der neue Bewältigungstechniken erforderte (ebd.): „mit der Ungewißheit der Zukunft hatten sie sich abgefunden, auch mit der Einsicht, dass die Einflußnahme auf sie durchaus eingeschränkt ist. Dafür konnte man sogar auf Engels verweisen“ (Niklewski, 1984, S. 2).

Dass der Theoriedogmatismus im politischen Milieu der Neuen Linken ausgedient hatte, wird im Text nicht nur durch dessen Scheitern auf weltpolitischer Ebene erklärt, sondern hat durchaus profanere Gründe; als sich Ende der 1970er Jahre die Kommunen- und Kinderladenbewegung sowie alternative Lebensgemeinschaften etablierten und emanzipatorische Theorien in actu erprobt wurden (Allen, 2022, S. 14), musste, so Niklewski (1984), auch Theo feststellen, dass die jeweils vertretenen Theorie hinter den Erfordernissen der kommunitaristischen Realität und den mit ihr einhergehenden Problemstellungen zurückblieb; so resümiert der Autor im Angesicht von Theos Erfahrungen zur Anwendung von Gesellschaftstheorie in linken Projekten und dem Alternativmilieu, dass diese häufig keinesfalls auf direktem Weg zum persönlich gewünschten Ziel führte:

Theo schlug sich bald auf die Seite der orthodoxen Psychoanalyse, weil er deren Prinzipientreue schätzte. Der Couch ist er zwar standhaft ausgewichen, doch konnte er eine ganze Weile seine Umgebung mit psychoanalytischen Begriffen verunsichern. Daß er jetzt wegen des ungebührlichen Verhaltens seiner Tochter im selbstverwalteten Kinderladen selbst von solchen Begriffen heimgesucht wurde, begann ihn an der Richtigkeit seiner Grundsätzlichen Theoreme zweifeln zu lassen. (Niklewski, 1984, S. 3)

In dieser Schilderung trifft eine Überhöhung theoretischer Versatzstücke, die zwar noch mit traditionsbewusster Ehrerbietung bedacht werden, auf deren Verdrängung aufgrund ihrer handlungshemmenden Wirkung im Lebenszusammenhang¹². Für den Autor, der selbst als

¹² Inwiefern linke, sozialwissenschaftliche Theorien in den Projekten und Kommunen, die sich in dieser Zeit etablierten, angewendet und erprobt wurden und welche Folgen dies für Theorieverständnisse und -entwicklungen hatte, ist ein Forschungsdesiderat und muss hier unbeantwortet bleiben.

Neurologe in Berlin arbeitete (Michel & Spengler, 1984, S. 192), sicherlich auch ein biographischer wie lebenspraktischer Widerspruch.

Das Phantom des theoretischen Dogmatismus (der häufig nie zur Anwendung gekommen war) wird nicht mehr als obligatorisches Analyseverfahren, wie etwa der Marxismus der Studentenbewegung oder eine Psychoanalytische Selbst- und Gesellschaftsanalyse – früher hatten sie noch Reich gelesen (Niklewski, 1984, S. 2 f.) – ernst genommen. Tatsächlich wird die abgeschlossene Gesellschaftstheorie in Theos gesellschaftspolitischen Kosmos nicht einmal mehr als substanzielles Deutungsangebot wahrgenommen, während lösungsorientierte Shortcuts, die häufig aus vielfältigen Theorien extrahiert und zielgerichtet im Alltag eingesetzt wurden, an Geltung gewannen (vgl. ebd., S. 6).

Dies führte, so lässt es der Autor vermuten, weniger zu einer Vernachlässigung, sondern geradezu zu einem Boom der Theorien. Diese waren in den linken Kreisen und Gruppen der 1970er zu Ruhm gekommen (Felsch, 2015, S. 69), und auch die Sozialwissenschaften waren von einer Diversifizierung der Ansätze und wissenschaftlichen Disziplinen geprägt, die sich vermehrt an französischer Theorie orientierten und als postmarxistisch gelten können. Auch im lebenspraktischen Umfeld, das nun der zentrale topos der Bewegung geworden war, hielt diese Entwicklung Einzug und sollte die Orientierung und Optimierung des Alltags ermöglichen; so kam es, so der Autor Niklewski (1984), auch zu einer Aufwertung klassischer theoretischer und wissenschaftlicher Disziplinen und empirischer Einzelwissenschaften; die Bildungswissenschaft und Pädagogik hatten in den Diskursen des halb-öffentlichen, mikropolitischen Raums, in dem sich der Protagonist biographisch und historisch befindet, geradezu Hochkonjunktur (Niklewski, 1984, S. 2).

Das tradierte politische Leitmotiv vom Primat der Materialität und des Partikularen, das von linker Theorie und Praxis nach 1968 jedoch noch übriggeblieben war, hatte den Ort seiner Anwendung gewechselt: „Daß das Sein das Bewußtsein bestimme, lassen die meisten allerdings- gleichsam als formelhaften Rest der Vergangenheit und im Blick auf die heutige Diät – großzügig gelten“ (ebd., S. 2). Ehemals Agitation zur marxistischen Bewusstseinsbildung, der bald schon der Ruf zum gesamtgesellschaftlichen – im Falle besonders Ambitionierter, internationalen - Klassenkampf folgen sollte, war nun in den positivistischen und spirituellen Sinnzusammenhang eines Lebens im Einklang mit der Natur, dem eigenen Körper oder der individuellen Lebenswelt gerückt worden (ebd.). So wird das Empirische, Lebensweltliche und

Private zwar betont; essentiell für die Epistemologie der Neuen Linken, unter die sich dieses Milieu zusammenfassen lässt, ist aber, so schildert Niklewski, eine Umdeutung der Gesellschaft als Faktor. In der wissenschaftlichen und theoretischen Entwicklung des Theo spielt die Gesellschaft als Alterität vor allem noch eine epistemische Rolle. Der Rückzug ins Empirische wird von Theo über die Neurochemie vollzogen, um Ernährung und Erziehung im Alltag zu optimieren und die Zweifel an der Psychoanalyse endlich als „Scheinprobleme“ (ebd., S. 3) ausweisen zu können. Die Neurochemie, die für Theo vor allem verspricht, auf neue Selbsttechniken zu stoßen, etwa die Voraussicht, „die Neurotransmitter über eine angemessene Ernährung günstig zu beeinflussen“ (ebd.), oder „die Rolle der Erziehung im Verhältnis zu den Neurotransmittern richtig einzuschätzen“ (ebd.), wird durch den Protagonisten als zu individualistisch wahrgenommen, was er selbst jedoch nur noch in naturwissenschaftlich-medizinischen Termini und in Bezug auf seine schädliche individuelle Wirkungsweise auf den Begriff bringt:

Eigentlich, meint er, müssten alle Menschen zu guten Menschen erzogen werden. Nur die richtige Erziehung kann den Mangel an günstigen und das Übermaß an schädlichen Faktoren ausgleichen. Die Neurochemie ist ihm, von daher gesehen, zu endogen. [...] Theo war immer davon ausgegangen, daß für die Erklärung der meisten Phänomene äußere Einflüsse heranzuziehen seien. Dabei muss man auch an Dinge denken, die jetzt noch nicht beweisbar sind. (ebd.)

Das Problem der Gesellschaft als Faktor kindlicher Entwicklung wird hier, trotz der diffusen gesamtgesellschaftlichen Anspruchshaltung an Erziehungspraktiken, nicht als politisches, sondern epistemisches Hemmnis eingeordnet. Die Hoffnung, politische Umwälzungen in Gang zu setzen oder auch nur Reformen anzustreben, ist hier ersetzt durch eine Harmonisierung erzieherischer Praxis, in der die Gesellschaft als schädliche Alterität wahrgenommen wird und optimal gehandhabt werden muss. Das Management des Selbst wurde auch in kommunitaristischen Zusammenhängen, getragen von dem Aufschwung des Psychologischen Wissens und therapeutischer Verfahren in den 1970ern zum Kernthema (Tändler, 2016, S. 449). Anknüpfend an die „Demokratisierungs- und Humanisierungsversprechen der 68er-Zeit“ (ebd.) versprachen die Psychowissenschaften, zur Emanzipation des Individuums aus gesellschaftlichen Zwängen beizutragen (ebd.). So wurde die Neue Linke ab den 1970ern geradezu zum Vorreiter in der Erprobung neuartiger Therapieformen, die sich am besten als „experimentell“ (ebd.) beschreiben lassen:

Als Erstes von den antiautoritären Kommunen öffentlichkeitswirksam exerziert, wurden als emanzipatorisch deklarierte gruppentherapeutische Praktiken zum festen Bestandteil der linksalternativen Subjektkultur der siebziger Jahre. Sie fungierten nun auch als Verarbeitungsmodus biographischer Brüche und enttäuschter Revolutionserwartungen und überführten diese in ein Projekt langfristiger therapeutischer Selbsttransformation, die so jedenfalls weiterhin der politisch legitimierende Anspruch – letztlich auch zur gesellschaftlichen Veränderung beitragen sollte. (ebd., S. 450)

Diese „Psychologie von unten“ (ebd.) löste den Freudomarxismus ab, mit dem die 1968er Generation Antworten auf die Fragen des Nationalsozialismus beantworten wollten (ebd.). Auch die Psychologie war in den emanzipatorischen Projekten und Kommunen der 1970er und frühen 80er Jahre zur Anwendungswissenschaft geworden.

Der empirische Impetus dieses Richtungswechsels von einer orthodoxen Auslegung psychoanalytischer Theorie zur Wissenschaft der Neurochemie führt im Falle Theos aber nicht zu einer Delegitimation von Theorie, da diese einer empirischen Prüfung nicht standhielte. Ihr Defizit ist, so wird hier beschrieben, dass sie – theoretische wie lebenspraktische pädagogische - Probleme aufwirft, ohne ein Lösungsangebot zu machen. Außerdem wird ihr Wahrheitsbezug scheinbar entbehrlich; äußere Einflüsse sind im Kosmos der eklektischen Theorie insofern unterbestimmt, als dass sie nicht mehr auf gesellschaftliche Strukturen reduzierbar sind. Die heimischen Gespenster hatten sich vervielfältigt. Der Wahrheitswert von Theorie im empirischen Sinn ist damit gleichzeitig kein kritisches Moment im Theorieverständnis des abgebildeten Milieus. Und damit wird auch der Widerspruch, Empirismus und Parawissenschaft gleichzeitig zu denken, durch ihre Wirkung in der Anwendungspraxis getilgt. Theos Bekannte geben, so Niklewski überspitzt, doch mit Blick auf den Boom von spirituellen und esoterischen Wissenspraktiken um 1980 (Reichardt, 2014, S. 807 ff.), keineswegs unzutreffend, den Anspruch wahrheitsbezogenen Handelns teils komplett auf:

Ein Physikerkollege begann [...] mit dem Bau eines Hauses vor der Stadt. Seine Frau ist überzeugt vom negativen Einfluß kosmischer Strahlung und von Erdstrahlen auf das Leben der Zellen¹³.

¹³ Ob hier sexistische Dichotomie weiblicher Irrationalität und männlicher Rationalität reproduziert oder auf die um 1980 weit verbreitete, feministisch informierte Esoterik angespielt wird, bleibt unklar.

Obwohl er sonst nur glaubt, was meßbar ist, ließ er sich dennoch davon überzeugen, bei der Bauplanung gewisse Vorkehrungen zu treffen. Der Mann mit der Wünschelrute irritierte ihn nicht so sehr wie die entstandenen Mehrkosten. [...] Und schließlich fand [Theo] es durchaus glaubhaft, als sein Kollege berichtete, er schlafe in dem neuen Haus abseits aller Wasseradern, Wellen und Schwingungen einfach besser als vorher in der Stadtwohnung aus radioaktiv verunreinigtem Beton. Aber es komme nicht nur darauf an, besser zu schlafen, schließlich trage man ja auch eine gewisse Verantwortung, und diese beginne nicht erst bei den Atomkraftwerken, auf die man ohnehin keinen Einfluss habe. Man muß wirklich beim Alltagsleben beginnen. (Niklewski, 1984, S. 3)

Die Kontrolle der eigenen Lebenswelt und das Abschirmen des eigenen Körpers vor Schadstoffen hatte - die Reaktionen auf die Reaktorkatastrophe von Three Miles Island ebenso wie die Erlebnisberichte Betroffener, die auch in deutscher Sprache in hoher Auflage verkauft wurden (vgl. z.B. Perincioli, 1980), nahmen in der Bundesrepublik langsam erst Fahrt auf – nun nicht nur in der Umweltbewegung, sondern auch in allen anderen Teilen der Gesellschaft für Sensibilität für ‚unsichtbare‘ Risiken generiert; und durch das Erstarken der Anti-AKW-Bewegung verschob sich der Fokus auf kurzfristigere und individuellere Betroffenenperspektiven (Reichardt, 2014, S. 245). Dass diese konkrete Bedrohungslage in ein immer breiteres Bewusstsein diffundierte, führte auch zu einem hohen Bedarf an Informationen und Selbsthilfetechniken, oft auch in Form von okkulten und esoterischen Wissenspraktiken, die sich aufs Kleinste besinnen: Das Wohlbefinden des Individuums.

Die Narrative der Umweltbewegung die ins Bewusstsein dringende ‚unsichtbare‘ Verschmutzung der Lebenswelt durch Emissionen und Radioaktivität, der neue Fokus auf das Private und die häusliche Lebensrealität und ein erfahrungszentrierter Zugang zur Wertigkeit von Wissen bilden ein hermetisches System, in dem das Außen, das heißt nicht zuletzt die (gesellschaftlichen) Umwelten und Kontexte, als Risiko markiert werden. Die Öffnung für spirituelle und parawissenschaftliche Praktiken sind mit dieser Entwicklung insofern konsistent, als dass sie sich in eine Wissensökonomie einfügen, in der Gesellschaftstheorie nicht mehr notwendig auf ihren Wahrheitswert oder ihr subversives bis revolutionäres Potential hin befragt, sondern in eine haushaltsplanerische Kosten-Nutzen-Rechnung integriert werden, die ihnen partikulare, instrumentelle und temporäre Gültigkeit verschafft. Es scheint sich, so

Niklewski im zweiten, analytischer gehaltenen Teil des Essays, um die Logik der Arbeitsteilung zu handeln, mit der distinktive Urteile über die Einsatzfähigkeit der Theorie getroffen werden: „Aus der schönen Utopie der Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit scheint sich eine Arbeitsteilung unter den verschiedenen Theorien entwickelt zu haben“ (Niklewski, 1984, S. 6).

Und diese Arbeitsteilung setzte sich auch in Bezug auf Wissensverarbeitung und -distribution fort. So ist der Beitrag Niklewskis auch als Abrechnung mit einem Genrewechsel des populärwissenschaftlichen Literaturangebots zu lesen; während die Anti-Copyright-Bewegung der 1960er und 70er graue Literatur als politische Theorie, revolutionäre Polemiken und kritische Gesellschaftsanalysen verbreitete und Verlage gut daran taten, Klassiker der politischen Theorie als Taschenbuch zu produzieren (Felsch, 2015, S. 36), entwickelte sich in den 1980ern ein Selbsthilfekultur, die vermehrt auf themenspezifisch aufbereitetes Anwendungswissen im Gewandt der Ratgeberliteratur (Kury, 2012, S. 253 ff.).

Zentral für den in den 1980ern omnipräsenten Vorwurf an emanzipatorische Lebenspraxis, die Theorie zu instrumentalisieren und sich in die Gefilde wohlstuitierter Lebenspraxis zurückzuziehen (vgl. z.B. Weigelt, 1984, S. 110) steht dabei jedoch nicht stellvertretend für eine generalisiertes Theoriedefizit im akademischen Milieu der 1968er, sondern für ihr Gegenteil: ein Eklektizismus, „in dem eine friedliche Koexistenz der verschiedensten, sich auch gegenseitig ausschließenden Theorien möglich geworden ist“ (Niklewski, 1984, S. 6). Während der theoretische Dogmatismus der späten 1960er und 1970er jedoch dazu führte, dass einzelne sich bald in einem „Kleinkrieg mit dem Alltagsleben, [dem] Fluch der Rechtfertigungszwänge, [den] Grabenkämpfe[n] zwischen den Ansprüchen der Gruppe und den eigenen, nicht konfessionablen Wünschen“ (ebd.) wiederfanden und Eindrücke unmittelbar politisch vorgefärbt waren, wurde das Schema der hermetisch abgeschlossenen Wissenssysteme auch in den „Öko-Psycho-Sozio-Obskuro-Konglomeraten“ (ebd.) der frühen 1980er übernommen. Während hier zwar die Einsicht, dass monokausale Betrachtungsweisen und Analysen notwendig zu kurz griffen, anzutreffen gewesen sei, entstehe - „auch weil der Anspruch auf innere Logik, auf Kohärenz fehlt – ein Diskurs, auf den man sich einzustimmen hat“ (ebd.). Der Konsens in der jeweiligen Peergroup ersetzt zwar den früheren Dogmatismus und theoretische Orthodoxie, mache aber auch den „merkwürdigste[n] Blödsinn [...] hoffähig“ (ebd.).

Während die Wissenshierarchien umgedeutet und der Begriff der Loyalität von theoretischer zur sozialen Konsensfähigkeit und Integration in den Diskurs verschoben wird, ist auch ein neuer Moralismus zu verzeichnen, der, im Angesicht des fest in die Wissenspraktiken integrierten Empirismus scheinbar widersprüchlich, auch heute wieder an Bedeutung gewinnt¹⁴: „fade empirische Entschuldigungen und Bequemlichkeitsargumente können nicht akzeptiert werden“ (ebd., S. 4).

Zu Beginn der 1980er scheint somit eine Verquickung von fachspezifischem Empirismus, Offenheit für parawissenschaftliche Praktiken und die normative Überhöhung von Gesellschaftstheorie auf, die, politisch und epistemisch ambig, vor allem über einen neuen Fokus auf die Unmittelbarkeit der Erfahrung und ihre lebensweltliche Verortung erklärt werden kann. Im historischen Kontext, der von der Aussicht auf unkontrollierbare Risiken und Zukünfte, aber auch einer Erfahrung der ökonomischen und Gesellschaftlichen Unsicherheit der 1970er geprägt ist (Kury, 2012, S. 16), wird das Wissen als stabilisierendes Element an Bedeutung und wird in die Mikroebene einer haushalterischen Ökonomie eingebettet, die Legitimation und Geltung über den Gebrauchswert bestimmt. Die „Inneneinrichtungen“ (Niklewski, 1984) und deren Resilienz im Angesicht gesellschaftlicher Krisen ersetzen die Repräsentation und Universalität von Institutionen, die wahlweise Wahrheit und Sicherheit verbürgen. Wissen, das sich im Erfahrungshorizont von Psyche, Körper, Kleinfamilie oder Kommune als nützlich erweist, anwendungsfreundlich aufbereitet ist und keiner Abstraktions- oder Kohärenzlogik folgt, steigt in der Ökonomie der Wissensformen auf, was zwar zu vielfältigen Theorieangeboten und -konsum, aber auch zu einer Abwertung von Wahrheits- und Repräsentationsansprüchen führt. Die Ambition, durch partikulares Wissen und seine Anwendung eine Stabilität des eigenen Mikrokosmos herzustellen und aufrechtzuerhalten, steht dabei im Zusammenhang mit einer Praxis von Techniken, die durch empirisches Wissen ermöglicht und unmittelbar wirksam werden.

4.2 Authentizität als Kritik

¹⁴ Vgl. etwa Fricker (2023)

Im Hinblick auf die Studierendenschaft an Universitäten in der BRD und deren defizitäres Verhältnis zu und Verständnis von traditioneller Theorie waren sich, jedenfalls in der namhaften Ausgabe des Kursbuch 78, rechtskonservative und linksliberale Kritiker einig. Während, so Bopp (1984), der selbst als Psychotherapeut in Frankfurt am Main praktizierte und regelmäßiger Autor im *Kursbuch* war (Michel & Spengler, 1984, S. 192), im *Kursbuch* 78, die Studentenbewegung nach 1968 kritische Gesellschaftstheorien affirmierte bis überhöhte, stellte sich in der Neuen Linken eine „Theoriefeindschaft“ (Bopp, 1984, S. 121) ein, die von einer Entpolitisierung struktureller Natur und von einer stattdessen kultivierten Moralisierung der Debatten gekennzeichnet war. (vgl. ebd.). Mit der Theorie, „[g]eliebt und doch gehasst“ (ebd.), im Rücken, war eine Positionierung unumgänglich und wurde als Thema in Debattenbeiträgen zum Selbstläufer. Gleichzeitig war sie doch zum Zeichen einer althergebrachten Ineffizienz geworden, die mit den hoch gesteckten Zielen und der alarmistischen Ungeduld der revolutionären Gruppen und Agenden im Studierendenmilieu nicht zu vereinbaren schien. Der konservative Peter Weigelt (1984) kommt in seinem Essay zu der ähnlichen Bilanz „veränderte[r] *Einstellungen* zur Theoriearbeit“ (Weigelt, 1984, S. 105, Hervorhebung im Original) im institutionellen Kontext universitärer Lehre. Seine Deutung zielt auf die Unmittelbarkeit der individuellen Gefahren zwischen „Alltagsfrust und Super-GAU“ (ebd., S. 116), die durch die Anti-AKW-Bewegung und den Rückzug nach innen auch politische Selbstdeutungen perpetuierten und Individualismus als Überlebensstrategie beförderten (ebd., S.116). Während die Macht verwissenschaftlichter und dezentraler auftritt denn je zuvor, so Weigelt, ist der Weg der Subversion ein Egozentrismus, der auch das Konzept des Politischen und der theoretischen Abstraktion, die in der Studentenbewegung noch auf die Gemeinschaft ausgerichtet war, in eine Politik der Eigensinnigkeit überführt:

Im Zentrum des Interesses steht nicht mehr die Theoriearbeit am revolutionären Entwurf einer neuen Gesellschaft, sondern der Einzelne mit seiner Frage nach dem unmittelbaren Befriedigungseffekt all dessen, was er tut: ob in einer Bürgerinitiative oder in einem sozialwissenschaftlichen Seminar, ob in einem alternativen Projekt oder schlicht nur im Alltag. (ebd., S. 113).

In seiner Kritik des unmittelbaren und individualistischen Charakters emanzipatorischer Kritik bleibt Weigelt jedoch nicht bei seinem Fazit eines theoretischen Überdrusses in der linken universitären Wissensproduktion. Es gebe vielmehr einen „während der letzten fünfzehn Jahre [...] ins Ungeheure angewachsenen Berg emanzipatorischer Theorie [...], der auf seine

praktische Erledigung wartet“ (ebd., S. 110). Dieser Theorie-Überfluss, so Weigelt – sich auf Adornos Aktionismuskritik beziehend – führe auch zu Ressentiments gegenüber theoretischem Wissen, das nicht an das „Engagement der unmittelbar praktisch-politisch Tätigen“ (ebd., S. 111) zurückgebunden ist und dessen Vertreter die „Aufklärung nur im Sitzen leisten“ (ebd.).

Dies führte zu einer tiefen Spaltung linker Praktiken und des Wissenschaftsbetriebs – die Forderung der Studentenbewegung, „Raus aus der Uni!“ (ebd.), so Weigelt zynisch, wurde nun vollends im Sinne einer „Krise der theoretischen Aufklärung“ (ebd.) eingelöst:

Die Uni als einstiger sozialer Ort Kritischer Theorie gehört sich wieder selber. Sie ist längst nicht mehr organisierendes Zentrum politischer Erfahrung. Im Gegenteil: moderne Suchbewegungen in Richtung kollektiver Selbstverständigung meiden den Wissenschaftsbetrieb, haben sich auf andere Räume verlagert, sich nach außen zerstreut. (ebd.)

Organisationsformen, die nicht an Institution und Tradition gebunden sind, so Weigelt, fördern wiederum „Rückbezogenheit auf überschaubare Verhältnisse und verstehbare Weltbilder“ (ebd., S. 115), in denen der Einzelne zum vorkopernikanischen Dreh- und Angelpunkt wird (vgl. ebd.). Und als dem Konservatismus zugeneigter Autor hatte Weigelt in diesem Zuge auch unvermittelt eine These zur konservativen und völkischen Wende in der Alternativkultur zu bieten; tatsächlich verbreitete sich die Wissenschafts- und Institutionenkritik, die bei Weigelt als absolut gesetzt und traditionalistisch kritisiert wird, im Modus der in linken Kontexten und Gruppen bereits lange erprobten Selbstorganisation und alternativen Wissenspraktiken (Stadler et al., 2020). Gleichzeitig ist mit der Abkehr von tradierten Universalismen und Repräsentationsansprüchen im Zuge der 1980er und 90er Jahre auch ein erneutes Erstarken wertkonservativer Positionen und rechter Politiken zu verzeichnen, die Weigelt zu antizipieren – und zu wünschen - scheint: „Die gegenwärtige Sinnsurrogaten gleicht einer Wanderung nach unbesetzten Räumen, wo einem keiner etwas vormachen kann. Neokonservatismen aller Art können sich heute als Alternative zu angsterregenden und anstrengenden linken Ansprüchen darstellen“ (Weigelt, 1984, S. 115). Weigelt greift damit, wenn auch seine Analyse rechten Rationalisierungen folgt, einen Widerspruch auf, mit dem sich emanzipatorische Politiken der 1980er bald beschäftigen mussten. Der Rückzug aus den Institutionen, Universalismuskritik und Maximen direkter Mitbestimmung folgen einer Logik des Libertarismus, der jede Form von konkreter Macht und Repräsentation als paternalistisch und hemmend einordnet. Im gleichen Atemzug wird aber mit dem Fokus auf Körper, Psyche und Umwelt auch ein Essentialismus der Materialität und der lokalen Gebundenheit in linke Politiken eingeführt, der mit konservativen

und völkischen Projekten nicht wenige Überschneidungspunkte aufweist. Eine differenzierte Betrachtung von empirischem, theoretischem und emanzipatorischem Wissen führt jedoch zu einer Perspektive, in der auch wissenschaftlich etablierte, empirische Praktiken in linken Bewegungen aufgegriffen, rezipiert und verwendet wurde und gegen die Institutionen selbst gerichtet wurde (Güttler, 2022); und auch das Kursbuch als tradiertes Medium der subversiven Theorien und kulturkritischen Künste als „Gegenöffentlichkeit“ (Reichardt, 2014, S. 231) steht Zeuge für ein durchaus selbstkritisches Milieu linker Bewegungsintellektueller, die die Anwendungsbezogenheit der Theorie und die Infragestellung akademischer Abschottungspolitiken aus emanzipatorischer Perspektive kritisierten.

Jörg Bopp (1984) beschreibt die gleiche Bewegung unter anderen politischen Vorzeichen; dabei begründet er diese Affirmation der Praxis mit einer Dringlichkeit und Unmittelbarkeit des Aktivismus, der durch die im gleichen Atemzug ausgerufenen Krise legitimiert wurde; so Bopp:

In der Regel erklären die neuen sozialen Bewegungen ihr Theoriedefizit damit, sie stünden eben unter enormem Handlungsdruck. Das stimmt. Die Erklärung trägt jedoch den Beigeschmack einer Rationalisierung [...]. So geht in den neuen sozialen Bewegungen die Schere zwischen erkanntem Problemdruck und theoretisch begründetem Problembewusstsein ständig weiter auseinander. (Bopp, 1984, S. 121)

So fanden die Direkte Aktion und handlungsleitende Maximen, nach 1968 als Notwendigkeit unter politischem Zugzwang als topos eingeführt und durch die Krisen der 1970er Jahre (Doering-Manteuffel, 2019, S. 427) befeuert, Eingang in Strategie- und Methodendebatten, während die politische Ökonomie des Wissens sich von der Theorie zur emanzipatorischen Praxis hin verschoben: statt von Gesellschaftstheorie aus eine (selbst)kritische Problemanalyse zu leisten, so urteilt Bopp (1984), handele es sich um eine Rationalisierung, die Effizienz verspricht und so auch ökonomischen Trends der zweckgerichteten Intervention folgt. Jedoch ringt auch Bopp mit Erklärungen zur Tilgung des Schuldspruchs über die Generation der außerparlamentarischen Linken, die die Theoriefreude der 68er verkläre und dieses Erbe als Last wahrnimmt (Bopp, 1984, S. 121 f.). Dabei relativiert er die Aktualität der Kritik einer Theorieverdrossenheit mit Blick auf Habermas' Zuschreibung auf dem Frankfurter Studenten- und Schülerkongreß 1968, bei dem dieser den Protestierenden unter anderem „Bewußtseinstrübungen“ (Bopp, 1984, S. 122) „Binsenwahrheiten“ (ebd.) und „Wahnvorstellungen“ (ebd.) vorwarf und „den starken Einfluß von Gefühlen und sinnlichen Erfahrungen in der Protestbewegung“ (ebd.) in die Kritik nahm.

Und trotz seiner weitsichtigen Genealogie des Vorwurfs des Theoriedefizits kommt Bopp kaum über die hergebrachte Kritik der Gegenöffentlichkeiten hinaus:

In den neuen sozialen Bewegungen ist es unüblich, den eigenen Standpunkt im Rahmen einer kritischen Gesellschaftstheorie zu begründen und aus ihr die Ziele für die notwendigen Aktionen und die Mittel der politischen Auseinandersetzung abzuleiten. Es besteht bei vielen ein Widerspruch zwischen hohem Informationsstand und niedrigem Niveau theoretischer Problemverarbeitung. [...] Das Vakuum des systematischen Verstehens wird mit moralischem Pathos gefüllt. Betroffenheit gilt mehr als Gesinnung. (ebd., S. 121)

Die aus allen politischen Lagern formulierten und wahlweise verzweifelt oder verbittert anmutenden Bilanzen zur gesellschaftlichen Stellung kritischer Gesellschaftstheorien machen auf ein Problem aufmerksam, das zwar in Diskursen um emanzipatorisches Wissen und dessen Anwendung tradiert, jedoch um 1980 von hoher Aktualität war.

Der gemeinsame Nenner der Entwicklung war eine Verschiebung des Begriffs des Materiellen, der, phänomenologisch umgedeutet, mit der materialistischen Kapitalismuskritik und der proletarische Befreiungsteologie Marx' nur mehr den Namen gemein hatte. Damit läuteten die Fürsprecher der ästhetisierten, verorteten und dokumentarischen Wissenspraktiken einen „Tanz auf den erloschenen Kratern des Marxismus“ (Felsch, 2015, S. 168) ein, der sich der Epistemologie der Unmittelbarkeit bediente: „Die Spürbarkeit der Zeichen, die Präferenz für Dinge, die Lektüre von Bildern und die Nähe zur Kunst haben sich zu einem Denkstil verbunden, der bis heute Forschungsprogramme zu generieren vermag“ und sich am aufkommenden Poststrukturalismus in Frankreich anlehnte (ebd.). Die Theorie wie auch die Sozialwissenschaften sahen sich vor allem aufgrund dieses Umbruchs mit neuen Ansprüchen an Wissensproduktion konfrontiert, der nicht nur aufgrund der Diversifizierung von Emanzipationsbestrebungen und Subdisziplinen unerfüllbar erschien. Vielmehr wurde mit dem Primat des „Materialismus der kleinen Form“ (ebd.) die Funktion von Wissen selbst in den Fokus gerückt und rigoros bilanziert; Theorie als Abstraktion und Strukturierung von Erfahrung wurde abgelöst von einer dokumentarischen Epistemologie der Beobachtung von Praktiken, die eingriff statt abstrahierte und situativ agierte – die sozialwissenschaftliche Wissensproduktion war ihrem Gegenstand, nicht ohne gravierende Folgen, in den Lebensraum gefolgt: Der Alltag wurde zum dabei Schauplatz eines Krieges um Wissenshegemonien (Kade, 1984, S. 77 f.).

Selbstverständlich auch in der Ausgabe zur „Lust an der Theorie“ (Michel & Spengler, 1984) fiel die Verteidigung der ubiquitären Kritischen Theorie und die Forderung nach Einlösung der universalistischen Versprechen der Aufklärung damit in die Hände konservativer Kulturkritiker (Weigelt, 1984). Adornos eigene Einschätzung, „die bürgerliche Ratio muß Universalität beanspruchen und zugleich zu deren Beschränkung sich entfalten“ (Horkheimer & Adorno, 1969, S. 188) wird von der Neuen Linken ohne Umschweife in ihr Gegenteil verkehrt und das Partikulare der individuellen Alltagspraxis einmal mehr zum Dogma emanzipatorischer Epistemologien (Bammé, 2004, S. 32). Außerhalb des institutionellen Establishments entwickelten sich so in beiden politischen Lagern nostalgische Essentialismen der Authentizität und „politischer Selbstverwirklichung“ (Reichardt, 2014, S. 886). Vom Ruf nach einer verbindlichen Wahrheit versprachen die Französische Philosophie (Felsch, 2015, S. 110 f.) die Positivität und die in die Lebenspraxis eindringende Form der ethnografischen Methode (Kade, 1984, S. 77 f.) und die neue postmarxistische Kulturkritik (Felsch, 2015, S. 168) zumindest in den Sozialwissenschaften bald Abhilfe.

4.3 Die Kolonisierung des Alltagslebens

Mit der Partizipations- und Aktionsforschung (siehe Kapitel 3), die sich vor allem ethnografischer, beobachtender und interventionistischer Methoden bediente; so wurde die Objektivität von „nicht-reaktiven Methoden“ (Albrecht, 1975, S. 17), die mit empirischem Anspruch von den Naturwissenschaften abgeleitet wurden, von einer breiten Front kritischer Sozialwissenschaftler*innen kritisiert und auf die soziale Verortung von Forschungsprozessen beharrten:

Ganze Theoriestränge der neueren Soziologie (hier seien stellvertretend erwähnt Symbolischer Interaktionismus und Ethnomethodologie) legen nahe, die Erfahrung der Realität sei nicht durch unbeteiligte, distanzierte, aus dem sozialen Kontext herausgelöste Datensammlungsverfahren zu leisten, sondern durch in das Alltagsleben integrierte und dieses akzeptierende Integrationsprozesse. (ebd.)

Das Feld, d.h. die Gesellschaftlichen Lebensräume und-formen, wurde damit als ein sich rapide ausdehnendes „Datenreservoir“ (ebd., S. 82) gedeutet, und in der angewandten Forschung der Sozialwissenschaften wurden fröhlich extrahiert; was eine „*Ausdehnung des Kontrollbereichs*

über Variable [sic] durch den Forscher“ (ebd., Hervorhebung im Original) mit sich brachte. Nicht ohne Folgen für den Forschungsgegenstand: So wurde der Alltag selbst zu Schauplatz wissenschaftlicher Auseinandersetzung; die Techniken, die mit dem Anspruch an Erfahrungswissen und Beobachtungswissen einhergingen, evozierten einen „Krieg der Experten gegen die Laien“ (Kade, 1984, S. 77) den auch Silvia Kade im Kursbuch 78 ausruft. Sie spricht von einer Kolonisierung des Alltagslebens und der Lebensformen, die diese als „[a]ufklärungs- und veränderungsbedürftig“ (ebd., S. 81) markiert. Und auch ‚going native‘ hat klare Grenzen seiner Möglichkeit echter Gleichheit zwischen Forscher*in und Beforschten, und schlägt, auch wenn sie von politischer Solidarität getragen wird, ins Perfide:

Übergroße Einfühlung und Nähe zum Forschungsgegenstand hat [...] manch einen zur Aufgabe der professionellen Rolle und Eintauchen ins Laienmilieu verführt. Erleichtert durch das in der akademischen Jugend gebräuchliche „du“, getarnt in der Levis-Einheitskluft und moralisch getragen vom Wohlwollen des Aktionsforschers, wird Forschung zum Aktionsbündnis, zur Hausbesetzung, Arbeitsloseninitiative oder schließlich zum Knasthandel ausgeweitet. (ebd., S. 80)

Das demokratisierende und gleichzeitig machtvolle Moment dieser Form von Forschung sei, dass nun wirklich alle epistemisch ernst genommen werden: „Der Laie als Experte seiner Situation – und das ist prinzipiell jedermann, gleich ob Penner, Sinti oder Freimaurer, ob Hausfrau, Blinder oder Tauber – wird also aus seinem Terrain hervorgelockt, um sein Wissen über die Lebenswelt preiszugeben, der er angehört“ – „[d]ie sanfte List der Ausforschung“ (ebd.).

Die Wissenschaft kollaborierte nun direkt mit Politiken, die in Form einer „Versozialwissenschaftlichung“ (Beck & Bonss, 1984, S. 384) des Alltags ins Private einsickerten und sich als Kontrollstrategien auf Mikroebene manifestierten¹⁵ – Diskurse über die gesellschaftliche Bedeutung und Wirkung von Wissenschaft für den Alltag hatten in den 1980ern Hochkonjunktur; dies wurde befördert, indem sich eine stetig wachsende Zahl von politischen, sozialwissenschaftlichen und ethnografischen Zeitschriften etablierten. etwa

¹⁵ Das „Cui bono?“ der wissenschaftskritischen Perspektive Kades (1984) ist wiederum, in wohlwollender Deutung, ein Residuum marxistischer und materialistischer Analysen, und sollte spätestens ab den 1990ern eine makabre Allianz mit rechten Verschwörungsideologien eingehen.

Prokla („Prokla: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft“, 1976), *Widersprüche* (*Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 1981) oder *Der Alltag* (Mattweber, o. J.), die affirmative bis radikale Wissenschaftskritik und differenzierte Analysen leisteten und so sozialwissenschaftliches Wissen, aber auch kritische Reflexionsimpulse, an den heimischen Küchentisch.

4.4 Selbstuntersuchungen. „Die Lust an der Theorie“

Hans Magnus Enzensberger, der gemeinsam mit Suhrkamp-Herausgeber Michel als Herausgeber fungierte, war durch seine Verbindungen im internationalen Literatur- und Kulturbetrieb (Horvath, 2010, S. 81 f.) und seine Rolle als ideologisch und literarisch kleinster gemeinsamer Nenner der 1968er (ebd., S. 87) prädestiniert dafür, linke Gesellschaftskritik zu bündeln und ein Sprachrohr zwischen Intellektuellen, Geistes- und Sozialwissenschaftler*innen und Gegenöffentlichkeiten zu etablieren. Und besonders in den 1980ern, als die Produktion kritischen Wissens sich immer mehr auch außerhalb der Universitäten und Forschungsinstitutionen wiederfand (Güttler, 2022), gewann die Zeitschrift an der Grenze zwischen akademischer Wissensproduktion und den neuen Sozialen Bewegungen nicht zu unterschätzende Relevanz.

Die *Ausgabe 78* (Michel & Spengler, 1984), die die Beschreibung und Kritiken eines neuen Modus der Affirmation gesellschaftskritischer Theorie in linken (Intellektuellen)-Kreisen zum Leitthema erhob, griff ein akutes Problem auf; hatte die Studentenbewegung und die K-Gruppen der 1970er noch klare theoretische Linien verfolgt und über deren Realisierung in der politischen und gesellschaftlichen Praxis debattiert diversifizierten sich nun Anliegen und Forderungen in einer Vielzahl von Projekten und Gruppen (Reichardt, 2014, S. 14 f.). Dabei wurde die Affinität der 68er zur gesellschaftskritischen Theorie nostalgisch überhöht (Niklewski, 1984, S. 2 ff.), während die Kritik an zu flachen Perspektiven und einer Verkleinerung politischer Handlungs- und Erkenntnisräume das Einläuten des poststrukturalistischen Zeitalters der Mikropolitiken begleitete (Felsch, 2015, S. 103).

In Projekten der emanzipatorischen Linken, etwa in der Kinderladenbewegung, gewannen die Bildungswissenschaften und Pädagogik als Einzelwissenschaften an Bedeutung und ersetzten bald orthodoxe Theorietraditionen und rigorose Textexegesen, was zu einem enormen Bedarf

an sozialwissenschaftlichem, fachspezifischem und praktische-empirischem Wissen führte und die Perspektive auf die gesellschaftliche Rolle von Theorie und damit verbundene politische Praxis verschob (z.B. Niklewski, 1984), indem sie Alltagswissen als politisch markierte.

Der epistemologische Bruch der 1980er Jahre hin zu Empirismus, Selbsttechniken sowie lokaler und temporaler Gebundenheit sowie die Konvergenz von Sozialwissenschaft und Alltag (Weingart, 1984, S. 65) wird mit der Textsammlung der *Ausgabe 78* verhandelt. Gleichzeitig war die Zeitschrift ein Ort der emanzipatorischen Wissenschaftskritik¹⁶, da Erwartungen, Entwicklungen und Bilanzen in Bezug auf die Sozial- und Geisteswissenschaften nicht nur in jener Ausgabe verhandelt und kritisiert wurden (etwa in der Ausgabe 91 – „Wozu Geisteswissenschaften?“ (1988).

Das Verhältnis von Theorie und Praxis, das, oftmals mit Schulterzucken quittiert, doch zentrales Anliegen der neuen sozialen Bewegungen war und seit 1968 nicht zuletzt im Hinblick auf ihre subversive Kraft hin befragt wurde war seit jeher in Diskursen um Bewusstsein und Aktion verhandelt worden (Felsch, 2015, S. 83 f.). Die Sozial- und Geisteswissenschaften als Ort der Produktion und Austragung von Theoriedebatten waren daher gewissermaßen dazu prädestiniert, sich positionieren zu müssen; nicht nur als Disziplin, die vermehrt über ihre gesellschaftliche Wirkung bewertet und definiert wurde (Bammé, 2004, S. 31), sondern auch als traditionell „linkslastige“ (Wagner, 2025, S. 17) und politisch engagierte Wissenschaft.

Der Trend in den Sozialwissenschaften, ihre gesellschaftliche Relevanz zu verbürgen, wurde durch diese wohlfällige Indienstnahme durch emanzipatorische Projekte befeuert; gleichzeitig hatten sich jene, so kommentiert Weinberg in der seinem Essay zur Ausgabe, auch an Restauration und Modernisierung der „westliche[n] Demokratie [als] Wissenschaftsrepublik“ (Weingart, 1984, S. 64) nach Kräften beteiligt und wirkten so vielmehr systemstabilisierend, statt Kritik als subversives Wissen herzustellen.

¹⁶ Eine dezidierte Ausgabe zur „Kritik der Wissenschaft“ („Oral ausgemacht“, 1970) war zwar geplant, wurde aber spontan und ohne die Mitsprachemöglichkeit des Verlegers durch eine Ausgabe ersetzt, die vor allem den Suhrkamp-Autoren Peter Handke zum Sujet erhob – was das Fass für den Verlagsvertreter, der mündlich Mitspracherecht bei der Themensetzung eingefordert hatte und zu dem das Verhältnis ob der harschen Kulturkritik im Kursbuch, die implizit sowie explizit auch die Suhrkamp-Autoren als literarische Bourgeoisie verpönte, ohnehin angespannt war, zum Überlaufen brachte: 1970 wurde die Zusammenarbeit mit dem Suhrkamp-Verlag „einernehmlich beendet“ (ebd.).

In diesem Spannungsverhältnis wurde auch das Verhältnis von linken Bewegungen und den Sozialwissenschaften zum Streitpunkt, als sich die Bewegung diversifizierte (Reichardt, 2014, S. 28); mit dem Fokus auf die Triade Körper, Psyche, Umwelt und das lokal gebundene Mikromanagement wurde auch parawissenschaftliches, spirituelles ‚Wissen‘ populär, das an direkte Alltagserfahrungen anschloss und sich als nützlich erwies (Niklewski, 1984, S. 3). Erprobung, Beschreibung und Geschichte dieses Phänomens, das im Kursbuch in etablierter Manier auch (Selbst-)kritisch verhandelt wurde, fanden einen Raum in der Ausgabe der Zeitschrift, die durch die Verbreitung der neuen Epistemologie der Erfahrung und der direkten Wirksamkeit auch ihre eigene Relevanz als Medium essayistischen, theoretischen Schreibens verbürgen musste. Gleichzeitig seziert das Kursbuch mit der Ausgabe zur „Lust an der Theorie“ (1984) auch die Grundlage ihres eigenen politischen und ökonomischen Bestehens und wird damit auch zur Untersuchung der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Relevanz eines Mediums, das existenziell an diese Rolle als Vermittlerin zwischen Bewegungswissen und sozialwissenschaftlicher Theorie gebunden war; da einerseits die Partikularität des Alltags auch in der universitären Lehre und Forschung neue Signifikanz gewann (Kade, 1984) und emanzipatorische Politiken und Projekte von zielgerichtetem, lösungsorientiertem Wissen aus empirisch gesicherten Einzelwissenschaften gespeist wurden (Niklewski, 1984), ging sie um 1980 in der äußerst paradoxen Position eines progressiven Residuums in die Diskurse der emanzipatorischen Wissensproduktion und Gegeninstitutionen ein.

4.5 Das Kursbuch als Agitationsorgan

Auch wenn die ersten Ausgaben der Zeitschrift Kursbuch literarisch geprägt und „die politischen Akzente [...] noch verhalten und sehr diskret gesetzt“ (Horvath, 2010, S. 82) waren, stellte sie ihre klassenüberwindende Zielsetzung zur Schau, die, ebenso wie der Herausgeber selbst, zwischen den Wertehierarchien und kompetitiven Ökonomien der Hochkultur und linker Gegenkultur oszillierte. Mit einem relativ niedrigen Kaufpreis von 9 Mark (1984) richtete sich die Zeitschrift auch preislich an eine breite Leser*innenschaft, die studentisch und subkulturell geprägt war.

Und auch die Autor*innenschaft war, orientiert an der breiten Produktion und Distribution gegenkultureller Medien, die mit der Studentenbewegung entstanden war, vermeintlich nicht an

akademische Bildung oder intellektuelles Prestige gebunden: Neben einem Vorabdruck aus Samuel Beckett's neuester Arbeit an einem Prosatext (Enzensberger, 1965, S. 201) und einer literarischen Dokumentationsarbeit zu den Auschwitz-Prozessen (ebd., S. 202) wurden vornehmlich Texte aufgenommen, deren Autoren sich mit ihrer Vita als von proletarischer Herkunft darstellten (ebd.).

Die politisch als eher eklektizistisch zu bezeichnende und bald sehr erfolgreich etablierten Zeitschrift *Kursbuch*, die über Jahrzehnte als „das gedruckte Leitmedium der undogmatischen deutschen Linken in der Bundesrepublik“ („Feuilleton-Institution“, 2008) galt, verschrieb sich jedoch maßgeblich den politisch-theoretischen Diskursen der Studentenbewegung und etablierte sich zum „Sprachrohr des Protestes“ (Horvath, 2010, S. 87). War die Blattlinie kurz nach der Gründung 1965 noch von intellektueller Differenzierung, einem literarischen Fokus und performativer Objektivität und dem eher distinguierenden theoretischen Aufgreifen von Kontroversen zu den Protestbewegungen in Polen und ‚Lateinamerika‘ sowie der Kulturrevolution in China geprägt (ebd., 86), folgte mit April 1968 (Enzensberger, 1968) eine Ausgabe, die sich an den Protesten vom 02. Juni 1967 in West-Berlin und der Ermordung Ohnesorgs außerordentlich kritisch abarbeitete – und sich auch dem revolutionären, antiinstitutionellen und vermeintlich antifaschistischen¹⁷ Fieber anschloss. Mit dem Gestus der Solidarisierung, die zumindest im Zusammenhang mit der Persona Enzensberger, der als Schriftsteller Mitglied der Gruppe 47 war und drei Jahre zuvor den Georg-Büchner-Preis gewonnen hatte (Horvath, 2010, S. 81 f.) und dessen Anleihen in der studentischen Protestbewegung Authentizität ausstrahlte (ebd., S. 86 f.), nicht überraschend, und doch beachtlich, schrieb sich die Redaktion – nach aktivistischer Manier, namentlich unbekannt und performativ die staatlichen Strukturen verschmähend- ins Herz der Protestbewegung und wurde zum agitatorischen Organ revolutionärer, marxistisch informierter und staatskritischer Theorie und Praxis, die auch, ganz in der Semantik und Polemik der an den Protesten beteiligten, in ihrer Fundamentalkritik nicht nur die repressive Staatsgewalt in Konfrontation der auf die Straße getragenen Kritik offen angriff, sondern auch vor Vergleichen der Staatsgewalt mit dem nationalsozialistischen Faschismus nicht zurückschreckte :

¹⁷ Ob die Politiken nach 1968 tatsächlich als antifaschistisch zu bewerten sind oder ob es sich um eine reine Selbstbezeichnung handelt, die vor allem die Kritik an der parlamentarischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ist eine andauernde Diskussion (Dworok 2011).

So werden unter dem Schock, den die Herausforderung der außerparlamentarischen linken Opposition hinterläßt, die Symptome der Berliner Krankheit immer deutlicher. »Ordnung« erscheint als Schlüsselwort eines politischen Reinlichkeitswahnes, dem alle Tendenzen, die nicht im System destruktiver Selbsterhaltung aufgehen, unter Berührungsverbot stehen. Sie ist Schlüsselwort jener, die sich vor dem Gespenst revolutionärer Zukunft in den Verfolgungswahn flüchten, der Erstarrung als einzige Sicherheit vorspiegelt. Die Zerstörungswut gegen das Störende, gegen die vermeintliche Bedrohung, geht mit Selbstzerstörung einher. Den Massen, die einst mit dem Ruf »Deutschland erwache!« gegen sich selbst mobilisiert wurden, bleibt am Ende aller Destruktionen, die ihnen zugefügt wurden, nur noch die verzweifelte Parole »Lieber tot als rot«. (Enzensberger, 1968, S. 181, Hervorhebung im Original)

Auch in den Folgejahren entwickelte sich die Agenda der später links-liberalen Zeitschrift, die emanzipatorische Gesellschaftstheorie aus dem Reich des akademischen Elfenbeinturms zu befreien suchte und marginalisierte Themen, „die sonst nicht auf der öffentlichen Agenda standen“ („Das Kursbuch“, o. J.) zur gegenkulturellen Pflichtlektüre und Kompendium der kritischen bundesrepublikanischen Öffentlichkeit (ebd.). Die Zeitschrift füllte damit spätestens ab Ende der 1970er eine Leerstelle in der deutschen Medienlandschaft, die von allen Seiten verspürt wurde. Einerseits war die Zeit im Angesicht der breiten gesellschaftlichen Integration und Akzeptanz der – nun gemäßigten und teilweise getilgten – Forderungen der Neuen Linken, die sich aus den Nostalgien der 1968 speiste und nun zur Institutionen- und Parteipolitik übergelaufen war (Niklewski, 1984, S. 2), reif, auch Gesellschaftskritik und Wissenschaftskritik salonfähig zu machen und kulturell aufzuwerten. In Austausch mit und im Rückblick auf die Aktivismen der Linken und ihre inzwischen entstandenen diversen Splittergruppen und Interessensgemeinschaften (Reichardt, 2014, S. 28) gestaltete sich auch die Wahl von Schwerpunktthemen eklektizistischer, während die Zeitschrift selbst zum Sammelbecken und Archiv der gegenkulturellen Diskurse und Anliegen, aber auch ihrer theoretischen Einbettung und Kritik wurde.

Und auch die Geistes- und Sozialwissenschaften profitierten von der Öffentlichkeitsarbeit, die durch das neu etablierte Sprachrohr, das spätestens ab den 1980ern auch Repräsentant*innen nischiger Fachdisziplinen und ‚fachfremde‘ Essayisten anwarb, möglich wurde. Die Zurschaustellung ihrer gesellschaftlichen Relevanz und mehrwertbringender Ergebnisse der Sozialwissenschaften die bereits in den 1970ern diskutiert wurde (Pirker, 1978) und nicht aus der wissenschaftsinternen Diskussion verschwunden war (Beck & Bonss, 1984), konnte nun

unter Beweis gestellt und gleichzeitig Selbst- und Fremdkritik geübt werden. Die Demokratisierung der Gesellschaft über die Sozialwissenschaften war ein Projekt, das bereits seit mehreren Jahrzehnten die Bundesrepublik umtrieb– nun machten sich auch „Rationalisierungszweifel in der Wissenschaftlichen Selbstthematisierung bemerkbar“ (Beck & Bonss, 1984, S. 381). In diesem Zusammenhang ist bereits die Ausgabe zur „Lust an der Theorie“ (1984) als eingeschränktes Zugeständnis an die Diskurse um einen mangelnden gesellschaftlichen Nutzenfaktor der Gesellschaftstheorie einzuordnen; während die Ausgabe als Katalysator neuer, subversiver Epistemologien selbst zur Spielwiese experimenteller Wissenspraktiken wird, in dem die Autor*innen prosaische Ideengeschichte (Niklewski, 1984) schreiben oder Verkaufsgespräche mit vorsokratischen Philosophen imaginieren (Michel & Spengler, 1984, S. 183 ff.), wird der Status der Theorie in den Wissensökonomien der 80er Jahre zum Dreh- und Angelpunkt einer kritischen Auseinandersetzung. Mit Blick auf die Geschichte und Gegenwart linker Theorieverhältnisse werden Leser*innen gleichzeitig mit einer radikalen Kritik an der ökonomischen und wissenschaftlichen Inwertsetzung theoretischen Wissens konfrontiert, die jedoch im Hinblick auf die von den Autor*innen vertretenen, politisch polarisiert verorteten Perspektiven undogmatischer kaum sein könnte.

Die Transparenz von Wissenschaftskommunikation und die mediatisierte Wissenschaftskritik („Oral ausgemacht“, 1970), die das Kursbuch – und nicht zuletzt die Ausgabe 78 – leistete, war zu Beginn der 1980er ohnehin von großer Bedeutung, da der Wissenschafts- und Fortschrittsoptimismus nun aufgrund der durch die Umweltbewegung und linke Kritiken an gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen problematisierte Krisen der 1970er und nicht zuletzt der sich abzeichnenden katastrophalen Auswirkungen von Großtechnologie auf Umwelt und Gesellschaft zur Stagnation gekommen war (Dernbach et al., 2012, S. 12). Während die Naturwissenschaften sich um Ehrenrettung durch eine aktivere und transparentere Wissenschaftskommunikation bemühten und die politisch-moralischen Grenzen der Wissenschaft und Technik sowie der gesellschaftliche Mehrwert des Wissens neu verhandelt wurden (ebd.) sahen sich auch die Sozialwissenschaften erhöhtem Rechtfertigungsdruck ausgesetzt. Das Kursbuch als Sprachrohr der vereinzelt Sozial- und Geisteswissenschaften war eines vieler Medien und Öffentlichkeiten, die die Rolle der Vermittlerin zwischen (sub-)kultureller Öffentlichkeit und den kritischen Gesellschaftswissenschaften über Jahrzehnte einnahm (Petersen, 1988, S. IV–V Preface) und sich auch – nicht zuletzt während des Konglomerats an namhaften Herausgebern, Publizisten und Autor*innen - fortwährend ihres

kulturellen Prestiges versichert wusste. Mit der kulturellen und gesellschaftlichen Aufwertung und Kommunikation von sozialwissenschaftlichen Theorien und Diskursen konnte die Zeitschrift über Jahrzehnte ihre Stellung halten, musste später auch selbst den Konsequenzen der Entwertung theoretischen, essayistischen und sozialwissenschaftlich fundierten Wissens gewahr werden und wurde 2008 eingestellt („Feuilleton-Institution“, 2008).

Die Ausgabe 78 ist eine Kuriositätenschau eines Milieus zwischen emanzipatorischer sozialer Praxis und wissenschaftlichem Wissen als Selbsttechnik in den 1980ern. sozialwissenschaftliches Wissen, und die Sozialwissenschaftler*innen selbst, wandern nicht nur im Bereich der Aktionsforschung in die der Lebenspraxis. Auch die Soziologie als akademische Disziplin ist daran, sich aufzulösen und in vereinzelte Subdisziplinen zu diffundieren (Bammé, 2004, S. 103) Das Paradox der Verwendung, so resümieren Beck und Bonß (1984) unter dem Eindruck des „Trivialisierungsprozess[es]“ (ebd., S. 32) sozialwissenschaftlichen Wissens:

[D]aß sozialwissenschaftliches Wissen bei der Durchdringung gesellschaftlicher Handlungsfelder in der Regel *handlungsbezogen-selbstverständlich* und damit unkenntlich wird. In diesem Sinne bedeutet erfolgreiche „Verwendung“ letzten Endes gerade das „Verschwinden“ bzw. die *notwendige Auflösung* der Soziologie im Handlungszusammenhang. [...] [E]s ist gerade die Nicht-Identität des Wissens, die zum (paradoxen) Indiz der Verwendung wird. (Beck & Bonss, 1984, S. 384, Hervorhebungen im Original)

Ein Widerspruch, der wieder einmal zu der Frage führte, was die Sozialwissenschaft gesellschaftlich leisten sollte und kann, und, ganz im Sinne der französischen Theorie, die sich in der BRD etablierte (Felsch, 2015, S. 110 f.), die Existenzfrage aufmachte: Was ist sozialwissenschaftliches Wissen?

5. Ausblick und Nachwort

Anhand einer schlaglichthaften Analyse habe ich vor allem die Tradiertheit des Diskurses um die Wirksamkeit sozialwissenschaftlichen Wissens und den an diese geknüpften Ansprüche um schlagkräftige Gesellschaftskritik dargestellt. Während das Politische in der Wissensproduktion heute einen erheblichen Stellenwert einnimmt (Fricker, 2023; Hoppe & Vogelmann, 2024),

haben die Debatten um das Verhältnis der beiden Größen der Wirksamkeit und der erhofften emanzipatorischen Wirkung von Wissen zahlreiche gemeinsame Schauplätze, an denen Wissensformen, Modi der Wirksamkeit und gesellschaftspolitische Ansprüche an die akademische Wissenschaft verhandelt werden; die Sozialwissenschaften bleiben dabei stets der Stabilisierung von Machtstrukturen verdächtige Vermittlerin zwischen akademischer Gesellschaft und Wissenschaft.

Generell lässt sich anhand der Diskurse und Schauplätze um und nach 1968 ein Wandel verzeichnen, der, parallel zu den sozialen und emanzipatorischen Protest- und Alternativbewegungen, von der Verkleinerung der Bereiche epistemischen Zugriffs und der politischen Möglichkeitsräume gekennzeichnet ist. Mit der Anspruchshaltung, eine Neuordnung und einen demokratischen Wiederaufbau über institutionelle (Demirovic), didaktische (Allen, 2022, S. 13 ff. Felsch, 2015, S. 103; Reichardt, 2014, S. 278) und im Bewusstsein ansetzende Wissensformen zu generieren, trat das Institut für Sozialforschung an (Demirović, 2023, S. 114; Wagner, 2025, S. 16). Die Partizipationsforschung und die Aktionsforschung, die lokal verortet waren und in den Alltag intervenierten, wurde bereits eine Praxisorientierung und eine Funktionalisierung der Sozialwissenschaften eingeführt, die sich vornehmlich über ihre Wirksamkeit im direkten, meist lokalen Anwendungsbereich definiert (Bammé, 2004, S. 31) – die partizipative Stadtplanung und die lokal organisierten Formate der Bürger*innenbeteiligung stehen zwar, vor allem in der Hausbesetzer*innenbewegung, für ein größeres politisches Projekt (Krolow, 2025, S. 64); die Anspruchshaltung politischer Interventionen hatte sich jedoch auf das Lokale verschoben (Toti, 2024). Mit dem Alltag als Gegenstand der Aktionsforschung wurde die wissenspolitische Intervention kleinteiliger, und Wissensproduktion und Anwendung wurde in den Mikrokosmos des vermeintlich Privaten verlegt (Kade, 1984; Niklewski, 1984). Welche Implikationen diese „Versozialwissenschaftlichung“ (Beck & Bonss, 1984, S. 384) des Alltags in einzelnen Lebens- und Anwendungsbereichen hatte, bliebe herauszuarbeiten.

Für die Sozialwissenschaft selbst bedeutete diese Diffusion in den Alltag vor allem, dass das disziplinäre Selbstverständnis sich aufzulösen drohte; Beck und Bonß sprechen von einer „Nicht-Identität“ (ebd.) von Sozialwissenschaften, und die akademische Soziologie verlor an Geltung (Bammé, 2004, S. 34 f.). Damit war ein Prozess im Gange, der, so etwa Bammé, in einer Sozialwissenschaft als „postakademische Wissenschaft“ (Bammé, 2004) kulminierte.

Dass die Wirksamkeit von Wissen keinen Selbstzweck darstellt, hat die Geschichte bereits drastisch gezeigt und muss nicht theoretisch oder historisch ausbuchstabiert werden – Soziale und politische Bewegungen haben seit langem einen großen Beitrag zu dieser Einsicht geleistet. Es gilt daher, politisch informierte und kritische Perspektiven zu entwickeln, die eine parteiische, kritische und emanzipatorische Epistemologie so fassen, dass sie politisch wünschbar ist. Das funktioniert nur über eine kritische Arbeit an den Fundamenten linker Selbstverständlichkeiten, die sich nicht bedingungslos mit gegenwärtigen Epistemologien identifiziert. Mit dieser Arbeit hoffe ich, einen Beitrag dazu zu leisten.

Dies bedeutet keineswegs, dass damit eine resignative oder unsolidarische Perspektive mit gegenwärtigen und historischen Projekten eingenommen wird, auch wenn dieser Eindruck an der ein oder anderen Stelle aufkommen dürfte. Die Arbeit ist aus der Überzeugung heraus verfasst, dass Kritik das Affirmativste ist, was im Bestehenden wirken kann: „Die Anrufung der Sonne ist Götzendienst. Im Blick auf den in ihrer Glut verdorrten Baum erst lebt die Ahnung von der Majestät des Tags, der die Welt, die er bescheint, nicht zugleich versengen muß“ (Horkheimer & Adorno, 1969, S. 196).

Literatur

Informationen zum Erscheinungsjahr der Originalausgabe sind, falls vorhanden, in eckigen Klammern dem Titel nachgestellt.

Adorno, T. W. (1969, Mai 4). *KEINE ANGST VOR DEM ELFENBEINTURM* [DER SPIEGEL 19/1969]. SPIEGEL-Archiv online. <https://www.spiegel.de/kultur/keine-angst-vor-dem-elfenbeinturm-a-1263973f-0002-0001-0000-000045741579>

Adorno, T. W. (1990). *Negative Dialektik [1970]* (6. Aufl.). Suhrkamp.

Adorno, T. W. (2003a). Kritik [schriftl. Erstveröffentlichung 1972]. In *Gesammelte Schriften*. Herausgegeben von Rolf Tiedemann unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz: Bd. Band 97 (S. 785–793). Directmedia.

Adorno, T. W. (2003b). Resignation [schriftl. Erstveröffentlichung 1972]. In *Gesammelte Schriften*. Herausgegeben von Rolf Tiedemann unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz: Bd. Band 97 (S. 794–799). Directmedia.

Adorno, T. W., & Jaerisch, U. (1998). Anmerkungen zum Sozialen Konflikt heute. Nach zwei Seminaren [schriftl. Erstveröffentlichung 1972]. In R. Tiedemann (Hrsg.), *Gesammelte Schriften 8: Soziologische Schriften 1* (S. 177–195). Wiss. Buchges.

Albrecht, G. (1975). Nicht-reaktive Messungen und Anwendung historischer Methoden. In *Untersuchungsformen: Bd. 2. Untersuchungsformen* (S. 9–112). Oldenbourg Verlag.

Allen, J. L. (2022). *Sustainable Utopias: The Art and Politics of Hope in Germany*. Harvard University Press.

Bammé, A. (2004). *Science wars: Von der akademischen zur postakademischen Wissenschaft*. Campus.

Beck, U., & Bonss, W. (1984). Soziologie und Modernisierung: Zur Ortsbestimmung der Verwendungsforschung. *Soziale Welt*, 35.

Bopp, J. (1984). Geliebt und doch gehaßt. Über den Umgang der Studentenbewegung mit Theorie. *Kursbuch*, 78(Lust an der Theorie), 121–144.

Budde, G. (2010). Das Material und die Ordnung der Geschichte. Quellen, Quellen, Quellen. In G. Budde, D. Freist, & H. Guenther-Arndt (Hrsg.), *Geschichte: Studium—Wissenschaft—Beruf* (S. 52–69). Akademie Verlag,.

- Budde, G., Freist, D., & Guenther-Arndt, H. (2010). *Geschichte: Studium—Wissenschaft—Beruf*. Akademie Verlag,.
- Cazzini, C. (2025). *Demokratieerfahrungen jugendlicher Fridays for Future Aktivist:innen als Passagen des Politischen: Eine konstruktivistische Grounded Theory* (1. Aufl.). Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.2307/jj.34605951>
- Cooper, D. (1969). Jenseits der Worte. In D. G. Cooper & S. Carmichael (Hrsg.), *Dialektik der Befreiung* (Dt. Erstausg.). Rowohlt; AKsearch. <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/990002116160203343>
- Das Kursbuch. (o. J.). *KURSBUCH*. Abgerufen 26. Dezember 2025, von <https://kursbuch.online/kursbuch-editorials/>
- Daston, L. (2003). Die wissenschaftliche Persona. Arbeit und Berufung. In T. Wobbe (Hrsg.), *Zwischen Vorderbühne und Hinterbühne*.
- de Lagasnerie, G., & Louis, É. (2016). Manifest für eine intellektuelle und politische Gegenoffensive. In M. Jügler (Hrsg.), *Wie wir leben wollen: Texte für Solidarität und Freiheit* (Erste Auflage, Originalausgabe, S. 129–134). Suhrkamp.
- Demirović, A. (2023). *Der nonkonformistische Intellektuelle: Von der kritischen Theorie zur Frankfurter Schule* (2., durchgesehene und mit einem Nachwort versehene Auflage). Mandelbaum.
- Denecke, W. (2000). Adorno und der Äther. Zu Adornos Sprachduktus. *Pädagogische Korrespondenz*, 26, 73–79. <https://doi.org/10.25656/01:7756>
- Dernbach, B., Kleinert, C., & Münder, H. (2012). Einleitung: Die drei Ebenen der Wissenschaftskommunikation. In *Handbuch Wissenschaftskommunikation* (S. 1–15). VS Verlag für Sozialwissenschaften GmbH.
- Dienel, P. C. (1992). *Die Planungszelle: Der Bürger plant seine Umwelt ; eine Alternative zur Establishment-Demokratie [1978]* (3., durchges. und erw. Aufl.). Westdt. Verl.
- Dittberner, J. (1973). Bürgerinitiative als partielles Partizipationsbegehren: Überlegungen aus Anlaß eines städtebaulichen Entscheidungsprozesses in Berlin-Wilmersdorf. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 4(2), 194–207. JSTOR.
- Doering-Manteuffel, A. (2019). Der Epochenbruch in den 1970er-Jahren: Thesen zur Phänomenologie und den Wirkungen des Strukturwandels „nach dem Boom“. In J. Angster, E. Conze, F. Esposito, & S. Mende (Hrsg.), *Ideengeschichtliche Zugänge zum 20. Jahrhundert* (S. 424–442). De Gruyter Oldenbourg. <https://doi.org/doi:10.1515/9783110633870-015>
- Dworok, G. (2011). *Tagungsbericht: 1968 und die ‚68er‘ – Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik*. <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-122517>
- Enzensberger, H. M. (Hrsg.). (1965). *Kursbuch 1*. Suhrkamp Verlag; Kursbuch Archiv online. <https://archiv.kursbuch.online/de/profiles/f6ee67d5697c-kursbuch/editions/kursbuch-1/pages>

- Enzensberger, H. M. (Hrsg.). (1968). *Kursbuch 12*. Suhrkamp Verlag; Kursbuch Archiv online.
<https://archiv.kursbuch.online/de/profiles/f6ee67d5697c-kursbuch/editions/kursbuch-12>
- Faßbinder, H. (1971). Kapitalistische Stadtplanung und die Illusion demokratischer Bürgerinitiative. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Sonderheft, 1*, 71–98.
<https://doi.org/10.32387/prokla.v1iSonderheft.1119>
- Felsch, P. (2015). *Der lange Sommer der Theorie: Geschichte einer Revolte* (1st ed). C.H. Beck.
- Feuilleton-Institution: „Kursbuch“ wird eingestellt. (2008, Juni 11). *Der Spiegel*. SPIEGEL-Archiv online.
<https://www.spiegel.de/kultur/literatur/feuilleton-institution-kursbuch-wird-eingestellt-a-559115.html>
- Flick, S. (2022). Zu den Tücken pratizipativer Forschung. *Widersprüche*, 166(4), 75–85.
- Freyenhagen, F. (2014). Adorno's politics: Theory and praxis in Germany's 1960s. *Philosophy & Social Criticism*, 40(9), 867–893.
- Fricker, M. (2023). *Epistemische Ungerechtigkeit: Macht und die Ethik des Wissens*. C.H. Beck.
- Fröhlich, K. (2021). *Stadtentwicklung in der Wissensgesellschaft: Eine empirische Untersuchung der strategischen Instrumente Reallabor und IBA am Beispiel Heidelberg*. transcript.
<https://doi.org/10.5555/9783839458433>
- Güttler, N. (2022). Gegenexpertinnen: Umwelt, Aktivismus und die regionalen Epistemologien des Widerstandes. *Naturwissenschaften, Technik und Medizin*, 30(4), 541–567.
- Hartmann, K. V. (2021). *Pille Macht Diskurs: Hormonelle Kontrazeption im (post-)fordistischen Sexualitätsdispositiv*. Verlag Barbara Budrich.
- Hebestreit, R. (2013). *Partizipation in der Wissensgesellschaft: Funktion und Bedeutung diskursiver Beteiligungsverfahren*. Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Homuth, K. (1984). *Statik Potemkinscher Dörfer. Anmerkungen zum Verhältnis von „behutsamer Stadterneuerung“ u. Gesellschaftlicher Macht in Berlin-Kreuzberg*. (1. Aufl.). Ökotoxia; FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum.
- Hoppe, K. (2021). *Die Kraft der Revision: Epistemologie, Politik und Ethik bei Donna Haraway*. Campus Verlag.
- Hoppe, K., & Vogelmann, F. (2024). *Feministische Epistemologien: Ein Reader* (Erste Auflage, Originalausgabe). Suhrkamp.
- Horkheimer, M., & Adorno, T. W. (1977). *Dialektik der Aufklärung: Philosophische Fragmente [1944, New York (engl. Originalausgabe/ dt. Übersetzung 1969, Frankfurt am Main (Ungekürzte Ausg., 41.-45. Tsd)*. Fischer Taschenbuch Verl.
- Horvath, P. (2010). *Die inszenierte Revolte: Hinter den Kulissen von '68*. Herbig.

- Jamison, A. (2006). Social movements and science: Cultural appropriations of cognitive praxis. *Science as Culture*, 15, 45–59.
- Jervis, G. (1969). Vorwort. Rückblick auf einen Kongreß. In D. G. Cooper & S. Carmichael (Hrsg.), *Dialektik der Befreiung* (Dt. Erstausg.). Rowohlt; AKsearch.
<https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/990002116160203343>
- Kade, S. (1984). Der Krieg der Experten gegen die Laien. *Lust an der Theorie*, 78, 77–83.
- Kaulen, H. (2025, September 26). *Formale und reale Demokratie. Zum Demokratiebegriff bei Theodor W. Adorno*.
- Knigge, R. (1972). Demokratisierung von Planungsprozessen: Möglichkeiten der Regionalplanung. *Soziale Welt*, 23(4), 459–481. JSTOR.
- Kraushaar, W. (2018). *Die blinden Flecken der 68er-Bewegung*. Klett-Cotta.
- Krolow, W. (2025). *Kreuzberg die Welt: Fotografien von Wolfgang Krolow* (S. Heger, A. Homann, & R. Wendling, Hrsg.; Originalausgabe, 1. Auflage). Assoziation A.
- Kury, P. (2012). *Der überforderte Mensch. Eine Wissensgeschichte vom Stress zum Burnout* (Bd. 66). Campus-Verl.
- Lenhard, P. (2024). *Café Marx: Das Institut für Sozialforschung von den Anfängen bis zur Frankfurter Schule*. C. H. Beck.
- Lepenes, W. (1968). Dilemma eines Kongresses — Dilemma der Soziologie: Über den 16. Deutschen Soziologentag in Frankfurt. *Soziale Welt*, 19(2), 172–182.
- Liehr, D. (2007). Ereignisinzenierung im Medienformat: Proteststrategien und Öffentlichkeit – eine Typologie. In K. Martin & J. Scharloth (Hrsg.), *1968: Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*. Klimke, Martin; Scharloth, Joachim [Herausgeber] (S. 23–36). J.B. Metzler.
- Marmulla, H. (2007). Das Kursbuch. Nationale Zeitschrift, internationale Kommunikation, transnationale Öffentlichkeit. In M. Klimke & J. Scharloth (Hrsg.), *1968: Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung* (S. 37–48). Metzler.
- Mattweber, M. (o. J.). Der Alltag—Ein Nachruf. *Arbeitsgruppe historische Anthropologie & Verein für Kulturwissenschaft und Kulturanalyse* (Hrsg.). *Rezensionen kulturwissenschaftlicher Periodika*, 2.
- Michel, K. M., & Spengler, T. (Hrsg.) (with Enzensberger, H. M.). (1984). *Lust an der Theorie* (Bd. 78). Rotbuch Verlag.
- Michel, K. M., & Spengler, T. (Hrsg.) (with Enzensberger, H. M.). (1988). *Wozu Geisteswissenschaften?* (Bd. 91). Rotbuch Verlag.
- Niklewski, G. (1984). Theorie als Inneneinrichtung. *Lust an der Theorie*, 78, 1–7.

- Offe, C. (2014). Sachzwang und Entscheidungsspielraum. In *Grauhan, Rolf-Richard (Hg.). Großstadt-Politik. : Texte zur Analyse und Kritik lokaler Demokratie [1972]* (unveränd. Nachdr. d. Originalausgabe, S. 198–211). Birkhäuser.
- Offe, C. (2019). *Institutionen, Normen, Bürgertugenden*. Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Offe, C., & Anheier, H. K. (2020). Interview: Claus Offe and Helmut Anheier. Transkript. *Global Perspectives*, 1(1), 17259. <https://doi.org/10.1525/gp.2020.17259>
- Oral ausgemacht. (1970). *Der Spiegel* 25/1970. SPIEGEL-Archiv online. <https://www.spiegel.de/kultur/oral-ausgemacht-a-5b17b8ff-0002-0001-0000-000044931187>
- Perincioli, C. (1980). *Die Frauen von Harrisburg*. Eigenverlag.
- Petersen, V. R. (1988). „Kursbuch“ 1965—1975: *Social, political and literary perspectives of West Germany*. Lang.
- Pirker, T. (1977). *Stadtplanung, Sanierung und Bürgerbeteiligung am Beispiel Berlin-Kreuzberg* (2., erweiterte und verbesserte Auflage No. IWOS-Bericht 1; Arbeitsergebnisse aus dem Projekt „Rezeption und Partizipation bei kommunaler Planung“ am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin). Institut für Wohnungsbau und Stadtteilplanung (IWOS), Technische Universität Berlin; FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum.
- Pirker, T. (1978). Einleitung: Von der Mitbestimmungsforschung zur Partizipationsforschung. In K. M. Bolte (Hrsg.), *Materialien aus der soziologischen Forschung: Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1976 in Bielefeld* (S. 20–40). Luchterhand.
- Prokla: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. (1976). In *Prokla Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*. Rotbuch-Verl.
- Reichardt, S. (2014). *Authentizität und Gemeinschaft: Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren* (Orig.-Ausg., 1. Aufl.). Suhrkamp.
- Schissler, J. (1978). ZU EINIGEN PROBLEMEN DER POLITISCHEN KULTUR DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. *Zeitschrift für Politik*, 25(2), 154–167. JSTOR.
- Schoerle, E. (2003). Das Lach-Seminar. Anmerkungen zu Theorie und Praxis bei Adorno. *WerkstattGeschichte* 12, 35, 99–108. H-Soz-Kult, 24.01.2004.
- Schwarz, M. (2011). "Er redet leicht, schreibt schwer": Theodor W. Adorno am Mikrophon. *Zeithistorische Forschungen*, 8(2), 286–294.
- Stadler, M., Güttler, N., Rhyner, N., Grote, M., Grütter, F., Scheidegger, T., Schlünder, M., Schmidt, A. M., Schmidt, S., von Schwerin, A., Wulz, M., & Zberg, N. (2020). »Editorial«. In *GEGEN/WISSEN*. intercomverlag. <https://cache.ch/gegenwissen/editorial/gegenwissen/editorial>
- Tabor, J. G. (2018). Theodor W. Adornos diskretes Testament—Eine Relektüre des Vortrags „Resignation“. *MLN*, 133(3), 693–708. <https://doi.org/10.1353/mln.2018.0046>

- Tändler, M. (2016). *Das therapeutische Jahrzehnt: Der Psychoboom in den siebziger Jahren* (1. Auflage). Wallstein Verlag.
- Toti, A. (2024). The Kreuzberg Office. An Anti-Authoritarian Urban Experiment and Its Orthodox Marxist Critique. *Architecture and Culture*, 12(3–4), 467–502.
<https://doi.org/10.1080/20507828.2025.2565104>
- Vogelmann, F. (2022). *Die Wirksamkeit des Wissens: Eine politische Epistemologie* (Originalausgabe). Suhrkamp.
- Voller, C. (2022). *In der Dämmerung: Studien zur Vor- und Frühgeschichte der Kritischen Theorie*. Matthes & Seitz Berlin.
- von Alemann, U. (1975). Demokratisierung der Gesellschaft. Positionen und Begründungszusammenhänge. *ApuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte*, 7/1975. Online-Archiv.
<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/529748/demokratisierung-der-gesellschaft-positionen-und-begrueundungszusammenhaenge/>
- Wagner, T. (2025). *Abenteuer der Moderne: Die großen Jahre der Soziologie 1949-1969*. Klett-Cotta.
- Weigelt, P. (1984). Konzentrationsstörungen. Kopfstände und Bauchtänze auf dem Campus. *Kursbuch*, 78(Lust an der Theorie), 103–120.
- Weingart, P. (1984). Anything goes—Rien ne va plus. Der Bankrott der Wissenschaftstheorie. *Kursbuch*, 78(Lust an der Theorie), 61–76.
- Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*. (1981). Westfälisches Dampfboot.

Abstract

In der vorliegenden Arbeit wird auf der Basis einer historischen Diskursanalyse die Geschichte politischer Epistemologien beleuchtet, die in den Sozialwissenschaften unter dem Schlagwort der Wirksamkeit verhandelt wurden. Dabei werden die Wechselwirkungen und Debatten um die demokratisierende, politische Wirkung sozialwissenschaftlichen Wissens und der sozialen und politischen Bewegung in Westdeutschland nach dem Aufkommen der Studentenbewegung um 1968 ausgelotet. Mit dem Anfang der 1950er Jahre neu gegründeten *Institut für Sozialforschung* und seinem Repräsentanten Theodor W. Adorno wurde eine Sozialwissenschaft gegründet, die die Demokratisierung der Nachkriegsgesellschaft voranbringen und ins Bewusstsein der Studierenden hineinwirken sollte, was sich auch in seinen didaktischen Prinzipien widerspiegelt. Als Idol und Vordenker der Studentenbewegung verteidigte Adorno dieses Prinzip vor Kritiker*innen aus der Bewegung und kritisierte deren Aktionismus vor großen Radio- und Fernsehöffentlichkeiten. In den 1970ern gewannen die Aktionsforschung und die Partizipationsforschung im Bereich der Stadtplanung an Bedeutung, die die Grenze zwischen der Sozialwissenschaft und den Beforschten aufheben und direkt im Anwendungskontext wirken sollte. Claus Offe prägte Begriffe und Strategien, die während der geplanten Stadtsanierung in Berlin-Kreuzberg sowohl in sozialwissenschaftlichen, empirischen Studien zu Partizipation und Bürger*innebeteiligung als auch in Kontexten antiautoritärer Selbstorganisation, etwa in Stadtteilgruppen, die sich gegen die Sanierung formierten, zur Anwendung kamen. In den 1980er Jahren rückte der Alltag sowohl im Alternativmilieu als auch in den Sozialwissenschaften ins Zentrum, was im Kursbuch, einer Zeitschrift, die zwischen dem Alternativmilieu und den Geistes- und Sozialwissenschaften operiert und ein Sprachrohr der emanzipatorischen Bewegungen in der BRD darstellt, zum Thema wurde. Dabei kommt es zu einer ‚Versozialwissenschaftlichung‘ des Alltags; gleichzeitig wird empirisches, anwendbares Wissen sozial aufgewertet.

Danksagung

Vielen Dank an alle, die mich bei dem langen Prozess dieser Arbeit unterstützt haben. Porf. Dr. Frieder Vogelmann, Univ.-Prof. Dr. Dr. Martin Kusch und Dr. Christoph Paret danke ich für die Kommentare und Anmerkungen zu meinen ersten Entwürfen, die mich sehr viel weitergebracht haben. Besonders Dank bin ich außerdem Dr. Johann Dvořák verpflichtet, der mir nicht nur Literaturempfehlungen, sondern auch wichtige Hinweise zur Recherche und Darstellung Adornos Werks gegeben hat.

Vielen Dank auch an die Mitarbeitenden des Archiv des FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museums, die mich sehr spontan in der Sammlung willkommen hießen und denen ich viele Einblicke und Materialien verdanke.

Mein herzlichster Dank gilt Dr. Nils Güttler, der diese Arbeit nicht nur von der Ideenfindung an betreut, sondern auch in besonderem Maße und mit vielen Feedbacks den Schreibprozess unterstützt hat - und ohne den die Arbeit in dieser Form sicherlich nicht zustande gekommen wäre.